

ÖKOSTEUERNEWS 13 – SEPTEMBER 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL	23
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	31
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN	32
6.	BUCHBESPRECHUNG: „ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND“	39
7.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	41
8.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	41
9.	KURZMELDUNGEN.....	41
10.	SERVICE: JOBS.....	42
11.	SERVICE: LINKS	43
12.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN.....	44
13.	FÖS: IN EIGENER SACHE	49

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,

an dieser Stelle möchten wir Sie auf das täglich aktualisierte Wahl-Special unseres Kooperationspartners BUND aufmerksam machen: auf <http://www.oeko-steuer.de> finden Sie

- Original-Texte aus den Wahlprogrammen der Parteien zum Thema ökologische Steuerreform und Analysen des BUND.
- Links zu den Diskussions-Foren der Parteien. Diskutieren Sie mit und fordern Sie von den Parteien die Weiterführung der ökologischen Steuerreform auch nach 2003.
- Der Ökosteuer-Wahl-Kalender: Vom 1. bis 21. September jeden Tag ein neuer guter Grund für die ökologische Steuerreform. Jeden Tag neue Fakten zu innovativen Technologien, die von der ökologischen Steuerreform profitieren.

Zur Einstimmung auf diese Ausgabe, die ganz im Zeichen der durch die Hochwasserkatastrophe neu entfachte Klima- und Ökosteuerdiskussion steht, eine Karikatur (Quelle: Herr Nell), der wir uns wohl nur alle anschließen können!



Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

PRIMA FÜR'S KLIMA – WÄHLT ÖKOSTEUER!

Wahlentscheidung: Aus Sicht der Ökosteuer keine Qual

Nicht zu beneiden sind dieser Tage diejenigen – ob Verbände, Journalisten, Individuen – die zur Bundestagswahl eine Wahlentscheidung oder -empfehlung auf Basis allgemeiner Politikthemen wie Familie, Bildung, Wirtschaft, Soziales treffen müssen. Zu ähnlich sind sich in diesen Bereichen die Aussagen der Parteien, vor allem aber ihre tatsächliche Regierungspraxis, zu sehr mischen sich bei jeder Partei Stärken mit Schwächen. Man versteht die Klage vieler Bürger, dass Wahlen keine echte Wahl böten.

Anders bei der Umweltpolitik: Hier bieten sich dem Wähler überaus klare Alternativen. Aus Sicht der Bürger führen hier Bündnis90/Grüne, SPD folgt mit gewissem Abstand, PSD liegt im Mittelfeld, CDU, CSU und FDP belegen die hinteren Plätze [Anmerkung der Redaktion: Wir berichteten über eine Auswertung der Wahlprogramme von EUROSOLAR in den ÖSN 12 => <http://www.foes-ev.de/news12/2artikel6.html>].

Bei der Ökosteuer ist die Reihenfolge noch eindeutiger: Grüne: Eindeutigste Fürsprecher, Ökosteuer aktives Wahlkampfthema. SPD: Trotz interner Widersprüche und traditioneller Kohle-Nostalgie unterm Strich Befürworter. PDS: Dafür, aber verhalten und mit sehr viel Sorge um die soziale Absicherung. CDU: Ambivalente Haltung nach dem Augustinus-Motto – *Lieber Gott, mach mich keusch, aber nicht gleich!* Eine in weiter Ferne liegende europaweite Schadstoffabgabe wird verbal befürwortet, die real existierende Ökosteuer aber praktisch bekämpft. FDP: Keine Partei kämpft derzeit aggressiver gegen die Ökosteuer, keine Partei zeigt weniger umweltpolitisches Engagement. Angesichts dieser Fakten können unsere Leser auf Wahlprüfsteine oder eine konkrete Wahlempfehlung des FÖS gewiss verzichten. Schießlich sind wir überparteilich!

Zwei Freunde – zwei Welten

Ein alter Schulfreund schreibt dieser Tage einen „Politischen Brief“ an seine Kinder und deren Freunde (alles junge Erwachsene), in denen er seine persönliche Wahlentscheidung begründet.

„Müsst ihr 20-jährigen schon allein deswegen rechts wählen, um gegen die Alten zu opponieren? Mir geht es darum, dass die Lastwagenflut endlich von der Strasse verschwindet und der Warentransport auf ein notwendiges Maß beschränkt wird, dass Deutschland in keinen Krieg hineingezogen wird, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Ich möchte eine behutsam-integrierende und keine scharfmacherisch-ausgrenzende Politik gegenüber Ausländern, weil nur so Ausländerhass und Radikalisierung abgebaut werden können. Ich möchte, dass mit den Energievorräten der Erde sorgsam umgegangen wird, dass Energieverbrauch der Arbeit und wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommt. Und dass langfristig ein Umdenken im Umgang mit unserer Umwelt einsetzt, um die drohenden Klimakatastrophen (die Unwetter dieses Sommer waren ein Vorgeschmack) abzuwenden (durch Alternativenergien, Müllvermeidung und CO₂-Reduktion).“

Ein anderer Freund hat sich für die FDP entschieden. Deren Anti-Ökosteuerhaltung teilt er zwar nicht, hält sie aber für verschmerzbar: *„Wenn das Öl zu Ende geht, steigen die Energiepreise doch sowieso“*. Beidem ist wenig hinzuzufügen.

Auch eine Wahlhilfe: ÖSN 13 mit spannenden Themen und Beiträgen

Dies soll kein Eigenlob sein – aber nach der Rückkehr aus dem Urlaub war der vom Redaktionsteam erstellte Newsletter eine reizvolle Lektüre. Überraschende neue Töne zur Ökosteuer aus der Union, überzeugende Forderungen zu einer ökologisch verantwortbaren Deregulierung seitens Unternehmensgrün, Gedankenspiele aus Brüssel, das bisher noch nie erprobte Instrument der *Enhanced Cooperation* für eine Vorreiter-Gruppenlösung innerhalb der EU einzusetzen – all das war vor dem Urlaub und vor der Flutkatastrophe so nicht absehbar gewesen. Schade, dass offenbar immer erst kleine oder größere Katastrophen erforderlich sind, damit die Leute ökologische Binsenweisheiten wieder ernst nehmen.

Deutschlands Rolle: Lichtblick in Johannesburg

Begeisterung ist angesichts der bescheidenen Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung kaum zu empfinden. Trotzdem war es eindrucksvoll, wie konsequent Europa und insbesondere auch unser Land für den Wandel zur Nachhaltigkeit eintraten. Anders als viele nicht nur mit Vorschlägen, die sich an die jeweils anderen richten, sondern mit nachweisbaren eigenen Vorleistungen. Schwer auszumalen, was ein Bundeskanzler Stoiber, ein Außenminister Westerwelle, und der noch immer unbekannte schwarz-gelbe Umweltminister dort vorgetragen hätten. Vielleicht den soeben getroffenen Beschluss zur Abschaffung der Ökosteuer?

Erstmals seit 1998: Deutlich rückläufiger Anteil des Faktors Arbeit am Gesamtabgabenvolumen

Mit diesem Newsletter erhalten Sie auch ein ausführliches Positionspapier des FÖS-Vorstands zur Fortentwicklung der Ökosteuer in den folgenden Jahren. Darin enthalten ist eine Fortschreibung der Steuer- und Abgabenanalyse, die schon bei Vorlage unserer Memoranden (1994, 1997 und 1998) viel Aufsehen erregte. Deutlicher als in vielen anderen Darstellungen kann man hier die ersten Erfolge der ökologischen Steuerreform ablesen: Der seit 1970 von damals 51,1 Prozent kontinuierlich angestiegene Anteil des Faktors Arbeit erreichte in der Zeit von 1995 bis 1998 mit etwa 67 Prozent seinen Höhepunkt. Seit 1999 geht er – wenn auch viel zu langsam – zurück, auf 63,7 Prozent im Jahr 2001. Und ab dem Jahr 1999 erkennt man deutlich die Wirkungen der ökologischen Steuerreform. Der Anteil von umweltbezogenen Abgaben – 1970 noch bei 13,2 Prozent – hatte sich 1998 auf einen Tiefstand lediglich 6,7 Prozent reduziert. Doch seitdem steigt er

wieder an – 2001 auf 8 Prozent. Auch das ist noch zu niedrig – aber die Trendwende bei der Steuerlastverlagerung ist eingeleitet. Der Tanker ist in Bewegung geraten! Für uns ein Anlass großer Freude – und eine Ermutigung zum Weitermachen. Wir hoffen, auch für unsere Leser und Mitglieder.

Ihr Anselm Görres

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

FÖS legt Positionspapier zur ÖSR-Fortentwicklung und neue Faktorlast-Analyse vor

Der bisherige Wahlkampfverlauf bestätigt uns in der Einschätzung, dass es *während der Wahldebatte* nur um die grundsätzliche Haltung zur Ökosteuer gehen kann, nicht um deren Ausgestaltung im Einzelnen. Um so interessanter dürfte die Diskussion nach der Wahl werden – auch im Fall eines schwarzgelben Wahlsiegs. Denn seit der Flutkatastrophe sind die Chancen der Ökosteuer unter jeder Regierungskonstellation wieder besser.

Weil wir dennoch schon vor dem 22.9.2002 über den 1.1.2003 bzw. 2004 hinaus denken möchten, legt der FÖS hiermit ein ausführliches Positionspapier vor, mit einer Bilanz bisheriger Erfolge und Vorschlägen für die künftige Ökosteuer-Fortentwicklung. Unsere wichtigsten Forderungen sind dabei:

- Fortsetzung und Ausbau der Ökosteuer zu einer Ökologischen Finanzreform (bedeutet insbesondere den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen)
- Schrittweise Ausdehnung der Ökosteuer auf alle Energieträger, Abbau von Ausnahmen und Bürokratie
- Bewusstes Auflockern der Aufkommensneutralität: Solange die Abgabenlast insgesamt zurück geht, sollte der Forderung vieler Bürger entsprochen werden, Teile des ÖSR-Aufkommens zur Finanzierung ökologischer Aufgaben einzusetzen.
- Zugleich aber weiterhin Entlastung des Faktors Arbeit und der Sozialversicherungsbeiträge – künftig aber nicht mehr über höhere Bundeszuschüsse bei der Rente, sondern bei der Arbeitslosenversicherung.

Zu den besonders wichtigen Inhalten des Papiers zählt eine vom FÖS erarbeitete Analyse der Entwicklung der Abgabenbelastung nach volkswirtschaftlichen Faktoren auf Basis der bahnbrechenden Arbeiten von Prof. Jarass (Anfang der 90er Jahre für die OECD). Schon in seinen Memoranden von 1994, 1997 und 1998 hatte der FÖS diese Analysen fortgeführt und der Öffentlichkeit die deprimierenden Ergebnisse vorgestellt:

- Von 1970 bis 1995 stieg die Gesamtbelastung des Faktors Arbeit von 51 auf 67 Prozent.
- Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Steuern auf den Einsatz des Faktors Natur von 13 auf 7 Prozent der Gesamtlast zurück.

Die Ausweitung dieser Analyse bis zum Jahr 2001 liefert erste ermutigende Ergebnisse <http://www.foes-ev.de/downloads/Schaubild.xls>.

- Von 1998 bis 2001 konnte der Anteil des Faktors Arbeit vom Spitzenwert 67 Prozent auf unter 64 Prozent zurückgeführt werden – hierin schlagen sich bereits die Effekte der rotgrünen Steuerreform nieder.
- In der gleichen Zeitspanne erhöhte sich der Anteil des Faktors Natur an der Abgabenlast von seinem Tiefpunkt 1998 – 6,7 Prozent – auf 8,0 Prozent. Dies liegt nach wie vor deutlich unter dem Wert von 1970 (13,2 Prozent), zeigt aber bereits deutlich die Erfolgsspur der Ökologischen Steuerreform.

Die gravierende Pervertierung des Steuersystems zu Lasten von Arbeit und Natur konnte somit erstmals gestoppt und ansatzweise umgekehrt werden. Auch die Richtigkeit der Grundsatzempfehlung des FÖS, Ökosteuererträge primär zur Senkung der Arbeitskosten einzusetzen, ist damit eindrucksvoll bestätigt worden.

<http://www.foes-ev.de/downloads/0209Positionspapier.pdf>

Hochwasser facht Ökosteuerdiskussion an – neue Töne auch von der Union

In den letzten Wochen ist die Ökosteuer - wider Erwarten - zum Wahlkampfthema geworden. Die Flutkatastrophe schwemmte auch das Thema Ökosteuer in den Wahlkampf. Nun richtet sich das allgemeine Interesse auf umweltpolitische Inhalte der Parteien. Um so peinlicher wird es für die CDU/CSU, da sie im Wahlkampf ohne Umweltexperten dasteht. Noch am 12.08. hatte der CDU-Fraktionsvize Klaus Lippold das Fehlen eines Umweltexperten in Stoibers Kompetenzteam damit erklärt, dass das „Thema im Moment nicht emotionsbehaftet“ sei. Derweil beeilte sich Angela Merkel die Umweltpolitik zur „Chefsache“ zu erklären.

Einige Unions-Politiker haben aber längst erkannt, dass Umweltpolitik nicht einfach übergangen werden kann. So auch Josef Göppel, Vorsitzender des CSU-Fachausschusses Umwelt und FÖS-Beiratsmitglied. Er erwartet durch die Flutkatastrophe und den Klimawandel „Rückenwind“ in der Union für Umweltpolitiker und für die Befürworter der Ökosteuer.

Auch er bescheinigt seiner Partei ein Defizit im Erscheinungsbild „in Sachen Öko-Bewusstsein“.

„Man kann bei der jetzigen Öko-Steuer einige Kritikpunkte anbringen. Zum Beispiel die Ausnahmeregelungen, die Belastung der Bahn oder die Verteilung der Mittel aus der Ökosteuer. Aber das sind Details und keine grundsätzlichen Kritikpunkte. Richtig bleibt der Grundsatz: Der Ressourcenverbrauch muss stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. Die Umwelt ist eine knappe Ressource. Ein Kernsatz der Steuerlehre lautet: Knappe Faktoren müssen stärker besteuert werden und starke Faktoren weniger.“ (Leipziger Volkszeitung, 21.08.02).

Uneinigkeit unter den Befürwortern aus den Reihen der Union besteht allerdings über die Ausgestaltung der Ökosteuer (Nicole Siller, FÖS, 29.08.02).

LINK

Während Josef Göppel am Grundsatz festhält, den Ressourcenverbrauch stärker für die Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen, plädiert der sächsische Umweltminister Steffen Harth (CDU) dafür, einen Teil der Einnahmen für den Klimaschutz und etwa die Hochwasserversorgung einzusetzen. Er hält die Besteuerung von Energie grundsätzlich sinnvoll, um zu sparsamerem Umgang anzuregen. Die gegenwärtige Ausgestaltung sei allerdings ungeeignet, da das Geld ausschließlich der Rentenkasse zufließe.

Klaus Töpfer hält an Ökosteuer fest

Klaus Töpfer, den viele gerne als Umweltexperten in Stoibers Kompetenzteam gesehen hätten, spricht sich wiederholt für das Fortbestehen der Ökosteuer aus. Die Steuer sei eine Investition in eine vorsorgende Klimaschutzpolitik und müsse unbedingt ausgebaut werden. Der Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und frühere CDU-Umweltminister plädiert dafür, einen Teil des Geldes in ein großes Klimaschutzprogramm zu stecken anstatt es nur den Rentenkassen zuzuführen. Die aktuellen Unwetter sind nach Einschätzung Töpfers „eindeutig“ auf die Folgen des Klimawandels zurückzuführen.

Einer Umwidmung der Ökosteuererinnahmen, die derzeit in die Rentenkassen fließen, zugunsten von Umweltprojekten steht der Klimaschutzexperte Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie äußerst skeptisch gegenüber. Wer so etwas anregen müsse auch sagen wie er die Gegenfinanzierung bewerkstelligen wolle, forderte er. Entweder müssten die Sozialbeiträge erhöht oder – wenn der Faktor Arbeit nicht noch weiter belastet werden solle – die Sozialleistungen gemindert werden, sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur ddp. Er setzt sich dafür ein, die Ökosteuer weiter zu entwickeln und zu verbessern. Voraussetzung sei, dass die Bevölkerung bereit sei, die Kosten für Umweltschäden zu bezahlen. Ökosteuer habe schon jetzt eine Lenkungswirkung zugunsten des Umweltschutzes. Diese reiche aber nicht aus, insbesondere weil es eine Reihe von Ausnahmetatbeständen gebe.

UBA fordert Fortführung der Ökosteuer

Auch Andreas Troge fordert angesichts der aktuellen Ereignisse die Fortführung der Ökosteuer und auch den drastischen Abbau „ökologisch unsinniger Subventionen“, wie die günstigere Mineralölsteuer bei Diesel oder die fehlende Besteuerung von Kerosin. Im Gespräch mit der Berliner Zeitung warnt der Präsident des Umweltbundesamtes angesichts der Flut vor einem Ausbau der Elbe. Er spricht sich auch für eine Weiterfüh-

rung der Ökosteuer aus und regt die Einrichtung einer Klimaschutzstiftung an. Das vollständige Interview finden Sie unter:

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0823/politik/0071/index.html

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich wiederholt gegen weitere Stufen der Ökosteuer ausgesprochen. Umweltpolitiker von SPD empfahlen angesichts der aktuellen Ereignisse, die Ablehnung noch einmal zu überdenken. „Der Weg der ökologischen Steuerreform ist richtig“, sagte SPD-Fraktionsvize Michael Müller. „Allerdings muss sie neu ausgestaltet werden“. Eine Kopplung an den Rentenbeitrag sei nicht mehr nötig, stattdessen solle ein Teil der Mittel der Förderung von Umwelttechnologien zugute kommen. Das klingt ganz anders als vor Wochen. Da hatte Müller noch erklärt, die SPD werde die Ökosteuer „nicht weiter ausbauen“. Oskar Lafontaine meldete sich sogar in einem Artikel für die Bildzeitung zu Wort, dort heißt es:

„Union und FDP haben sich bei der Zukunftsaufgabe des Umweltschutzes gründlich blamiert. Als sei das noch nicht genug, fordern einige aus ihren Reihen neue Atomkraftwerke. Muss wirklich das Grundwasser radioaktiv verseucht werden oder ein Terrorist eine Boeing in ein deutsches Kernkraftwerk steuern, bis Unbelehrbare zur Vernunft kommen?“

Kanzlerberater rät zur Fortführung der Ökosteuer

Im Gespräch mit der Berliner Zeitung fordert der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung, Volker Hauff, die Industrieländer dazu auf, mehr für den Erfolg des Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg zu tun. Von sich sagt er, ein „leidenschaftlicher Anhänger der Ökosteuer“ zu sein. Das Interview der Berliner Zeitung finden Sie unter:

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0827/politik/0011/index.html

Unbeeindruckt von der gegenwärtigen Situation scheint jedoch die FDP zu sein. Guido Westerwelle hält eine mögliche Erhöhung der Ökosteuer immer noch für einen „Irrweg“. Die FDP trete nach wie vor als einzige Partei für die komplette Abschaffung der Ökosteuer ein, stattdessen bevorzuge er die Abschaffung der Kohlesubventionen.

Unterdessen fühlen sich die Grünen bestätigt. Jürgen Trittin hebt hervor, dass Rot-Grün eine Trendwende im Klimaschutz beim Verkehr erreicht habe. Die Ökosteuer sei ein „klares Preissignal“, ohne die diese nicht möglich gewesen wäre.

Auch Gernot Klepper vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hält die Ökosteuer für einen ersten Schritt, dass für die Nutzung der Umwelt auch der entsprechende Preis bezahlt werde. Investitionen in Klimaschutzprojekte lehnt Klepper „aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht“ ab.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist ebenfalls grundsätzlich für die Fortführung der Ökosteuer. Sie sei aber nur dann sinnvoll, wenn ihre ökologische Wirkung gestärkt würde. Um die Lenkungswirkung zu verstärken, sollten aber vorrangig die Bemessungsgrundlage der Energieabgabe erweitert und Ausnahmetatbestände beseitigt werden, sagte Stefan Bach, Ökosteuerexperte beim DIW gegenüber der Nachrichtenagentur ddp in Berlin.

Klimavorsorge ist kostengünstiger als Anpassung an Klimaveränderung

Reinhard Loske und Michael Hustedt vom Bündnis 90/Die Grünen geben zu bedenken, dass mit einer Strategie der naturnahen Hochwasservorsorge, die über das Bauen von Deichen hinaus geht, das Ausmaß künftiger Katastrophen verringert werden kann. Die Kosten des unterlassenen Klimaschutzes seien weitaus höher als die eines vorsorgenden Klimaschutzes, der auf die Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz setzt. Wenn jetzt CDU/CSU und FDP die Förderung der Erneuerbaren Energien wegen angeblich zu hoher Kosten zusammenstreichen wollten, sei dies nicht nur kurzfristig, sondern auch ein ökonomischer Irrweg. Die Mehrbelastung eines Durchschnittshaushalts durch die Förderung der Erneuerbaren Energien mache heute gerade einmal rund 8 Euro pro Jahr aus (rund 14 Euro im Jahr 2010). Die volkswirtschaftlichen Einsparungen durch die Erneuerbaren Energien betragen dagegen nach Berechnungen des Umweltbundesamtes im vergangenen Jahr 2,5 Mrd. Euro. Dabei wurden auch externe Kosten wie z.B. Gesundheitsschäden und Ernteverluste durch Emissionen einbezogen. Die Energie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass der Einstieg in das Solarzeitalter ohne fossile und atomare Energien die kostengünstigere Option für die Zukunft ist. Gegenüber dem atomar-fossilen Szenario

liegt die Einsparung einer umweltfreundlichen Energieversorgung im Jahr 2050 pro Bürger bei rund 2300 Euro. Auch volkswirtschaftlich macht also der von CDU/CSU geforderte Neubau von 50-70 Atomkraftwerken bis 2050 keinen Sinn. Mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien setzt Deutschland ein wichtiges Signal für die internationale Staatengemeinschaft, die vor kurzem auf dem UN-Gipfel in Johannesburg zusammenkam. Die Auswirkungen des Klimawandels machen nicht nur uns in Deutschland zu schaffen, sondern betreffen noch viel mehr die Länder des Südens. Vorsorgender Klimaschutz ist deshalb nicht nur eine ökonomische Frage, sondern eine Frage der globalen Gerechtigkeit.

Steuererhöhung durch die Hintertür – Eichels verpasste Chance zum Abbau umweltschädlicher Subventionen

Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) hält die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform mit Entlastungen von annähernd sieben Milliarden Euro für eine verpasste Chance. „Vielmehr muss die Art der Finanzierung auch dem mit großer Wahrscheinlichkeit menschengemachten Klimawandel Rechnung tragen“, sagten Bettina Meyer und Kai Schlegelmilch, Vorstandsmitglieder des FÖS. Ein Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerregelungen wäre echte Vorsorge gewesen. Und auch eine Fortführung der Ökologischen Steuerreform über 2003 hinaus, bei der auch die Heizstoffe (Erdgas und Heizöl) wieder in die Besteuerung einbezogen werden, wäre hier nur konsequent. Konkret hätte man die Steinkohlesubventionen schneller abbauen können – ein echter Solidaritätsbeitrag der westlichen Kumpel an die vom Personalabbau wesentlich härter getroffene ostdeutsche Braunkohleregion (Pressemitteilung des FÖS vom 20.08.2002).

[LINK](#)

Die viel zu hohe Entfernungspauschale müsste schrittweise deutlich gesenkt und auf kleine und mittlere Einkommen beschränkt werden. Zudem sollte die Eigenheimzulage jetzt weniger den Neubau, sondern vielmehr die Sanierung der bestehenden Gebäude fördern. Mit der Regierungsentscheidung zahlt der kleine Bürger, der von den Entlastungen der nächsten Steuerreform profitiert hätte – faktisch also eine Steuererhöhung durch die Hintertür. Die großen Unternehmen dagegen tragen nur wenig zur Finanzierung bei. Dabei hätte man deren viel zu umfangreiche Steuerermäßigungen im Rahmen der Ökologischen Steuerreform deutlich reduzieren können, ohne dass dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet worden wäre. Immerhin betragen die dadurch verursachten Steuermindereinnahmen allein in diesem Jahr 3,6 Milliarden Euro.

Zumindest müsste jetzt unbedingt die angekündigte Umschichtung im Haushalt von Bundesverkehrsminister Bodewig so erfolgen, dass dies zulasten des umweltschädlichen Straßen- und Flughafenausbaus ginge und zugunsten des primären Aufbaus des öffentlichen Verkehrs. So sollte die geplante Verschwendung der Haushaltsmittel für den Transrapid endgültig gestoppt werden.

VCD unterstützt Ökosteuer-Vorstoß und fordert erneut Grenzwert für CO₂

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) unterstützt die Forderung von Umweltpolitikern aus den Reihen von SPD und Grünen, die Ökosteuer fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Angesichts des einsetzenden Klimawandels müsse dieses Instrument konsequent genutzt werden, um den Energieverbrauch zu reduzieren und damit den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ zu senken. Gerade im Verkehrsbereich sei es in den vergangenen zwei Jahren nicht zuletzt durch die Ökosteuer gelungen, den Verbrauch von Kraftstoff und damit den CO₂-Ausstoß erstmals zu verringern. Deshalb müssten in den kommenden Jahren weitere Stufen der Ökosteuer folgen, damit sich Energiesparen weiterhin lohne (Pressemitteilung des VCD vom 14.08.2002).

[LINK](#)

Dazu Thomas Schaller, VCD-Bundesvorsitzender:

„Wir brauchen jetzt klare Aussagen im Wahlkampf, was die Parteien gegen den Klimawandel tun wollen. Es darf allerdings nicht bei Wahlkampfgetöse bleiben, das sich in heiße Luft auflöst, sobald die Wassermassen wieder abgeflossen sind.“

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Reinhard Loske, und der SPD-Fraktions-Vize Michael Müller seien mit ihren jüngsten Vorstößen, die Ökosteuer künftig weiterzuführen und die Energiepreise stetig anheben zu wollen, auf dem richtigen Weg. Die Regierungskoalition habe mit der Einführung der Ökosteuer in der vergangenen Legislaturperiode gezeigt, dass sie bereit sei, Instrumente für den Klimaschutz auch gegen massive Widerstände der Auto- und Industrielobby durchzusetzen.

„Die Ökosteuer darf auch für Kanzlerkandidaten kein Tabu-Thema mehr sein. Schon gar nicht darf dieses erfolgreiche Instrument nach der Wahl zurückgedreht werden“,

fordert Schaller. Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU Stoiber sei noch nicht von seiner Aussage abgerückt, die nächste Stufe der Ökosteuer im Falle eines Wahlsieges auszusetzen. Es sei zudem bezeichnend, dass in seinem Kompetenzteam die Umweltpolitik nicht vertreten sei. Der VCD erneuert seine Forderung, die Ökosteuer durch einen europaweiten Grenzwert für CO₂ bei Pkw zu ergänzen.

„Damit sich spritsparende Fahrzeuge am Markt durchsetzen und die Einsparpotenziale im Straßenverkehr schneller erschlossen werden, brauchen wir einen verbindlichen Grenzwert für das Treibhausgas CO₂ von 120 Gramm pro Kilometer“,

unterstreicht Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD. Fahrzeuge, die den Wert überschreiten, müssten mit einer höheren Kfz-Steuer belegt werden. Der VCD hatte erst kürzlich die neue VCD Auto-Umweltliste veröffentlicht und darin gezeigt, dass bereits jetzt eine Reihe Fahrzeuge mit vergleichsweise umweltschonenden Verbrauchs-, Lärm- und Schadstoffwerten angeboten werden.

Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform

Deutschland steht unter Wasser und niemand wird sich in Zukunft nun noch trauen, weitere Aktionen gegen die Ökosteuer anzuzetteln. Zu deutlich werden auch für die Deutschen die Boten des Klimawandels. Sogar die Gegner der Ökosteuer sehen darüber hinaus ein, dass es realpolitisch schwierig ist, die Steuer abzuschaffen, deren Einnahmen bereits fest für die Rentenfinanzierung verplant sind. Also machen auch im Wahlkampf die politischen Gegner nur ganz leise weiter Stimmung gegen die Steuer. Bedenklicher hingegen ist, dass sich die Befürworter zurückhalten, obwohl die Ökosteuer durchaus mit Erfolgen aufwarten kann und eine Weiterentwicklung in Richtung Umweltabgaben ansteht. Offenbar sind sich die politischen Akteure (mit wenigen Ausnahmen) selbst nicht darüber im Klaren, wie es weiter gehen soll (ökonomischer Verlag Newsletter August 2002).

[Link](#)

Klar hingegen ist, dass Umweltabgaben nicht ausreichen, solange an anderer Stelle umweltschädliches Wirtschaften unterstützt wird. Aus der fachpolitischen Diskussion heraus wird daher eines deutlich: Im Zentrum der Umweltpolitik der nächsten Jahre sollte eine wirtschafts- und sozialverträgliche Ökologische Finanzreform stehen, die Subventionen, Steuern, Sonderabgaben, Steuervergünstigungen, Ausgaben der Europäischen Union, den Länderfinanzausgleich und vieles mehr systematisch daraufhin untersucht, welche ökologisch nicht-wünschenswerten Auswirkungen sie haben – und die Ergebnisse in Reformschritten umsetzt. Die Ökologische Finanzreform gehört heraus aus den Fachzirkeln und hinein in die breite öffentliche Debatte. Die aktuelle Ausgabe der politischen Ökologie bietet einen Überblick über das ganze Themenspektrum sowie kreative Beispiele für nächste Schritte, ohne die damit verbundenen Probleme zu verschweigen. Und sie zeigt: Wer für einen ökologischen Strukturwandel streiten möchte, kommt um das Thema Ökologische Finanzreform auf keinen Fall herum.

Lesen Sie zu diesem Thema einen Überblicks-Beitrag von Andreas Burger und Ingrid Hanhoff in der politischen Ökologie „Kassensturz. Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform“ unter

http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/lese_77/index.htm

Fortsetzung der Ökosteuer unverzichtbar für den Klimaschutz

Zur aktuellen Debatte über die Zukunft der Ökologischen Steuerreform erklärt Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen:

Die Hochwasserkatastrophen in vielen Gebieten Europas führen uns auf drastische Weise vor Augen: Der auch durch den Menschen verursachte Klimawandel hat dramatische Folgen. Er muss daher mit aller Kraft bekämpft werden. Dazu bedarf es einer langfristigen Politik mit langem Atem.

Die Ökologische Steuerreform ist erfolgreich für den Klimaschutz und daher unverzichtbar. Die Umweltkosten des Energieverbrauchs werden endlich berücksichtigt. Das schafft Anreize zum Energiesparen. Folge: Der Benzinverbrauch ist in den letzten zwei Jahren erstmals deutlich gesunken (Pressemitteilung Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.08.2002).

[LINK](#)

Wir wollen die Ökosteuer fortsetzen. Energie muss weiter schrittweise verteuert werden. Nur so gibt es dauerhaft die nötigen Signale an alle Verbraucher, sparsam mit Energie umzugehen und damit zum Klimaschutz beizutragen. Das eingenommene Geld muss über Steuer- oder Abgabensenkungen an die Bürger zurück gegeben werden. Zugleich wollen wir endlich mit dem Abbau umweltschädlicher Subventionen beginnen. Die dort eingesparten Mittel müssen in Umwelt- und Klimaschutzprojekte, vor allem in Programme zur Energieeinsparung und zur Wärmedämmung in Altbauten, gesteckt werden.

Die Union hat immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt und fabuliert weiter von einer europaweiten Energieabgabe. Das ist pure Heuchelei! Denn hätte Helmut Kohl nicht 1992 persönlich die Einführung einer EU-Energiesteuer verhindert, wäre diese längst eingeführt worden. Und: Was heißt eigentlich schadstoffbezogene Abgabe? Im Klartext auch nichts anderes als das Energie insgesamt teurer wird. Wenn die Union dies will, so wäre das zumindest eine Einsicht. Aber die Wähler haben einen Anspruch darauf, es zu erfahren.

Die Ökologische Steuerreform gehört zum Klimaschutz. Wir stehen zu ihr und zu unserer Verantwortung.

Unternehmen fordern weiteren Ausbau der Ökosteuer

Die weitere Förderung erneuerbarer Energien, die Senkung der Lohnnebenkosten und die Vereinfachung des Steuerrechts: dies sind die zentralen Erwartungen von ökologisch orientierten Unternehmen in Deutschland an die nächste Bundesregierung.

In Rahmen einer groß angelegten Untersuchung befragte UnternehmensGrün, der Verband zur Förderung zukunftsfähigen Wirtschaftens, im August diesen Jahres rund 3.000 zumeist kleinere und mittlere Betriebe aus dem gesamten ökologischen Spektrum nach ihren wichtigsten politischen Forderungen. Weit über 10 Prozent der angefragten Unternehmen haben die aus ihrer Sicht wichtigsten wirtschafts- und energiepolitischen Aufgaben für die nächsten Jahre konkret und differenziert benannt und nach ihrer Dringlichkeit bewertet. Zahlreiche dieser Betriebe wurden erst vor wenigen Jahren gegründet und sind in der stark expansiven Branche der regenerativen Energieerzeugung tätig.

Ganz vorne auf der Prioritätenliste dieser Betriebe steht die weitere ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft: Neben der Beibehaltung und Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fordern die befragten Unternehmer einen kontinuierlichen Ausbau der Ökosteuer. Besonders wichtig ist ihnen dabei die Abschaffung der Steuerprivilegien für die Industrie und der Wegfall der Besteuerung regenerativer Energieträger. Die Weiterführung der Ökosteuer in Verbindung mit einer Senkung der Lohnnebenkosten hat für die Betriebe einen wesentlich höheren Stellenwert als die Senkung der Einkommensteuern oder die Abschaffung der Gewerbesteuer. Nahezu alle befragten Unternehmen fordern einen drastischen Abbau ökologisch schädlicher Subventionen – so zum Beispiel im Kohlebergbau, in der industriellen Landwirtschaft und im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung von Flugbenzin (Pressemitteilung UnternehmensGrün vom 03.09.2002).

[LINK](#)

Wesentlich wichtiger als allgemeine Steuersenkungen ist für die Öko-Betriebe eine Vereinfachung des Steuerrechts. Besonders dringlich in diesem Zusammenhang, so die fast einhellige Forderung: Die Reform und Vereinfachung des 325-Euro-Gesetzes. Kostensenkung, Modernisierung und Aufgabenkritik wünschen sich die befragten Unternehmer übrigens von der gesamten öffentlichen Verwaltung und fordern in diesem Zusammenhang auch mit großer Mehrheit eine Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern. Die Reform und der Umbau des föderalen Systems in der Bundesrepublik wird dagegen als weniger wichtig erachtet.

Im Bereich der Verkehrspolitik hat für die ökologisch orientierten Unternehmen die flächendeckende Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für LKW höchste Priorität. Aber auch in der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und in der Abschaffung der Monopole im Schienenverkehr sehen die befragten Betriebe wichtige Zukunftsaufgaben des Staates.

Gottfried Härle, Vorstandsmitglied von UnternehmensGrün, sieht in den Umfrageergebnissen bedeutende Unterschiede zu den bisweilen holzschnittartig vorgetragenen Forderungen der großen Industrie- und Handwerksverbände. Der hohe Stellenwert, der von den befragten Unternehmen einem weiteren Ausbau der Ökosteuer eingeräumt wird, zeige, dass bei weitem nicht die gesamte Wirtschaft eine höhere Besteuerung von Energie und natürlichen Ressourcen ablehne. Die Befragungsergebnisse ließen dagegen deutlich erkennen,

wo viele kleine und mittlere Unternehmen der Schuh tatsächlich drückt: zu hohe Lohnnebenkosten, zu viel Bürokratie in der öffentlichen Verwaltung, zu komplizierte Steuergesetze.

Sowohl für die künftige Wirtschafts- als auch Energiepolitik ist, so Härle weiter, ein Ergebnis der Unternehmensbefragung von zentraler Bedeutung: Die nahezu einhellig vorgetragene Forderung nach einer dauerhaften Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Fortführung des Marktanreizprogramms zugunsten erneuerbarer Energien. Viele der befragten Unternehmen sind in den letzten Jahren gegründet worden und sind auf dem Feld der regenerativen Energiegewinnung tätig. Insgesamt sind in Deutschland in wenigen Jahren bereits 130.000 neue Arbeitsplätze in dieser Branche entstanden, mit jährlichen Zuwachsraten von rund 30 Prozent. Bei einer Verschlechterung der staatlichen Rahmenbedingungen für die Förderung regenerativer Energien stünde nicht nur der Klimaschutz auf dem Spiel, sondern auch die Existenz tausender, zumeist kleinerer Betriebe mit mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen.

Welle von Phrasen

Im Prinzip möchte man Guido Westerwelle zustimmen: Gebrochene Deiche sind eine denkbar ungeeignete Wahlkampf-Plattform. Doch was ist derzeit nicht Wahlkampf? Und der FDP-Chef nutzt ja selbst auch – vom trockenen Ufer aus – die Flut, um dem politischen Gegner eins reinzuwürgen.

Was derzeit an gebrochenen Deichen passiert, mag Westerwelle als parteipolitisch motivierten Katastrophentourismus abtun, ist aber in Wirklichkeit pure Notwendigkeit. Bei solchen Unwettern würden maßgebliche Politiker in wahlfreien Zeiten geprügelt, wenn sie sich nicht vor Ort sehen ließen, um zu zeigen, dass sie die Sorgen der Betroffenen ernst nehmen. Und das Zwölf-Punkte-Programm der Bundesregierung wäre – ebenso wie die Hilfe etwas des Freistaats Bayern – in jedem Fall nötig gewesen. Es ist nicht vom Wahltermin abhängig, sondern von der Schadenhöhe.

Es stimmt aber auch, dass viele Politiker die Gelegenheit nutzen, um die derzeitigen Überschwemmungen parteipolitisch zu instrumentalisieren. Da werden viele hohle Phrasen gedroschen. CSU-Generalsekretär Thomas Goppel beispielsweise hat noch nicht begriffen, dass Klimaschutz eine internationale mittel- und langfristige Aufgabe ist. Was wir jetzt zu spüren bekommen, sind Versäumnisse, die viel weiter zurückreichen als bloß bis zum Amtsantritt der rot-grünen Koalition. Die von vielen als unzureichend kritisierte Welt-Klimakonferenz in Kyoto fiel noch in die Ära Kohl, der damalige deutsche Beitrag zur Reduktion des Treibhausgases CO₂ war hauptsächlich dem Zusammenbruch der DDR-Industrie zu verdanken (Herbert Fuehr, Nürnberger Nachrichten, 15.08.2002).

LINK

Wo, wie Goppel mit Krokodilstränen beweint, der grüne Umweltminister Jürgen Trittin sich beim Klimaschutz nicht hat durchsetzen können, da waren oft auch Unionspolitiker gemeinsam mit Industrievertretern die Bremser. Die rot-grüne Koalition blieb nicht untätig. Sie fördert die regenerativen Energien und die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung, sie hat die Ökosteuer eingeführt, die – wenn auch (noch) nicht im wünschenswerten Umfang – den Energieverbrauch teurer machen, was bereits den Benzindurst spürbar dämpfte. Möglicherweise lassen sich die Sozialdemokraten und die Grünen derzeit ebenfalls zu sehr auf ein Kleinkariertes Parteieingezänk ein, statt ihre Politik offensiv zu vertreten. Wann gibt es eine bessere Gelegenheit, um den Sinn der Ökosteuer hervorzuheben oder die gezielte Förderung von Wind, Sonne, Wasser und Biomasse, die viele Millionen Tonnen CO₂ einspart? Den Umstieg auf sanfte Energien dem Markt zu überlassen – wie das die Union und vor allem die FDP bevorzugen – würde zu lange dauern. Die Industrie ist am kurzfristigen Gewinn orientiert – das ist legitim, aber zu wenig für den Klimaschutz. Und den Ausbau der Atomkraft können sich selbst reiche Staaten nicht mehr leisten.

Was in der aktuellen Debatte fehlt, ist das Denken in langfristigen Perspektiven. Wir sehen erschauernd die Überschwemmungen, erfahren von den unermesslichen Schäden und vom Leid der betroffenen Menschen, aber mit keinem Superlativ ließe sich dies angemessen beschreiben. Wir können vorausberechnen, welche Einflüsse der weitere Anstieg der globalen Temperaturen hat, aber unsere Fantasie reicht nicht aus (oder sträubt sich dagegen), sich auszumalen, wie die Erde dann wirklich aussehen wird, wenn Flutkatastrophen in gemäßigten Breiten zur Regel werden und dafür in anderen Kontinenten Dürre und Wassermangel immer schneller zunehmen. Beide Phänomene haben dieselbe Ursache: den Klimawandel.

Nötig ist eine nachhaltige Politik. Dies ist nicht rot-grün und nicht schwarz-gelb, sondern eine gemeinsame Verpflichtung. Welche Folgelasten spätere Generationen zu tragen haben, wenn heute aus kurzfristigen Motiven ökologische Zukunftsinvestitionen unterbleiben. Lässt die gegenwärtige Flut nur ahnen. Dabei war sie selbst schon schlimm genug.

Der blinde Fleck von Hartz

Zwei Themen bewegen derzeit die Nation: die Hochwasserkatastrophe an Elbe und Donau und die Last-Minute-Initiative des Kanzlers, der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu rücken. Merkwürdigerweise laufen die beiden Debatten über Umwelt und Arbeit völlig getrennt nebeneinanderher. Den Vorschlägen der Hartz-Kommission fehlt jede ökologische Dimension. Das ist nachvollziehbar, soweit es ihren ursprünglichen Auftrag betrifft: die Reform der Bundesanstalt für Arbeit und eine effektivere Arbeitsvermittlung. Damit allein ist der Erwerbslosigkeit aber nicht beizukommen. Die entscheidende Herausforderung an Rot-Grün ist die Verknüpfung von Beschäftigungspolitik und präventivem Umweltschutz. Das gilt insbesondere für die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform - des einzig absehbaren Instruments, mit dem die beschäftigungsfeindlich hohen Lohnnebenkosten nachhaltig gesenkt werden können (taz, Nr. 6831 vom 20.08.2002, RALF FÜCKS).

[LINK](#)

Die Ökosteuer wurde seit der letzten Bundestagswahl von Union und FDP wider besseres Wissen zum Schreckgespenst gemacht. In der Koalition konnte gegen eine abgeneigte SPD nur eine Version mit weit gespannten Ausnahmeregelungen für die Industrie durchgesetzt werden, die ihre Lenkungswirkung beeinträchtigen. Für den Kanzler war diese erste Stufe schon die letzte.

Einzig die Bündnisgrünen hielten die Fahne der ökologischen Steuerreform hoch, scheuten aber konkrete Festlegungen zu den nächsten Schritten, um keine neuen Angriffspunkte zu liefern. So rückte die Ökosteuer in den politischen Hintergrund, obwohl sie eine doppelte Dividende abwirft: Sie erlaubt es, die weltweit höchsten Arbeitskosten zu senken, die vor allem einer Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitskräfte im Wege stehen. Gleichzeitig fördert sie die Einführung energie sparender Technologien und Produkte und den Einstieg in eine nachhaltige Ökonomie. Sie wirkt damit als Innovationsfaktor in Richtung Zukunft, und zwar auf marktwirtschaftlich elegante Weise. Dabei kommt es nicht auf große Sprünge bei den Steuersätzen an, sondern auf einen langfristig angelegten, in den einzelnen Schritten durchaus moderaten Aufwuchs. Schon die von Rot-Grün beschlossene Zwergform der Ökosteuer hat zum erstmaligen Rückgang des Benzinverbrauchs in den letzten beiden Jahren und zur Senkung der CO₂-Emissionen der privaten Haushalte beigetragen.

Mit den Einnahmen einer progressiv angelegten Ökosteuer lässt sich die schrittweise Abkopplung der sozialen Sicherung von den Arbeitskosten finanzieren - eine Entwicklung, die ohnehin auf mittlere Sicht durch den demografischen Wandel erzwungen wird. Das heutige System, in dem die Lohnzusatzkosten in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit noch steigen (weil wachsende Ausgaben von einer geringeren Zahl von Beitragszahlern finanziert werden müssen), ist beschäftigungspolitisch kontraproduktiv. Es wird vollends unhaltbar, wenn eine schrumpfende Zahl von Erwerbstätigen einer wachsenden Zahl von Pensionären gegenübersteht. Der Einwand, die Verwendung des Ökosteuer-Aufkommens für die Umfinanzierung der sozialen Sicherung sei eine Zweckentfremdung, sticht nicht. Ihre Lenkungswirkung vollzieht sich über die Verteuerung des Naturverbrauchs, nicht über staatliche Investitionsprogramme.

Die Zeit ist reif, die ökologische Steuerreform wieder aus dem Zwischenlager zu holen. Die Flutkatastrophe in Mitteleuropa hat der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der menschengemachte Klimawandel auch die heile Welt Europas bedroht. Das ist nicht die Stunde für grüne Rechthaberei, wohl aber für Reformvorschläge, die auf die Einsichtsfähigkeit der Leute setzen und ihnen etwas abverlangen. Die Bereitschaft, Vorsorge zu treffen und bisherige Gewohnheiten in Frage zu stellen, ist gewachsen. Kluge Politik muss jetzt kurzfristige Hilfe mit vorausschauenden Reformen verbinden. Dass man dafür auch Unternehmen gewinnen kann, zeigt die Initiative von 170 internationalen Konzernen, die sich zusammengeschlossen haben, um für den "Geist von Kioto" zu werben und die Ratifizierung des Klimaschutz-Protokolls voranzubringen. Bemerkenswert ist, dass dazu auch die Ölmultis BP und Shell gehören, die sich längst auf eine Zukunft jenseits von

Kohle und Öl vorbereiten.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission zielen vor allem darauf, wie die Erwerbslosen effektiver in Arbeit gebracht werden können. Das ist nicht verkehrt, aber zu kurz gesprungen. In der öffentlichen Diskussion wird manchmal der Eindruck erweckt, als seien die Erwerbslosen selbst das entscheidende Hindernis bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit: Sie seien nicht qualifiziert und flexibel genug, hätten übertriebene Ansprüche und ruhten sich in der sozialen Hängematte aus. Für all das gibt es sicher Beispiele, und nicht jeder Vorschlag, wie Arbeitslose besser motiviert werden können, offene Stellen anzutreten, verstößt gegen die Menschenwürde. Wer aber die Arbeitslosenzahlen halbieren will, muss vor allem die Frage beantworten, wie mehr Beschäftigung entstehen kann. Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen Steuer- und Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Bildungspolitik auf den Prüfstand gestellt werden.

Mit der Förderung von Existenzgründungen aus der Erwerbslosigkeit heraus, der Anerkennung von Leiharbeit als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt und der Aufstockung der Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigung (wenn auch nur im Haushaltsbereich) geht die Hartz-Kommission vorsichtige Schritte in Richtung Flexibilisierung. In einigen Punkten ist das eine Revision der bisherigen Regierungspolitik. Es ist allerdings sozialpolitisch fragwürdig und bringt beschäftigungspolitisch nicht viel, vor allem von den Arbeitslosen größere Anpassungsleistungen zu verlangen, während das in Jahrzehnten gewachsene Regelungs-dickicht des ersten Arbeitsmarkts, das die Kosten hochtreibt und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert, ein Tabu bleibt.

Keine noch so erfolgreiche Beschäftigungspolitik wird auf absehbare Zeit "Vollbeschäftigung" herstellen. Deshalb sollte auch die Frage nach der Umverteilung der Erwerbsarbeit nicht ad acta gelegt werden, obwohl die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zurzeit keine Konjunktur hat. Stärkere steuerliche und rentenrechtliche Förderung von Teilzeitarbeit, von Sabbaticals und Jobsharing-Modellen sind unverzichtbar, wenn die Spaltung zwischen Überbeschäftigten und Ausgeschlossenen überwunden werden soll.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission bringen wieder Bewegung in die parteipolitisch und gesellschaftlich blockierte Arbeitspolitik. Für ein Gesamtkonzept gegen die Erwerbslosigkeit sind sie aber zu eng gefasst, und sie haben ausgerechnet an dem Punkt einen blinden Fleck, an dem sich beschäftigungs- und umweltpolitisch die größte Hebelwirkung erzielen ließe: der Verknüpfung einer durchgreifenden Senkung der Lohnnebenkosten mit der Verteuerung des Naturverbrauchs.

Energie- und Klimaschutzpolitik bei der Union gut aufgehoben?

Kurt-Dieter Grill, Berichterstatter für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich in einem Interview mit der Radiosender SWR 2 am Donnerstag erneut für eine europaweite schadstoffbezogene Abgabe und gegen die Ökosteuer ausgesprochen. Der Experte der Unionsfraktion für Energiepolitik wies darauf hin, dass die Kernenergie für die Union in der Klimapolitik eine Option bleibe. „Ob sie allerdings zum Einsatz kommt, wird sich frühestens 2010 entscheiden“, sagte Grill.

Grill, der auch Vorsitzender der Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung" des Deutschen Bundestages ist, kritisierte die Bundesregierung, die als Ersatz für Kernkraftwerke zusätzliche Kohlekraftwerke plane. Damit gebe es ein "Entsorgungsproblem" bei den fossilen Brennstoffen. Die Bundesregierung habe die Forderung der Enquete-Kommission des Bundestages nach einer 40-prozentigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 nicht in ihre Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen (CDU/CSU Fraktion, 15. August 2002: <http://www.cduscsu.de/framehtml.jsp>).

[LINK](#)

Vollständiges Interview:

Frage: Nach der Hochwasserkatastrophe wird über die Ökosteuer diskutiert, Stoiber wollte sie zuerst abschaffen und jetzt aussetzen. Der ehemalige CDU-Umweltminister Töpfer findet sie gut, würde sie sogar ausbauen, auch Merkel findet das nicht mehr abwegig. Ist die Union für oder gegen eine Ökosteuer?

Grill: Wenn Sie einen Blick in unser Regierungsprogramm werfen, dann werden Sie entdecken dass wir - und das ist auch immer das, was Angela Merkel und die CDU schon vor 1998 definiert hat - für eine schadstofforientierte Abgabe auf der europäischen Ebene sind. Das ist immer die Politik der Union gewesen. Und neben dem, was ich gerade an Kommentaren gehört habe, gehört ja auch zur Realität der Ökosteuer der rot-

grünen Koalition, dass sie eben nicht an einem Schadstoffausstoß ansetzt sondern am Verbrauch.
Frage: Ist die Union jetzt dafür oder dagegen, dass sich Umweltbelastungen und Naturverbrauch in den Energiepreisen widerspiegeln?

Grill: Nein, wir sind für eine schadstoffbezogene Abgabe. Das heißt, wir sind für eine Umgestaltung dessen, was heute Ökosteuer heißt, in eine andere Komponente. Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir bewusst Energie verteuern wollen.

Frage: Sie betonen dabei aber auch sehr stark diesen europapolitischen Aspekt. Aber auf europäischer Ebene gibt es ja auf Jahre keine Aussicht auf eine einheitliche Öko- oder Abgassteuer. Ist es da nicht besser, mit gutem Beispiel voranzugehen, als gar nichts zu tun und zu warten?

Grill: Mal abgesehen davon, dass „gar nichts tun“ nicht die Politik der Union ist: 90 Prozent der CO₂-Ersparnisse seit 1990 gehen auf unser Konto. Also wir haben da schon einiges auf den Weg gebracht, mit anderen Mitteln als mit der Ökosteuer. Und das Zweite ist - es wird ja berichtet und ich habe mich selber davon überzeugt -, dass es erhebliche Fortschritte in der Frage der Steuerharmonisierung in der Europäischen Union gibt. Im Übrigen würde ich an der Stelle noch darauf hinweisen wollen, dass wir eine der wenigen sind in Europa neben Großbritannien und Luxemburg, die überhaupt ein Minus vor der CO₂-Emission seit 1990 haben.

Frage: Angela Merkel hat gestern ein neues Stichwort wieder in die Debatte gebracht. Sie hat gesagt, man müsse auch wieder über die Kernenergie nachdenken, da sie klimaneutral sei. Ist denn das die Position der Union, Kernenergie als Klimaschutz?

Grill: Die Union hat immer darauf hingewiesen, dass in der Frage der Klimapolitik für uns die Kernenergie eine Option bleibt. Ob sie allerdings zum Einsatz kommt, wird sich frühestens um das Jahr 2010 entscheiden, wenn wir in Deutschland 50.000 Megawatt Kraftwerkskapazität ersetzen müssen. Dies ist allemal besser als die Großkraftwerke auf Steinkohle- und Braunkohlebasis, die der Kanzler vor der IG BCE und vielen anderen Gremien permanent als Ersatz der Kernenergie verkündet hat.

Frage: Aber was ist denn mit dem Entsorgungsproblem? Das ist ja weltweit überhaupt noch nicht gelöst. Es gibt überhaupt kein Endlager auf der ganzen Welt. Wo soll denn der Abfall hin?

Grill: Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, dass wir gerade über ein nicht gelöstes Entsorgungsproblem der fossilen Brennstoffe gesprochen haben, und die Frage der Kernenergie und der Frage des Endlagers, da sind wir auf gutem Wege. Ich möchte...

Frage: ... inwiefern denn auf gutem Wege?

Grill: Wir haben ein genehmigtes Endlager in Deutschland - darf ich Sie darauf hinweisen? Den Schacht Konrad. Durch Rot-Grün genehmigt, das erste Endlager in Deutschland ... Sie haben gesagt es gibt weltweit kein Endlager. Es gibt eines. Außerdem wissen Sie wahrscheinlich, dass ich der Abgeordnete bin aus dem Wahlkreis, in dem Gorleben liegt, und ich kann nur jeden einladen, sich davon zu überzeugen, wie das aussieht.

Aber lassen Sie uns doch mal über die Klimafrage sprechen und die Frage Ökosteuer. Und da sage ich noch mal: Ich lasse mir zurzeit nicht von einer Bundesregierung Vorhaltungen machen und vom politischen Gegner dergestalt, dass die Frage Ökosteuer und Klimapolitik eine Rolle spielt, wenn der Bundeskanzler als Ersatz der Kernenergie Kohlekraftwerke ankündigt. Dann hat die Bundesregierung ein Problem, die bis heute nicht vorgelegt hat, wie bis zum Jahre 2020 denn die Energiepolitik in Deutschland aussehen soll. Und da darf ich Sie nur darauf hinweisen, dass die Bundesregierung das in der von mir geleiteten Enquete-Kommission beschlossene Minus (von) 40 Prozent CO₂ bis 2020 in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie nicht aufgenommen hat. Also, ich möchte - wenn wir über Klimapolitik und Ökosteuer reden -, dass wir mal über das reden, was akut auch von denen, die uns jetzt mit an der Ökosteuer festmachen wollen, energiepolitisch aufgebaut worden ist, und wenn ich in die Kapitel reingucke, kann ich nichts erkennen. Und da ich an den energie- und umweltpolitischen Teilen des Regierungsprogramms mitgearbeitet habe, denke ich mal, dass man dort sehr gut nachlesen kann - einschließlich der schadstoffbezogenen Abgabe -, dass wir die Klimapolitik nicht beiseite geschoben haben.

Frage: Wie erklären Sie sich dann die widersprüchlichen Aussagen von gestern zu diesem Thema? In Stoi-

bers Kompetenz-Team ist ja auch für Klimaschutz und Umwelt überhaupt niemand vorgesehen. Fehlt denn der Union da nicht doch ein gesamter und schlüssiger energie- und umweltpolitischer Ansatz?

Grill: Nein, der fehlt uns überhaupt nicht. Der Bundesvorstand hat auf meinen Vorschlag hin am 4. Dezember 2001 Maximen für die Energiepolitik im 21. Jahrhundert beschlossen. Wir haben ein umweltpolitisches Papier für diese Fragen, wir haben einen umweltpolitischen Teil im Programm. Angela Merkel ist Umweltministerin gewesen, die Kompetenz hat sie nicht verloren. Und Edmund Stoiber - da rate ich Ihnen dringend zu, gucken Sie mal nach Bayern -, der hat seit 1972 ein Umweltministerium. Da haben andere noch gar nicht daran gedacht. Und das Zweite ist: In Bayern findet eine gute Umweltpolitik statt. Also, Edmund Stoiber hat mit seinem Pakt für die Umwelt mit der Wirtschaft in Bayern eher Vorbildliches geleistet, und deswegen habe ich überhaupt keine Befürchtungen, denn Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Kompetenz-Team von Edmund Stoiber ja nicht eine komplette Ministermannschaft ist, sondern da ist, um bestimmte Kernbereiche zu besetzen. Von daher gesehen würde ich sagen: Wenn zentrale Fragen der Umwelt- und Energiepolitik zu beantworten sind, wird sowohl Edmund Stoiber wie auch Angela Merkel jederzeit eine Antwort geben können.

Die Fragen stellte Anke Hlauschka.

Jürgen Trittin: Folgen unseres Handelns voll in die heutigen Entscheidungen einbeziehen

Viele Menschen fragen, ob und inwieweit menschliches Handeln Ursache dafür ist, dass wir in diesem Sommer derart geballt Unwetter und andere Wetterphänomene erleben. Die Wetterkapriolen machen nicht an Landesgrenzen Halt, sondern betreffen ganz Europa. Zu diesen Entwicklungen möchte ich als Bundesumweltminister auf zwei Weisen Stellung nehmen:

Zum einen zur Frage des Einflusses des Klimawandels - zum anderen zur Frage der ganzheitlichen Hochwasservorsorge unter Berücksichtigung ökologischer Belange.

Es gibt zweifellos einen Prozess der globalen Erwärmung. Das bestätigen international anerkannte Wissenschaftler. Es kann nicht ernsthaft bezweifelt werden, dass diese Erwärmung sehr stark und wesentlich von Menschenhand verursacht wurde. Die durchschnittliche globale Oberflächentemperatur ist - seit wir mit systematischen Temperaturmessungen begonnen haben - um 0,6 Grad gestiegen. Das hat gereicht, um den Meeresspiegel um bis zu 20 cm steigen zu lassen (Stellungnahme des Umweltumweltministeriums vom 15.08.2002).

[LINK](#)

Vor allem in den letzten Jahren haben wir die Konsequenzen dieser von Menschen verursachten globalen Erwärmung deutlich gespürt: Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren das wärmste Jahrzehnt und 1998 war das wärmste Jahr. Nicht nur der 90er Jahre - sondern des vergangenen Jahrhunderts. Weil bei höherer Wärme mehr Wasser verdunstet, da warme Luft mehr Feuchtigkeit speichern kann, hat der Niederschlag auf der Nordhalbkugel im 20. Jahrhundert um 5-10 % zugenommen. Die aktuellen heftigen Regenfälle passen in dieses Bild.

Über die Verantwortung für diese Erwärmung wird wissenschaftlich noch gestritten. Es gibt zum Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und dem Auftreten solcher Wetterphänomene noch keinen schlüssigen, wissenschaftlichen Beweis. Aber die Parallelität dieser beiden Entwicklungen veranlasst viele Wissenschaftler zu der Aussage, dass wir jetzt Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels spüren, die Folgen der Erwärmung. Ich spreche hier über sehr langfristige Trends. Unser Handeln heute wird möglicherweise erst das Wetter in 20, 25 Jahren mitbestimmen.

Deshalb habe ich nicht nur auf internationaler Ebene so darauf gedrungen - und letztendlich mit Erfolg -, dass wir einen völkerrechtlich verbindlichen Prozess einleiten, der die Treibhausgasemissionen global begrenzt. Wir haben angefangen mit den Industrieländern, den Hauptverursachern. 80 % des in der Erdatmosphäre gespeicherten CO₂ stammt aus den Industrieländern des Nordens.

Wir wollen und wir werden diesen Kurs fortsetzen, den wir 1998 eingeschlagen haben. Wir bleiben aber international nur ausreichend glaubwürdig in der Klimaschutzpolitik, wenn wir gleichzeitig in Deutschland mit eigenen Maßnahmen vorangehen. Wir sind hier schon sehr weit. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit einem Reduktionsvolumen von 21% der Emissionen aller sechs Treibhausgase insgesamt bis 2010 das größte

europäische Reduktionsvolumen geschultert. Dabei sind wir schon sehr weit: Wir haben von diesen 21% heute bereits 19% geschafft. Es fehlen noch zwei Prozentpunkte. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Reduktion verwirklichen. Denn nicht nur die Industrie hat Reduktionen in großem Umfang erreicht. Sondern es ist uns auch gelungen, die Emissionen im Verkehr und in den privaten Haushalten zu senken. Wir haben in diesen beiden schwierigen Feldern eine echte Trendwende erreicht.

Die ökologische Steuerreform hat dazu wesentlich beigetragen. In mehrfacher Hinsicht. Ohne Ökosteuer hätten wir es nicht geschafft, in den Jahren 2000 und 2001 haben wir es erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik geschafft, die Verkehrsemissionen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu senken - und zwar um 1,1% und dann sogar nochmals um weitere 1,5%: Ein Grund war der Rückgang beim Verbrauch von Benzin und Diesel.

Noch beeindruckender sieht die Klimabilanz im Bereich der Haushalte aus. Hier lagen die Treibhausgasemissionen im Jahre 1997 immer noch 7% über 1990. Aber heute liegen sie 11,5% darunter. Das bedeutet einen Rückgang um 18%. Das wäre nicht vorstellbar gewesen ohne die Milliarde, die wir in die Altbausanierung gesteckt hätten, ohne die Programme zur Wärmedämmung und ohne den Anreiz, den die ökologische Steuerreform bot.

Aber wir müssen in noch größerem Maße CO₂ einsparen. Wir haben begonnen, fossile und nukleare Energie durch Energie aus erneuerbaren Quellen zu ersetzen. Damit sind wir einen großen Schritt vorangekommen. Wir wollen diesen Kurs fortsetzen mit einer Strategie für Energieeffizienz und erneuerbare Energie, die Kontinuität bei den Rahmenbedingungen schafft. Auch um den zehntausenden Menschen, die in den vergangenen vier Jahren Arbeit z.B. in wachsenden Branche der Erneuerbaren Energien gefunden haben. Sie erwarten von uns ebenso wie die Unternehmer in dieser Branche stabile Rahmenbedingungen.

Deshalb ist es von so zentraler Bedeutung im Sinne der Schadensbegrenzung, der Gefahrenabwehr, dass wir den Flüssen Raum geben, sich auszubreiten. Manchmal ist es sogar vernünftig, Deiche abzureißen. Wir tun das im Biosphärenreservat Mittlere Elbe zwischen Dessau und der Saale-Mündung. Wir beseitigen mehrere Deiche, um 5600 Hektar Lebensraum und Überschwemmungsfläche zu schaffen. Für Pflanzen, für Tiere, aber auch um der Elbe die Chance zu geben, wenn sie mehr Wasser führt, sich in der Fläche auszubreiten und so Hochwasser entsprechend zu vermeiden.

Gerade vor diesem Hintergrund war die Entscheidung der Regierung und der Koalitionsfraktionen richtig, den Überlegungen aus Bayern nicht zu folgen, den letzten Abschnitt, auf dem die Donau zwischen Isar und Passau noch frei fließen kann, nicht auch noch aufzustauen. Sondern diese Staumaßnahmen zu unterlassen und damit auch der Natur wieder einen Raum zu geben, wie wir ihn etwa an der Isarmündung mit den letzten Auwäldern entlang der Donau haben. Naturschutz und Schadensvermeidung ergänzen sich so und schaffen Synergieeffekte.

Die Bundesregierung hat im Rahmen zuletzt am 17.04.02 den Fortschrittsbericht zu den Perspektiven für eine ökologisch ausgerichtete Hochwasservorsorge beschlossen. Darin machen wir u.a. deutlich, dass die menschlichen Nutzungen in Überschwemmungsgebieten den Gefährdungen anzupassen sind. In überschwemmungsgefährdeten Gebieten ist Vorsorge gegen mögliche ökologisch negative Folgewirkungen, wie Gewässer- und Bodenverunreinigungen, zu treffen.

Diese Vorsorge ist hauptsächlich darauf ausgerichtet, mit den Instrumenten der Raumplanung, durch verbesserte Hochwasserinformationen und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene das Schadenspotenzial in Überschwemmungs- und hochwassergefährdeten Gebieten zu senken. Erste Erfolge sind bei Hochwasserereignissen wie dem Ende 1998 in Baden-Württemberg zu verzeichnen, wo Schäden vermieden bzw. vermindert werden konnten. Andererseits haben das Pfingsthochwasser 1999 an der Donau und noch deutlicher die aktuelle Hochwassersituation gezeigt, dass in vermeintlich hochwassergeschützten Gebieten bei Eintritt von Deichbrüchen sehr große Schäden entstehen, die nur durch umfassende Risikoverminderung in solchen potenziellen Gefährdungsbereichen reduziert werden können.

Gerade das derzeitige extreme Hochwasserereignis bestätigt nachdrücklich, wie wichtig die konsequente Weiterführung der ökologisch ausgerichteten Hochwasservorsorge auf allen politischen Ebenen ist.

Der Bund beteiligt sich vor allem über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" an den Hochwasserschutzmaßnahmen der Länder, allein in den Jahren 1998 bis 2001 mit

124 Mio. €. Diese Förderung soll künftig stärker auf Maßnahmen zur nachhaltigen Hochwasservorsorge ausgerichtet werden. So wird bereits ab 2002 der Förderung zur Wiedergewinnung von Überschwemmungsflächen gegenüber dem Neubau bzw. der Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen Vorrang eingeräumt.

Durch die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, verabschiedet von Bundestag und Bundesrat am 01.02.2002, werden einer derartigen Herangehensweise - Hochwasservorsorge- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit ökologischen Belangen zu verknüpfen - neue Impulse verliehen.

Ich erwarte nicht, dass wir mit ad hoc-Maßnahmen die Wetterphänomene in den Griff kriegen. Aber ungeachtet der Frage, ob es nun einen eindeutigen Kausalitätszusammenhang gibt oder ob es sich um Parallelercheinungen handelt: Wir alle sind aufgefordert, im Sinne der Vorsorge, der Vorbeugung und insbesondere im Interesse nachfolgender Generationen durch eine aktive Klimaschutzpolitik mit den entsprechenden Instrumenten die Steigerung und Fortentwicklung solcher Wetterphänomene wie dieses Jahr zu vermeiden. Dazu ruft uns gerade auch die langfristig kalkulierende Versicherungswirtschaft auf: Erst wenn wir die Folgen unseres Handelns voll in die heutigen Aktivitäten und Entscheidungen einbeziehen, können wir die Umweltauswirkungen in einem erträglichen Ausmaß halten und den Gefahren, wie sie von Klimawandel und Hochwassern ausgehen, Einhalt gebieten.

„Die Menschen spüren, dass sie der Klimawandel bedroht“

Reinhard Loske, Umweltsprecher der Bundestags-Grünen, über Wetterextreme, die Zukunft der Energiewende, die Ökosteuer und Bonus-Meilen. Mit Loske sprach FR-Redakteur Joachim Wille.

FR: Herr Loske, früher galten die Grünen als vehemente Kritiker des Luftverkehrs, heute dokumentieren sie ihre Kehrtwende durch die Miles-and-more-Affäre. Ist das das neue Umwelt-Wahlkampfkonzept?

Reinhard Loske: Was da passiert ist, ärgert mich extrem, ist aber nicht mehr zu ändern. Wir wollen Inhalte nach vorne stellen, und da ist die ökologische Modernisierung des Landes natürlich Top-Thema Nummer Eins.

FR: Trotzdem: Umsonst nach Fernost jetten, wo früher Grünen-Politiker eine Mallorca-Reise nur alle fünf Jahre erlauben wollten - und manche Wähler angeblich sogar bewusst auf Fernreisen verzichten . . .

Reinhard Loske: Das ist ein Widerspruch. Aber die Linie der Partei insgesamt ist glaubwürdig, wenn man die Ergebnisse unserer Umweltpolitik sieht. Die meisten Reformprojekte dieser Regierung tragen eine grüne Handschrift.

(Frankfurter Rundschau 14.08.2002)

[LINK](#)

FR: Dennoch hat die Umwelt im Wahlkampf bisher fast keine Rolle gespielt.

Reinhard Loske: Das wird sich mit den Wetterextremen dieser Tage ändern. Da bin ich sicher. Die Menschen spüren, dass der Klimawandel eine Bedrohung ist und sehr teuer werden könnte. Eine Politik der Ignoranz gegenüber Umweltproblemen à la Stoiber und Westerwelle wollen die Menschen nicht. Die von Rot-Grün begonnene neue Energiepolitik muss konsequent fortgesetzt werden. Die Windkraft boomt, gerade ist zum Beispiel die 10 000 Megawatt-Grenze erreicht worden. Und da sagen führende Unions-Politiker: Die Förderung der erneuerbaren Energien muss gestoppt oder gebremst werden. Tatsache ist: Öko-Strom verteuert den Strompreis nur um ein bis zwei Prozent - und das ist der Union schon zu viel. Das sagt doch im Grunde genommen alles: Die kümmert weder der Klimawandel noch die Förderung der Zukunftstechnologien.

FR: Niedersachsens CDU-Chef Christian Wulff hat sich für die Windkraft ausgesprochen.

Reinhard Loske: Aber die Stoiber-Zentrale lässt dagegen feuern. Genauso wie gegen den Atomausstieg, die Agrarwende und das neue Naturschutzgesetz. Stoiber liefert eine Menge Indizien dafür, dass das wirklich abgeknickt werden soll - und bei der FDP sowieso. Es gibt nicht einmal einen Umweltexperten im so genannten Kompetenzteam der Union. Außerdem hat Stoiber klar gemacht, welche Art Politik er will: einen Umweltpakt mit den Unternehmen, der vollständig auf Freiwilligkeit setzt. Das kennt man aus Bayern. Bei dem dortigen Pakt wird bei den Firmen abgefragt, was sie in den nächsten Jahren tun wollen. Und dann macht man einen Deckel drauf und man schreibt „Umweltpakt Bayern“ drauf. Das ist der vollständige Abschied von der aktiven Umweltpolitik. Umwelt- und energiepolitisch steht am 22. September verdammt viel

auf dem Spiel.

FR: Was ist schlimm daran, wenn Betriebe sich selbst zu Umweltprojekten verpflichten?

Reinhard Loske: Ich selber bin ja ein großer Freund einer kooperativen Umweltpolitik, nur darf sie nicht an die Stelle von staatlichem Handeln treten. Der Staat muss einen klaren Rahmen setzen. Aber weil Stoiber nicht steuern will, soll etwa die Ökosteuer beendet werden - einer der Aktivposten bei Energieeinsparung und Klimaschutz.

FR: Die Deregulierung soll den Arbeitsmarkt in Schwung bringen.

Reinhard Loske: Umweltschutz vernichtet nicht Arbeitsplätze, er schafft welche. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien sind binnen weniger Jahre über 100 000, manche sagen 120 000 Arbeitsplätze entstanden. Hier arbeiten mehr Menschen als im gesamten Bergbau und in der Atomindustrie.

FR: Die ökologische Steuerreform sollte viele Jobs bringen. Von dem Projekt spricht Rot-Grün kaum mehr.

Reinhard Loske: Unser Wahlprogramm fordert eine ökologische Finanzreform mit mehreren Elementen. Erstens: Abbau umweltschädlicher Subventionen - etwa bei der Kohle bis 2010 und im Agrarsektor, aber auch die Pendlerpauschale muss auf den Prüfstand. Die freigeschaufelten Mittel sollen in Umweltinvestitionen fließen - in die Förderung der Energieeinsparung, der Wärmedämmung, der erneuerbaren Energien.

FR: Und die Schritte bei Strom und Sprit?

Reinhard Loske: Zweitens geht es um den Abbau der vielen Sonderregelungen für die Wirtschaft sowie weitere Erhöhungsschritte nach 2003. Denn es ist vollkommen klar: Wir müssen weiter runter bei den Lohnnebenkosten, da stehen wir im Wettbewerb und insofern ist die Öko-Steuerreform wichtiger denn je. Und dann geht es um ein Nutzungsentgelt auf globale Umweltgüter, das der Flugverkehr zahlen müsste. Ziel ist es, damit die internationale Umweltpolitik zu finanzieren. Das ist unser Gesamtkonzept und wir wollen uns nicht auf eine Zahl reduzieren lassen.

FR: Aber der Bürger, der Sie wählen soll, muss doch wissen, was ihn erwartet. Die drei Cent jährlich Erhöhung beim Sprit wie bisher - ist das die Maßzahl?

Reinhard Loske: Die Größenordnung ist in Ordnung, sowohl beim Benzin wie beim Strom sind es bisher rund drei Prozent jährlich. Diese Steigerungsrate sollte über 20 Jahre beibehalten werden.

FR: Wie wollen sie das im Falle einer Neuauflage von Rot-Grün bei einem Kanzler Schröder durchsetzen, der weitere Erhöhungen ausgeschlossen hat?

Reinhard Loske: Wie die Öko- Steuerreform dann aussieht, zeigt sich erst nach der Wahl. Nur: Bei einer Stoiber-Regierung hätten die Zukunftsprojekte gar keine Chance. Die Erfahrungen in anderen EU-Ländern zeigen ja, dass da, wo die Regierungen nach rechts kippen, die Themen Umweltpolitik und Nord-/Süd-Gerechtigkeit als erstes hinten runterfallen. Denken sie an Dänemark, die Niederlande und Italien. CDU-Chefin Angela Merkel hat ja vor wenigen Tagen Italiens Rechtsaußen Berlusconi ein großes Lob ausgesprochen. Da sieht man, wo die Verwandtschaft liegt.

FR: Der Industrieverband BDI ist aus der für den Weltgipfel in Johannesburg geplanten Erklärung für mehr Umwelt- und sozialen Schutz bei Investitionen im Ausland ausgestiegen.

Reinhard Loske: Der BDI handelt hier verantwortungslos. Global ist eine Konvention zur Unternehmensverantwortung als Teil des Völkerrechtes nötig. Als Schritt dorthin wäre wichtig, wenn die großen Industriestaaten sagen: Wir wenden im Ausland die gleichen Sozial- und Umweltstandards an wie zu Hause. Das deutsche Signal wäre in Johannesburg sehr wichtig gewesen. Aber die Position des BDI im Wahlkampf ist überhaupt sehr fragwürdig - er geht zum Beispiel aggressiv gegen den Handel mit CO₂-Lizenzen vor, den die EU plant. Da wird das Instrument geschlagen, aber gemeint ist natürlich der Klimaschutz an sich. Ich beobachte beim BDI klar rückläufige Tendenzen, er stiehlt sich aus der Verantwortung. Wir müssen deswegen künftig eher mit den Einzelunternehmen oder mit den Gewinnerbranchen im ökologischen Strukturwandel zusammenarbeiten als mit dieser Großorganisation, die offenbar nur auf die Bremse treten kann.

Gaswirtschaft unterstützt Klimaschutz

Die Bedeutung innovativer Techniken und Konzepte für das Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung hat heute Simone Probst, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, hervorgehoben.

„Die ökologische Modernisierung der Energienutzung ist aber auch ökonomisch von Vorteil. Spätestens wenn das Kyoto-Protokoll in wenigen Monaten in Kraft tritt, wird sich Wettbewerbsfähigkeit international auch über intelligente und effiziente Energienutzung definieren“,

sagte Frau Probst bei der Verleihung des „Preises der deutschen Gaswirtschaft“ in Berlin (BMU Pressedienst Nr. 203/02, 26. August 2002).

[LINK](#)

Ausgezeichnet werden von der Gaswirtschaft beispielhafte Initiativen von Handwerk, Gewerbe und Industrie zum Einsatz besonders energiesparender Technik. Der Preis wird in drei Kategorien vergeben: als Preis für rationellen und umweltschonenden Erdgaseinsatz, als Innovationspreis für zukunftsweisende Erdgasanwendungen sowie in diesem Jahr erstmals als Sonderpreis Erdgasfahrzeuge zusammen mit dem ADAC. Der Begriff „Technik“ umfasst dabei auch Managementsysteme, Konzepte und besondere Marketing-Aktivitäten. So werden in diesem Jahr etwa die Harpen Energiecontracting GmbH für das neue Energiekonzept des Universitätsklinikums Heidelberg oder Marketingkonzepte zur Verbreitung von Erdgasfahrzeugen in Hamburg und Eberswalde ausgezeichnet.

Angesichts der Kohlendioxidbelastungen durch den Straßenverkehr, „unser umwelt- und klimapolitisches Sorgenkind“, würdigte Simone Probst besonders den neuen Sonderpreis für Erdgasfahrzeuge, den in diesem Jahr die Adam Opel AG für ihr erstes serienmäßig produziertes reines Erdgasfahrzeug erhält.

„Mobilität muss klimaschonend gestaltet werden. Die Ökosteuer hat bereits eine Trendwende beim Kohlendioxid-Ausstoß des Verkehrs herbei geführt, die breite Markteinführung von Erdgasfahrzeugen wird uns helfen, dies zu verstetigen“,

sagte Frau Probst. Sie begrüßte das Engagement von Opel, „ein konkurrenzfähiges und intelligent konzipiertes Produkt“ auf den Markt zu bringen und forderte die übrige Automobilindustrie auf, möglichst schnell nachzuziehen und das Angebot mit Erdgas betriebener Fahrzeuge zu erweitern.

„Erdgas ist auf lange Sicht eine Brücke zur Nutzung des solar erzeugten Wasserstoffs und damit zur Brennstoffzelle. Mit der Produktion von Erdgasfahrzeugen tragen Kraftfahrzeughersteller wie Opel dazu bei, den Weg in diese zukunftsorientierte Technologie zu bereiten“,

so Simone Probst.

Die Sinn-Flut

Dreißig Liter Sprit braucht das gelbe "Guidomobil" auf 100 Kilometer. Als es für den Wahlkampf in Dienst gestellt wurde und der Spritdurst des FDP-Vehikels zur Sprache kam, hatte der Hersteller ein entwaffnendes Argument parat: Der Großraum-Wagen sei für den US-Markt konzipiert, da komme es wegen der niedrigen Benzinpreise auf den Verbrauch nicht an. Das Guidomobil ist damit ein Sinnbild. Das Sinnbild dafür, wie man die Zeichen der Zeit völlig missachten und trotzdem glauben kann, Wahlen zu gewinnen. Doch spätestens seit zwei Wochen ist Schluss mit Lustig in der deutschen Politik - und auch mit dem Aufblasen von Affären zu wahlentscheidenden Inhalten. Die Sintflut in Bayern und Ostdeutschland hat die Agenda umgekehrt. Die Umwelt ist raus aus der politischen Abstellkammer und neben der Arbeitslosigkeit an die Spitze gerückt. Alle Parteien, die das Thema ad acta legten und nun ohne Konzept dastehen, sehen alt aus. Da hilft es auch nicht, wie Kandidat Westerwelle trotzig auszurufen, man werde sich nicht „an einem Wahlkampf auf gebrochenen Deichen“ beteiligen und, das Guidomobil reitend, weiter am alten Terminplan festhalten (Joachim Wille von der Frankfurter Rundschau, 20.08.2002).

[LINK](#)

Das Hochwasser rückt zwei zentrale Themen der ökologischen Politik in den Fokus: den Umgang der Industriestaaten mit der sensibelsten aller natürlichen Ressourcen, dem Boden. Und den Klimawandel. Dass die Bebauung der Flussauen und die Abdeichung der Überflutungsflächen zur ungeahnten Dimension der Katastrophe führte, sieht jeder. Ob die Klimaveränderungen direkter Auslöser des Mega-Regens sind, ist nicht zu beweisen. Muss es auch nicht. Allein die Aussicht, dass es so ist und die jetzige Flut erst einen „Vorge-schmack“ auf zukünftige Verheerungen gibt, reicht als Begründung zum Handeln.

Was zu tun ist, ist bekannt. Wenn stimmt, dass erst Katastrophen den Menschen zur Umkehr bringen - wann, wenn nicht jetzt, ist dieser Moment erreicht? Die Zeiten, da man Arbeitsplätze und Steuern eines neuen Ge-

werbegebiets in Flussnähe gegen Umweltargumente ausspielen konnte, sind vorbei. So viel Geld, wie gehäufte Fluss-Super-GAUs kosten, kann da gar nicht hereinkommen. Zukunftsfähige Entwicklung muss die Umwelt schon aus Kostengründen berücksichtigen. Das heißt nicht, auf Entwicklung zu verzichten, es heißt, sie intelligent zu machen.

Konkret: Die Milliarden, die in den zweiten Aufbau Ost fließen, müssen auch dazu verwandt werden, Deiche ins Hinterland zurückzuverlegen, Altarme der Flüsse wieder anzuschließen und Auen als natürliche Rückhaltebecken zu renaturieren. Am Beispiel Elbe könnten Bund und Länder so auch zeigen, was es heißt, den Flächenverbrauch in Deutschland bis 2020 von heute 130 Hektar pro Tag auf 30 zu verringern - das sieht ja die neue "nationale Nachhaltigkeitsstrategie" vor. Dass das Bundesverkehrsministerium stur am Ausbau von Elbe und Saale festhält, ist ein böser Treppenwitz. Die dafür vorgesehenen über 100 Millionen Euro müssen ohne weitere Debatte in den Hochwasserschutz gelenkt werden. Weniger direkt werden Maßnahmen zum Klimaschutz greifen. Immerhin hat die Flut aber die Scheuklappen weggerissen, die sich die Politiker aufgesetzt hatten. Dass Deutschland seine Vorreiterposition - etwa beim Weltgipfel in Johannesburg - demonstrieren muss, dürfte nun unstrittig sein. Einem Kanzler Schröder, bei dem zu Hause die Sint-(und Sinn-)flut herrscht, dürfte vielleicht sogar ein George W. Bush zuhören. Doch er muss mehr tun. Glaubwürdig würde Schröder, wenn er bei den CO₂-Einsparzielen nachlegt: Nachdem 25 Prozent Minderung für 2005 angepeilt (und erreichbar) sind, muss er für 2020 die von Klimaforschern geforderten minus 40 als Losung ausgeben.

Es wird Eindruck machen, wenn der Chef eines der wichtigsten Industrieländer zeigt, dass er die Dimension des Problems begriffen hat. Schließlich können die Klimaveränderungen auf dem Globus den Experten zufolge nur dann noch einigermaßen erträglich gestaltet werden, wenn die "Nordstaaten" ihre Emissionen bis 2050 um satte 80 Prozent senken. Das heißt: einen kompletten ökologischen Umbau des Industriesystems vornehmen. Und dafür braucht es genau die ökologische Steuer- und Finanzreform, über die der Polit-Mainstream endlich wieder diskutiert. Denn neben unstrittigen Einzelmaßnahmen wie Gebäudedämmung, Bau von Nullenergie-Häusern oder dem Übergang zur Brennstoffzelle ist die richtige Rahmensetzung für die Marktwirtschaft unabdingbar. Energie ist immer noch zu billig, Einspar- und alternative Energie-Techniken brauchen Einführungsprogramme, und Arbeit ist zu teuer. Weitere Ökosteuer-Schritte samt entsprechender Rückführung an den Bürger sind deswegen unabdingbar, ebenso der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Stichworte: Kohle, Landwirtschaft, Pendlerpauschale. CDU-Chefin Merkel hat bemerkenswerterweise die in ihrer Partei angezettelte, unsinnige Debatte über den Neubau von AKW aus Klimagründen schnell wieder ausgetreten. Bleibt zu hoffen, dass sich auch beim Thema Ökosteuer, diesmal ohne „Benzinwut“-Geschrei, parteiübergreifend die Vernunft durchsetzt. Vielleicht sogar beim Kanzler und im „Guidomobil“.

Verkehrspolitik im Mittelpunkt - fünf Fragen an die Parteien

Wahlkampf. Ökosteuer, Maut, Straßenbau, Sicherheit: Interessante Themen rund um die Mobilität, wichtige Themen für die Zukunft. Die *motorwelt* hat nachgefragt. Die Parteien – geordnet nach Fraktionsstärke - beziehen deutlich Position.

1. Jeder Liter Benzin wird heute mit 62,4 Cent Mineralölsteuer (einschließlich Ökosteuer)belastet. Wie hoch wird dieser Satz im Jahr 2006 liegen, falls Ihre Partei im Herbst Regierungsverantwortung übernimmt? Wollen Sie die Ökosteuer2003 erhöhen?

SPD

Das Prinzip der ökologischen Steuerreform ist und bleibt richtig. Die Lohnnebenkosten (Rentenversicherung) werden verringert. Energieverbrauch und Umweltbelastung gedrosselt. Die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform wird zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Danach wird es keine weitere Anhebung geben. Wir haben den staatlichen Anteil an Benzinpreis in den letzten Jahren übrigens gesenkt: von 77,9% im Jahr 1998 auf jetzt 73,4%. Die Kohl-Regierung dagegen hat den staatlichen Anteil in 16 Jahren um fast 30 Prozentpunkte von 50% auf 77,9% erhöht.

CDU/CSU

Die von Rot-Grün im nationalen Alleingang durchgesetzte Ökosteuer hat sich als wirtschaftlich verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht erwiesen. Wir lehnen es ab, Zweige der Sozialversicherung als Verschiebebahnhöfe zur Finanzierung des Bundeshaushaltes zu missbrauchen. Die Ökosteuer wird 2003

nicht wie vorgesehen erhöht. Unser Ziel ist es, die Ökosteuer mittelfristig abzuschaffen und sie durch eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe zu ersetzen.

Bündnis90/ Die Grünen

Auch 2003 werden wir mit der Ökosteuer die Lohnnebenkosten für mehr Beschäftigung senken und gleichzeitig unsere Klimaschutzziele einlösen. Wir haben mit der Ökosteuer schon jetzt über 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wer sie abschaffen will, wird entweder Arbeit verteuern oder die Mehrwertsteuer erhöhen müssen. Bei der Entscheidung, wie es 2004 weitergeht, werden wir die soziale Verträglichkeit und die Energiepreise genau betrachten. Wichtig ist: Die Ökosteuer wird über die Senkung der Lohnnebenkosten zurückgegeben. CDU/CSU und FDP haben die Mineralölsteuer hingegen nur erhöht.

FDP

Die FDP ist die einzige Partei im Bundestag, die sich klar für die Abschaffung der Ökosteuer einsetzt. Diese Steuer ist weder öko noch logisch. Rasen für die Rente ist Unfug. Deshalb: Wer FDP wählt, stimmt gegen die Ökosteuer!

PDS

Die Mineralölsteuer sollte in weiteren Schritten planbar steigen, um die gesellschaftlichen Kosten der immensen Schäden des Autoverkehrs (Unfallopfer, Krankheiten, Bauwerkschäden) zu decken. Unteren Einkommensgruppen ist ein sozialer Ausgleich zu gewähren. Die Ökosteuer sollte nicht zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet, sondern ökologisch eingesetzt werden zur Finanzierung des Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel. Aus Gründen der Gleichbehandlung muss endlich auch der Flugverkehr eine Mineralölsteuer zahlen (Mit freundlicher Genehmigung der ADACmotorwelt, 8/2002).

[LINK](#)

2. Inländische PKW, die deutsche Autobahnen benutzen, bezahlen über die Steuer nach wissenschaftlichen Berechnungen des DIW das 5,8-fache der von ihnen verursachten Wegekosten, die ausländischen PKW noch das Vierfache. Plant Ihre Partei eine PKW-Maut auf Autobahnen?

SPD

Die SPD plant keine PKW-Maut. Angesichts der Einführung der steuerbezogenen LKW-Maut zum 1. Januar 2003 ist eine solche Abgabe überflüssig. Ein 40-Tonner belastet unsere Straßen 60.000fach so stark wie ein PKW. Deswegen werden LKW entsprechen der höheren Infrastrukturkosten, die sie verursachen, mit der Maut an der Straßenfinanzierung beteiligt.

CDU/CSU

Die CDU/CSU ist gegen eine Autobahngebühr für PKW. Der Feldversuch auf der A555 hatte ein negatives Ergebnis. Die beteiligten Experten haben vor einer Verlagerung des PKW-Verkehrs auf die Landstraßen gewarnt. Es ist außerdem nicht möglich, ohne großen Kontrollaufwand Gebühren zu erheben. Zudem ist offen, ob überhaupt ein zuverlässiges und datenschutzrechtlich einwandfreies Verfahren beim PKW möglich ist. Die CDU/CSU hat sich ebenfalls gegen eine PKW-Vignette entschieden, da nach EU-Recht auch die deutschen Autofahrer die jährliche Gebühr zahlen müssten.

Bündnis 90/ Die Grünen

Über die verursachten Wegekosten gibt es unterschiedliche Berechnungen. Unabhängig davon ist für uns jedoch klar, dass wir keine Benutzungsgebühren für PKW planen.

FDP

Die Liberalen haben vor allem ein Ziel: Es darf nicht zu einer weiteren Abgabenerhöhung kommen bei der Umstellung unseres Systems der Verkehrswegfinanzierung hin zu einem verkehrsmittelneutralen, verursachergerechten und nutzungsunabhängigen Gebühren- und Steuersystem. Beispielsweise kann nach unserer Auffassung die Kfz-Steuer endlich abgeschafft und die Mineralölsteuer gesenkt werden.

PDS

Die PDS plant keine PKW-Maut auf Autobahnen. Die beschlossene LKW-Maut ab 2003 wird kaum Güter auf die Schiene verlagern, weil deren Höhe zu gering ist, sie nur für Autobahnen und LKW ab zwölf Tonnen gültig sein wird und die Bahn zu wenig gefördert wird. Hinter dem Grundprinzip, die hohen Schäden der

Laster auszugleichen, steht die PDS, und auch im PKW-Verkehr ist durch die gesellschaftlichen Kosten über Wegkosten hinaus durch Unfallopfer, Gesundheitsschäden u.a. eine gerechte Kostendeckung längst nicht erreicht.

3. Das Bundesfernstraßennetz ist schon heute durch massiv gewachsene Verkehrsmengen überlastet. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Dauerstau auf unseren Straßen zu bekämpfen?

SPD

Die Bundesregierung hat die Investitionen in die Verkehrswege von etwa 9,5 Mrd. € (1998) auf etwa 11,5 Mrd. € (2002) erhöht. Diese Investitionspolitik werden wir fortsetzen. Mit einem 90-Mrd.-Euro-Programm, das wir noch vor Ablauf des Jahrzehnts umsetzen werden, sorgen wir für Erhalt, Modernisierung, Ausbau und bessere Vernetzung der Verkehrswege. Dabei werden wir mit dem 6-streifigen Ausbau auch gezielt Staupunkte auf etwa 1100km Länge beseitigen. Wo erforderlich, werden wir den Autobahnneubau voranbringen, z.B. die A72 Leipzig-Chemnitz und die A14 ab Magdeburg.

CDU/CSU

Wir werden Schluss machen mit den volkswirtschaftlichen Verlusten durch Stau, die laut Bundesforschungsministerium jährlich nahezu 100 Mrd. € betragen. Die im Bau befindlichen Maßnahmen müssen zügig fortgeführt, baureife Maßnahmen schnellstmöglich begonnen, die übrigen Projekte des vordringlichen Bedarfs zeitgerecht realisiert werden. Wir werden die überfällige Fortschreibung des Bundesverkehrswegplans unverzüglich auf den Weg bringen. Hoch belastete Autobahnen müssen 6-streifig, Engpässe mit höchster Verkehrsdichte 8-streifig ausgebaut werden.

Bündnis 90/ Die Grünen

Die Bundesregierung hat die Investitionen auf Rekordhöhe angehoben. Besonderer Schwerpunkt: Die Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Netze. Die LKW-Maut wird ab 2003 die Schwerlastkolonnen auf der rechten Autobahnspur auflösen. Gleichzeitig wird die Bahn besser werden: Dafür haben wir ein beispielloses Modernisierungsprogramm auf die Schiene gebracht. Und: die Bahn muss billiger werden. Deshalb wollen wir den Mehrwertsteuersatz auch im Fernverkehr halbieren. Die Fahrkarte könnte so knapp 10 Prozent preiswerter werden.

FDP

Solange Deutschland jeden Morgen im Stau stecken bleibt, wird auch der Aufschwung abgebremst. Daher sind wir im Interesse neuer Arbeitsplätze für zügigen Aus- und Neubau von Straßen – überall, wo es notwendig ist. Fließender Verkehr ist übrigens auch umweltfreundlicher als stundenlanges Stau.

PDS

Eingroßer Teil des LKW-Verkehrs und auch Teile des PKW-Verkehrs müssen auf die Schiene verlagert werden. Dazu ist der Ausbau der Bahn zur Flächenbahn als attraktive Alternative notwendig. Im Zentrum des Bahn-Ausbaus sollte der Netzgedanke stehen: Wichtig ist eine hohe Netzgeschwindigkeit, die nicht nur aus Höchstgeschwindigkeiten von Großstadt zu Großstadt, sondern in erster Linie aus optimaler Abstimmung von Nah-, Fern- und Güterverkehr besteht. Der erfolgreiche Inter-Regio ist beizubehalten.

4. Die bisherigen Erfahrungen mit der privaten Finanzierung von Straßen waren schlecht. Trotz der staatlichen Infrastrukturverantwortung werden erneut private Modelle diskutiert. Welches Konzept verfolgt Ihre Partei bei der Finanzierung des notwendigen Neu- und Ausbaus von Straßen?

SPD

Die Verantwortung des Staates für die Verkehrsinfrastruktur darf nicht angetastet werden. Aber wir wollen zusätzliche Finanzierungsformen für Fernstraßen nutzen. Mit Betreibermodellen wollen wir den 6-spurigen Ausbau von Autobahnen beschleunigen. In diesen Fällen werden Ausbau, Erhaltung, Betrieb und Finanzierung an einen privaten Betreiber übertragen. Die Einnahmen aus der neuen, streckenbezogenen LKW-Maut werden befristet und an die privaten Betreiber weitergeleitet. Die übrigen Kosten bringt der Staat auf. Ziel ist es, den Verkehrsablauf flüssiger zu machen.

CDU/CSU

Wir werden den Anteil der Investitionen an den Ausgaben im Bundeshauhalt wieder erhöhen und den Investi-

tionsstau im Verkehrsbereich beseitigen. Die Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Gebühr dürfen auf keinen Fall in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern müssen der Finanzierung der Bundesfernstraßen zugute kommen. Eine vorausblickende Politik, wie wir sie anstreben, ordnet die Infrastrukturfinanzierung neu und nutzt verstärkt die Möglichkeiten der Privatfinanzierung im Bundesfernstraßenbau.

Bündnis 90/ Die Grünen

Die privaten Finanzierungsmodelle der alten Regierung waren eigentlich nichts anderes als Kredite von privaten Investoren an den Staat. Dafür zahlen wir heute noch in Form von Zinsen die Zeche. Wir haben die Finanzierung unserer Verkehrswege langfristig gesichert und Abschied von der reinen Steuerfinanzierung genommen. Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden im beschlossenen „Anti-Stau-Programm“ zur Beseitigung von Engpässen bei Straße und Schiene genutzt. Für einzelne Streckenabschnitte setzen wir auf private Betreibermodelle. Dabei fallen nicht wie bei der alten Regierung Tilgung und Zinsen an, sondern die Investoren refinanzieren ihr Projekt über LKW-Maut durch die Nutzer.

FDP

Es gibt keine Erfahrungen mit echter Privatfinanzierung, weil die Rahmenbedingungen in Deutschland historisch anders gewachsen sind. Deshalb kann es weder gute noch schlechte Erfahrungen geben. Die FDP will die Einbeziehung privater Unternehmen in Bau, Betrieb und Unterhaltung des Fernstraßennetzes schrittweise verstärken. Natürlich muss es bei der staatlichen Verantwortung für die Planung bleiben. Vieles kann jedoch effizienter von Privaten übernommen werden, von den Autobahnmeistereien bis zum Bau neuer Strecken.

PDS

So wie das Bahnnetz sollten auch die Straßen in staatlicher Verantwortung verbleiben. Eine private Finanzierung baut Schattenhaushalte mit ungewissen Belastungen für zukünftige Generationen auf. Maut-Modelle werden so angelegt sein, dass sie nur umständlich umfahrbare sind, um für den Betreiber profitabel zu sein. Statt Privatfinanzierung ist vorrangig die Sanierung und Instandhaltung der Straßen und nur in Einzelfällen der Ausbau notwendig. Dafür sind ausreichend staatliche Mittel vorhanden.

5. Die Verkehrssicherheitsarbeit der letzten Jahrzehnte war ausgesprochen erfolgreich. Was will Ihre Partei in den nächsten Jahren tun, um das Erreichte zu sichern und weitere Verbesserungen zu realisieren?

SPD

Zunehmende Mobilität wird nur akzeptiert, wenn die Verkehrssicherheit steigt. Wichtige Erfolge sind bereits erzielt: Handyverbot am Steuer, klare 0,5 Promille-Regelung, mehr Handlungsfreiheit für die Kommunen bei Tempo-30-Zonen und Anwohnerparken. Die Zahl der Verkehrstoten ist von 7906 (1990) auf 6949 (2001) zurückgegangen. Priorität haben die SPD: Verbesserung des Verkehrsklimas, Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer, Reduzierung der Unfallrisiken junger Fahrer, Minderung des Gefahrenpotentials schwerer Nutzfahrzeuge und Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landstraßen. Wir werben für Rücksichtnahme und appellieren an die Verantwortung jedes Fahrers.

CDU/CSU

In den vergangenen Jahren haben sich die Zahl der Straßenverkehrsunfälle sowie der Verunglückten auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert. Auffällig ist, dass Land- und Innerortsstraßen Unfallschwerpunkte darstellen. Diese Unfallschwerpunkte müssen u.a. durch geeignete Straßenbaumaßnahmen entschärft werden.

Bündnis 90/ Die Grünen

Wir haben die Promillegrenze gesenkt. Das schafft mehr Sicherheit und sorgt für weniger Verkehrstote und Verletzte. Unser Ziel ist die „Vision Zero“ nach skandinavischem Vorbild: Ein Verkehr ohne Tote und Schwerverletzte. Das bedeutet, wir müssen und wollen neben öffentlichen Kampagnen u.a. die Verkehrserziehung in Schule und Fahrschule verbessern. Fahrschulen brauchen eine sichere wirtschaftliche Basis, aber auch eine Qualitätssteigerung in der Schulung.

FDP

Als Allererstes muss der Schilderwald durchforstet werden! Außerdem muss die Kriminalisierung und Gängelung der Autofahrer beendet werden. Wir brauchen eine Reform des Punkte- und Bußgeldkatalogs zugunsten der Autofahrer. Die Verkehrssünderkartei in Flensburg muss überarbeitet werden. Und die FDP will

Verbesserungen bei der Ausbildung der Fahrlehrer durchsetzen. So kommen wieder mehr Gelassenheit, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein hinter Lenkrad.

PDS

In Deutschland sterben täglich 21 Menschen auf den Straßen, rund 1400 werden verletzt. Der Tod auf der Straße ist die häufigste Todesursache der unter 45-Jährigen. Angesichts dieser Zustände kann nicht von einer erfolgreichen Verkehrssicherheitsarbeit gesprochen werden. Eine eindeutige Unfallursache Nr. 1 ist die zu hohe Geschwindigkeit. Um Unfälle zu verhindern, sind in erster Linie geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen erforderlich, wie die Durchsetzung der Tempo-30-Regel in unseren Städten und Tempo 130 auf Autobahnen.

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Ein "Gipfel der nachhaltigen Enttäuschungen"?

Der größte deutsche Umweltverband, der Bund für Umwelt (BUND) und Naturschutz, ist von den Ergebnissen des Gipfels in Johannesburg schwer entsetzt. Ebenso mehrere führende Nichtregierungsorganisationen, die die Konferenz am Mittwochvormittag aus Enttäuschung frühzeitig verließen. Was war geschehen?

Nach einer erneuten nächtlichen Marathonsitzung von Dienstag auf Mittwoch einigten sich die Delegierten auf ein Aktionsprogramm und eine politische Erklärung. Insbesondere das Thema "Gesundheitsvorsorge für Frauen" war Anlass zum nächtlichen Streit. Während die EU im Rahmen dieses Beschlusses vor allem die Menschenrechte für Frauen in der dritten Welt festhalten wollten, hatten die USA und der Vatikan Bedenken. Schließlich wollten sie keinen Freibrief für Abtreibungen unterzeichnen. Letztendlich einigte man sich auf einen Kompromisstext (Quelle: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/johannesburg/bilanz.shtml>).

LINK

Die Energiefrage stand im Mittelpunkt der Konferenz. Mit dem Ziel den Anteil erneuerbarer Energie bis 2010 auf 15 Prozent anzuheben, waren die Delegierten der EU nach Johannesburg gereist. Doch sie konnten sich mit ihrer Forderung nach konkreten Zielen und Zeitpunkten nicht durchsetzen. Die USA und die OPEC-Länder überwandten sich lediglich dazu festzustellen, die "bedeutende Steigerung" erneuerbarer Energien sei "dringend" zu verwirklichen. Dies, so verschiedene Umweltverbände, sei ein Skandal, und bezeichnend für die Unverbindlichkeit des gesamten Gipfels.

Der erste Eklat fand statt, als die Präsidenten von Namibia und Zimbabwe, Nujoma und Mugabe, den britischen Premierminister Tony Blair am Montag übel beschimpften. Weiter ging es mit offenen Spannungen zwischen der EU und den Entwicklungsländern. Europa muss wegen der Haltung einzelner Mitglieder (Frankreich, Spanien und Irland) wettbewerbsverzerrende Subventionen für die Landwirtschaft beibehalten, während die Entwicklungsländer vor allem Weltmarktgerechtigkeit anstreben. Der zweite große Eklat des Weltgipfels ereignete sich nur wenige Stunden vor Abschluß der Konferenz, als der US-Außenminister Powell während seiner Rede so energisch ausgepiffen wurde, dass er diese unterbrechen musste.

Demonstranten, die ein Plakat mit der Aufschrift "Von den Regierungen betrogen" ausgerollt hatten, wurden aus dem Konferenzsaal abgeführt. Doch auch ihre Abwesenheit konnte nicht davon ablenken, dass der "Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung" nicht hielt was er versprochen hatte. Unklar bleibt zu Beispiel, warum Themen wie die Durchsetzung einer fairen Welthandelsordnung, für die im Vorfeld der Konferenz gewonnen wurde, nicht im Aktionsplan auftauchen.

Positiv zu vermerken ist, dass sich sowohl China als auch Russland - allerdings ohne sich auf einen festen Termin festlegen zu wollen - zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls bereit erklärten. Schlussendlich bleibt aber dennoch die große Enttäuschung der Umweltorganisationen und ein lediglich "vorsichtig optimistisches" Fazit aus Regierungskreisen. Auch das bedauernde Statement der deutschen Regierung, einige Schlüsselfragen hätten bei der Konferenz besser vorangetrieben werden können, weisen darauf hin dass in Zukunft noch viele Fragen zu klären sind.

Aussichten für EU-Energiebesteuerung „aussichtslos“

Dänemark wird wahrscheinlich mit einem aussichtslosen Kampf konfrontiert, die EU-Vereinbarung für einen Energiesteuerrahmen zu sichern und täte gut daran Alternativen zu verfolgen, die keine verbindliche Gesetzgebung oder einstimmige Billigung der Mitgliedstaaten erfordern (Environment Daily 1270, 19/08/02). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Prospects for EU energy tax "hopeless"

Denmark is likely to face a "hopeless battle" to secure EU agreement on an energy taxation framework this autumn and would be better off pursuing alternatives that do not require binding legislation or unanimous approval by member states. This gloomy prognosis for supporters of an EU energy tax comes in a new joint report from Denmark's own Institute of local government studies and Institute of international affairs. Penned by Jacob Klok, the report surveys the history of attempts to agree EU energy taxes from the 1980s.

"It seems rather doubtful that the member states will be able to strike an agreement on the proposed energy tax directive at all," Mr Klok says, citing continued dislike of the idea by Ireland and Spain. If they fail to seal an accord by December, the date agreed by EU leaders in March, it is "hard to see when the [EU] would get another chance", he says. The assessment matches that made by some EU diplomats working on the dossier. On the other hand, ecotax experts have made similar predictions of impending doom for the energy tax proposal before, for example in 1999.

However, Mr Klok's conclusion has been endorsed by the influential former Danish environment minister Svend Auken, a vocal supporter of the tax until his party was ejected from office last year. The Spanish and Irish opposition has been "compounded by victories by the right in many recent elections" that tended to dilute support for the tax, Mr Auken told Environment Daily today. Moreover, he said, despite assertions by prime minister Anders Fogh Rasmussen that the issue was a high priority during its EU presidency, the Danish government was "very right-wing" and would find it "very difficult to pioneer a minimum EU tax rate" after having pledged to introduce no new domestic taxes of any kind. The administration was "not really pushing the dossier", he said. The Klok report instead suggests a twin strategy of agreeing a non-binding code of conduct on energy taxation between willing member states, and then agreeing minimum rates through the enhanced cooperation mechanism developed under the as-yet ungratified Nice treaty. The so-called "friends of energy taxation" group of countries - France, Germany, Austria and the Benelux and Nordic countries - might initiate this, it says. Mr Auken said the energy tax was the right arena to put enhanced cooperation on trial, but that the "friends" group had been one of the "victims" of the recent swing to the right. Nevertheless, an attempt to use the mechanism would probably be supported by "all countries of the north except the UK, and it might take half the south as well".

EU will Umweltkomponente bei der Kfz-Steuer

Europas Autofahrer sollen einen steuerlichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase leisten. Dies fordert die EU-Kommission. Wie aus dem Entwurf einer Mitteilung der Kommission zur Harmonisierung der Kfz-Steuern hervorgeht, plädiert Brüssel für die EU-weite Einführung einer CO₂-Komponente in der Kfz-Steuer. „Steuerliche Anreize sind das wichtigste Schlüsselement für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik der Europäischen Union“, heißt es in dem Dokument, das dem Handelsblatt (Dienstausgabe) vorliegt und das die Kommission im September verabschieden will. Der CO₂-Verbrauch eines Kraftfahrzeugs wird bislang lediglich in Großbritannien als Parameter für die Berechnung der Kfz-Steuer herangezogen. Für einen Pkw, der weniger als 150 Gramm CO₂ pro Kilometer abgibt, werden auf der Insel umgerechnet 159 Euro fällig. Wagen mit höherem Ausstoß kosten – gestaffelt nach Klassen – bis zu 246 Euro. In den übrigen Ländern der EU basiert die Kfz-Steuer auf den Bemessungsgrundlagen Hubraum und Schwefeldioxid.

Im September will der EU-Binnenmarktkommissar Fritz Bolkestein sein Dokument endgültig zur Abstimmung stellen. Die Mehrheit im Kollegium gilt als sicher. Hintergrund der Initiative ist das Klimaschutzprotokoll von Kyoto (Handelsblatt vom 26.08.2002).

UK gegen EU-Vorschlag zur Harmonisierung der Steuern auf Kraftstoffe

Der Vorschlag der Europäischen Union, die Steuern für Kraftstoffe für gewerbliche Verbraucher in allen Mitgliedsstaaten zu harmonisieren, erfährt von Seiten des Vereinigten Königreiches starke Kritik (TAX NEWS UPDATE: Vol. 23 No. 6: August 6, 2002). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

UK Opposes EU Fuel Tax Harmonization

The European Union's new proposals to harmonize fuel taxes for commercial users in all member states is facing staunch opposition from the United Kingdom, which fears the plan would make it lose billions of British pounds in revenue. Since individual governments have the right to veto EU tax measures, and the U.K. Treasury has made it clear it will oppose the harmonization, the plan to eliminate the vast differences between fuel taxes appears to face certain rejection. The European Commission is opposed to the U.K. rate of diesel tax more than doubling that of some other EU members, saying that it distorts competition in road transportation. It has suggested phasing in the harmonization scheme over a decade to allow the U.K. to meet the new rates. The commission proposals would mean the U.K. duty on commercial diesel would need to be roughly halved by 2010.

Ökosteuer für die Balearen von EU gebilligt

Die Europäische Kommission hat die balearische Ökosteuer für Touristen, die im Mai eingeführt wurde, mit der Mehrwertsteuergesetzgebung der EU für vereinbar erklärt. Damit erhielt die Regionalregierung der Balearen im Streit mit der spanischen Regierung Auftrieb (Environment Daily 1269, 15/08/02). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Balearics ecotax wins EU approval

The European Commission has given a boost to the regional government of the Balearics in its battle with the Spanish government over the Balearic tourism ecotax introduced in May, by declaring it compatible with EU legislation on VAT (value added tax).

Spain's governing Popular party opposes the ecotax and Popular party MEP Carlos Ripoll had asked the Commission about possible incompatibility with EU VAT rules. In a written reply released on Tuesday, EU internal market commissioner Frits Bolkestein stated that there was no incompatibility because the ecotax "does not share the essential characteristics of VAT".

Balearics finance minister Joan Mesquida accused the Popular party of raising the issue to undermine support for the ecotax in Europe. Gaspar Llamazares, leader of Spain's United left party, called on prime minister Jose Maria Aznar to "end his hostility to ecological taxation". However Spanish finance minister Cristóbal Montoro insisted yesterday that the government's opposition to the tax would continue in the Spanish courts.

Meanwhile hoteliers on the island of Mallorca claim that the regional government's tourism policy is partly to blame for a 10% drop in hotel occupancy rates compared with last year.

Spanien erfüllt EU-Kennzeichnungsregeln für Autos

Neue Autos müssen ab 30. November mit ihrem Benzinverbrauch und mit ihren Kohlenstoff- Emissionen gekennzeichnet werden (Environment Daily 1266,05/08/02). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Spain complies with EU car labelling rules

The Spanish cabinet passed a decree requiring all new cars to be labelled from 30 November to show their fuel consumption and carbon dioxide (CO₂) emissions. Buyers will also receive a booklet, updated annually, listing the ten most efficient cars in terms of CO₂ emissions for each type of fuel. Spain was one of eight EU countries that the European Commission last year threatened to take to court for failing to introduce such labelling by January 2001 as required by a 1999 EU directive.

An American Abdication

Die USA spielen bis jetzt die Hauptrolle auf der Weltbühne. Aber die offensichtliche Abneigung der US-Regierung, bezüglich Umweltangelegenheiten eine Führungsrolle zu übernehmen oder zumindest aufzuhören als Bremsen zu agieren, bedroht diese bisherige Stellung als Supermacht.

Dass die amerikanische Autorität auf dem Spiel steht, resultiert nicht zuletzt daraus, dass sich die Bush-Regierung entschieden hat, lediglich eine kleine (und im Gegensatz zu wirtschaftlichen wirklich kleine) Delegation nach Johannesburg zu schicken und auch Bush selbst nicht kam.

Die Zeitungen weltweit sind voll von Umweltkatastrophen, z.B. der Flutkatastrophe in Deutschland, und erregen überall zunehmend Besorgnis. Dass sich die USA, welche ja immerhin 25% aller Grünhausgase weltweit emittiert, uninteressiert und feindlich gegenüber jeglicher Umweltdiskussion zeigt, erregt Ärger und Unverständnis.

Es scheint als werfe die USA ihre bisherige moralische und intellektuelle Vorreiterrolle über Bord, so dass sie zwar als notwendiger, aber kaum als wünschenswerter Führer bzw. Partner angesehen wird.

Was verlangt wird ist, dass sich Amerika endlich glaubwürdig und nachhaltig bemüht, globale Umweltprobleme zu fokussieren und zwar durch erstens: umweltfreundlichere Innenpolitik, und zweitens: mehr Kooperation auf internationaler Ebene. Denn internationale Verträge ablehnen, wie in Kyoto, aber selbst nichts Besseres vorschlagen, kann nicht akzeptiert werden.

So wie auch der Rest der Welt Amerika im Kampf gegen den Terrorismus beistand, so sollte die USA auch mit anderen zusammenarbeiten, um gegen globale Erwärmung zu kämpfen und unseren Planeten zu schützen, schreibt der Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Beiratsmitglied des FÖS, Norbert Walter, in der NY Times vom 28.08.2002. Lesen Sie den gesamten Artikel (englisch):

[LINK](#)

At present there is much talk about the unparalleled strength of the United States on the world stage. Yet at this very moment the most powerful country in the world stands to forfeit much political capital, moral authority and international good will by dragging its feet on the next great global issue: the environment. Before long, the administration's apparent unwillingness to take a leadership role - or, at the very least, to stop acting as a brake - in fighting global environmental degradation will threaten the very basis of the American supremacy that many now seem to assume will last forever.

American authority is already in some danger as a result of the Bush administration's decision to send a low-level delegation to the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg - low-level, that is, relative to America's share of both the world economy and global pollution. The absence of President Bush from Johannesburg symbolizes this decline in authority.

In recent weeks, newspapers around the world have been dominated by environmental headlines: In central Europe, flooding killed dozens, displaced tens of thousands and caused billions of dollars in damages. In South Asia, the United Nations reports a brown cloud of pollution that is responsible for hundreds of thousands of deaths a year from respiratory disease. The pollution (80 percent man-made) also cuts sunlight penetration, thus reducing rainfall, affecting agriculture and otherwise altering the climate. Many other examples of environmental degradation, often related to the warming of the atmosphere, could be cited. What they all have in common is that they severely affect countries around the world and are fast becoming a chief concern for people everywhere.

Nobody is suggesting that these disasters are directly linked to anything the United States is doing. But when a country that emits 25 percent of the world's greenhouse gases acts as an uninterested, sometimes hostile bystander in the environmental debate, it looks like unbearable arrogance to many people abroad.

The administration seems to believe it is merely an observer - that environmental issues are not its issues.

But not doing anything amounts to ignoring a key source of world tension, and no superpower that wants to preserve its status can go on dismissing such a pivotal dimension of political and economic - if not existential - conflict.

In my view, there is a clear-cut price to be paid for ignoring the views of just about every other country in the world today. The United States is jettisoning its hard-won moral and intellectual authority and perhaps the

strategic advantages that come with being a good steward of the international political order. The United States may no longer be viewed as a leader or reliable partner in policymaking: necessary, perhaps inevitable, but not desirable, as it has been for decades. All of this because America's current leaders are not willing to acknowledge the very real concerns of many people about global environmental issues.

No one can expect the United States to provide any quick fixes, but one would like to see America make a credible and sustained effort, along with other countries, to address global environmental problems. This should happen on two fronts. The first is at home in the United States, through more environmentally friendly policies, for example greater fuel-efficiency standards for cars and light trucks and better insulation for buildings. The second is international, through a more cooperative approach to multilateral attempts at safeguarding the environment. Simply rejecting international treaties (like the Kyoto Protocol) then failing to offer a better proposal cannot be an acceptable option for American policymakers.

Much of the world has come together to help the United States in the fight against terrorism, out of the realization that a common threat can only be beaten through a cooperative effort. It is high time for the United States, metaphorically speaking, to get out of its oversized, gas-guzzling S.U.V. - and join the rest of the world in doing more to combat global warming and protecting the planet.

Kanada schlägt Steuererleichterungen für Erneuerbare Energien vor

Der kanadische Finanzminister John Manley sagte am 26. Juli, dass zwei neu vorgeschlagene Steuererleichterungen die Bedingungen für kanadische Investitionen in Erneuerbare Energie und Energieschutzprojekte verbessern würden (TAX NEWS UPDATE: Vol. 23 No. 6: August 6, 2002). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Canada Proposes Tax Incentives for Renewables

Canadian Finance Minister John Manley said on July 26 that two newly proposed tax incentives would improve the climate for Canadian investments in renewable energy and energy conservation projects. One proposal would allow greater flexibility in the timing of renewable energy projects eligible for Canada's renewable and conservation expense tax (CRCE) deductions. And the second would treat the cost of acquiring and installing more than one test wind turbine as part of a taxpayer's wind farm as deductible under CRCE provisions.

Klimawandel wird zur finanziellen Herausforderung für Unternehmen

Die Globale Erwärmung wird zunehmend nicht nur als ein Umweltproblem, sondern auch als ein finanzielles Problem gesehen. Die Münchner Rückversicherung schätzt, dass die Auswirkungen des Klimawandels Unternehmen in etwa 50 Jahren jährlich \$300 Milliarden durch Unwetterschäden, Verschmutzung, industrielle und landwirtschaftliche Ausfälle kosten können (TAX NEWS UPDATE: Vol. 23 No. 8: August 20, 2002). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Climate Change Presents Financial Challenges to Corporations

Global warming is increasingly being discussed not only as an environmental issue, but also as a financial problem that could already be costing corporations and their investors billions of dollars. According to a recent New York Times analysis, Munich Re, a large German insurance company, estimates that the effects of climate change could cost companies \$300 billion annually by 2050 in weather damage, pollution, industrial and agricultural losses, and other expenses. Companies may also face unexpected expenses resulting from compliance with future taxes, regulations, fines, and caps on products and services that produce greenhouse gases. Of particular concern are the costs of complying with a patchwork of regulations in the United States and overseas.

Schlüsselmechanismus einsatzfähig

Mit der Ankündigung des Sekretariats für Klimawandel der UN, dass sich nun Unternehmen und andere Organisationen um die Erlaubnis bemühen können, Projekte in die Tat umzusetzen, die unter dem CDM (clean development mechanism) vorgeschlagen wurden, wurde einer der Schlüsselmechanismen des Kyoto-Protokolls einsatzfähig gemacht (Environment Daily 1271, 22/08/02). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)**Kyoto clean development mechanism goes live**

One of the Kyoto protocol's key flexible mechanisms was made operational this week with the announcement by the UN climate change secretariat that companies and other organisations can now apply for accreditation to verify projects proposed under the clean development mechanism (CDM). Projects subsequently approved by the UN's CDM executive board will generate emission credits even before the Kyoto protocol is ratified under a "prompt start" intended to trigger the diffusion of cleaner technologies to less developed countries as quickly as possible. See UN climate change secretariat [press release](#) and [CDM pages](#).

Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls in greifbarer Nähe

Nachdem in Polen am 26.7. bereits die erste Kammer (Sejm) ihre Zustimmung gegeben hatte, passierte die Ratifikation des Kyoto-Protokolls am vergangenen Donnerstag auch den Senat. Nun fehlt für die Ratifikation durch Polen lediglich noch der formale Akt der Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten. Wie ein Sprecher des polnischen Umweltministeriums am 14.08.2002 gegenüber GERMANWATCH erklärte, will der Präsident die endgültige Ratifizierung auf dem Johannesburg-Gipfel für nachhaltige Entwicklung (26.8.-4.9.) bekannt geben.

Damit das Kyoto-Protokoll endgültig in Kraft tritt, müssen 55 % der Industrieländer-Emissionen von 1990 durch Ratifikationen abgedeckt sein. Nach der Zustimmung Polens würde hierfür lediglich noch die Ratifizierung durch Russland benötigt. Hiermit ist Äußerungen des Staatspräsidenten Putin zufolge noch vor Ende des Jahres zu rechnen (KlimaKompakt Spezial Nr. 4 / 14.8.02).

[LINK](#)

Auch aus Kanada kommen vorsichtig positive Signale zum Klimaschutzprotokoll. Wie ein Sprecher des Premierministers am 8.8.02 GERMANWATCH mitteilte, strebt Kanada die Ratifizierung an, allerdings seien noch einige Hürden zu überwinden. In der Mitteilung heißt es wörtlich:

"The Government recognizes that Canada must do its part to address the serious impacts that climate change could have on our planet's ecosystems, human health and the economy. Our goal is to ratify the Protocol, which commits industrialized countries to reducing their collective emissions of greenhouse gases, but not before ensuring that we have a workable plan for meeting our target under the Protocol, and that we have fully consulted with provinces, territories, stakeholders and the Canadian public."

Die Ratifizierung Kanadas würde zwar derzeit nicht für das Überspringen der 55%-Marke benötigt, sie wäre jedoch wichtig, da dann mit Kanada und Mexiko die beiden NAFTA-Partner der USA das Kyoto-Protokoll ratifiziert hätten. Dies würde die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich auch die Vereinigten Staaten zukünftig im internationalen Klimaschutz engagieren.

Japan: Kohlebesteuerung in kommenden Haushaltsjahr

Der Vizeminister des japanischen Wirtschaftsministeriums (METI), Seiji Murata hat in einer Pressekonferenz am 29. August verdeutlicht, er wolle im Bezug auf der Revision des Energiesonderbudgets die Besteuerung der zur Zeit steuerfreien Kohle versuchen. Auf dem Tisch soll auch die Belastungsminderung der Mineralölsteuer auf Öl und Gase. Murata betonte die Wichtigkeit der Umweltmaßnahme für die Weichenstellung der Energiepolitik. Er wies darauf hin, dass die Besteuerung in Einklang mit der Umweltpolitik stünde, da Kohle mehr CO₂ emittiert als Öl oder Gase (Nihon Keizai Shinbun, 30.8.2002, Übersetzung Dr. Park Seung-Joon).

Aspen übernimmt Vorreiterrolle

Randy Udall leitet seit zweieinhalb Jahren ein Projekt in Aspen, Colorado, das Hauseigentümer bis zu \$100.000 Dollar Strafe auferlegt, wenn sie das ihnen gesetzte Energie-Budget überschreiten. Das im Rahmen dieses Projekts, genannt Renewable Energy Mitigation Program (REMP), gesammelte Geld wird in Projekte zur Energieeffizienz und -erneuerung investiert. Ziel ist es, die Schadstoffemissionen zu verringern und den Einwohnern alternative Energieversorgungsmöglichkeiten nahe zu legen. Die Region, die sich selbst als umweltfreundlich und fortschrittlich bezeichnet, hat bezüglich dessen eine Vorreiterrolle inne (Hal Clifford 31.07.2002, Grist Magazine, <http://www.gristmagazine.com>). Lesen Sie mehr (englisch):

[LINK](#)

Randy Udall charges more for a ton of carbon dioxide than anybody else in the world. Udall runs a unique, two-and-a-half-year-old program in Aspen and surrounding Pitkin County, Colo., that charges new homeowners up to \$100,000 if they exceed the "energy budget" allotted to their property by the local building code. The money collected under the Renewable Energy Mitigation Program is invested by Udall in energy efficiency and renewable-energy projects.

REMP's goal is to keep three tons of carbon out of the air for every excess ton of carbon spewed on behalf of profligate new homeowners in Aspen. People can still build heated, snow-melting driveways, but they'll pay the price for it -- and on balance, fewer global-warming gases will be released. In the nascent world market of carbon trading, glitzy Aspen has become a pioneer.

"Maybe what we're doing is a Robin Hood-like approach to environmental problems," Udall says. In its first two years, REMF generated \$1.5 million, 10 times the revenue administrators expected. That money is administered by the non-profit Community Office for Resource Efficiency, of which Udall (yes, he's one of *those* Udalls) is director. Working with city and county elected officials who approve his investments, Udall so far has spent \$667,000 on 15 different projects that he calculates will keep 12,000 tons of greenhouse gases out of the air -- the equivalent of what is produced by burning 6,000 tons of coal, or enough to power 1,000 average Colorado homes for a year.

The REMF carbon tax is an example of what happens when a progressive community decides to tax bad behavior for good causes -- and there's plenty to tax. During the 1990s, Pitkin County commissioners capped house sizes at 15,000 square feet after the Saudi Arabian ambassador to the United States built himself a 55,000-square-foot vacation bungalow in the area.

In a place like this, with its spare-no-expense culture, the cost of energy isn't even on some homeowners' radar screens. But the environmental impact of energy use is important to elected officials and to many of the town's residents, who perceive themselves as eco-friendly and forward-thinking.

So in the late 1990s, the city and county adapted a California energy code to the mountains of Colorado. They concluded that a typical Pitkin County house could be well served by an annual energy budget of about 40,000 British thermal units (Btus) per square foot. So that's how much homeowners got, total. If they wanted a heated driveway or an outdoor swimming pool (major energy sinks at 8,000 feet, but still quite common here), they had to squeeze the juice for it out of the household budget - or from renewable sources, such as a solar hot water heater installed on the site.

Some homeowners simply didn't want a solar installation, however. "People started suggesting they'd be willing to pay somebody else to put up solar panels, or to get wind power, or whatever it was," recalls Aspen-Pitkin County chief building official Stephen Kanipe.

REMP was cooked up to allow that to happen. If Kanipe's staff calculates that a homeowner will go over his or her energy budget, the owner is hit with a one-time fee based on calculations of how much carbon that excess energy demand will dump into the atmosphere over the next 20 years. The calculations assume that if a home is built outside the city limits, 90 percent of the energy will be generated from coal, 10 percent from renewable sources. Inside the city - which buys or produces a lot of local hydropower - those numbers shift to 55-45, meaning a lower tax for home-builders in Aspen proper.

"It's effectively \$340 per ton of carbon dioxide," says Udall. "It's the highest carbon tax in the world." On top of the steep price (by comparison, carbon currently trades on the world market for between \$1 and \$2 per ton), the law's got some additional oomph. If a planned home is 5,000 square feet or larger, the homeowner must install a moderate photovoltaic or solar hot water system, or pay a \$5,000 fee. If it's larger than 10,000 square feet, the system - or the fee - doubles in size.

Cash has come pouring in faster than CORE has been able to spend it. "We had no expectation we'd get this much money," Udall says. "Spending it wisely is a challenge." Among the local projects CORE has funded so far:

- Zero-interest loans for homeowners who want to install solar hot water heaters and photovoltaic (PV) panels.

- A cash payment for grid-connected PV systems. "We pay you 25 cents per hour for all the energy you produce for the first four years," says Udall. This program has produced more grid-connected PV systems (20) in the local electrical co-op than in any other co-op in the nation.
- A solar hot water heater for a local affordable-housing development.
- Installation of a cogeneration turbine at the Aspen community pool and ice rink complex, which will increase the building's efficiency from 35 to 75 percent.
- A car-sharing program that allows participants the occasional, cheap use of a car when they need it, without actually having to own one.

It's getting hard for CORE to find worthy local projects. The day I spoke with Udall, he'd just sent \$4,000 to a local school, which was going to use it to buy and protect 100 acres of Brazilian rainforest.

Although it's broadly supported in the communities it serves, REMP's Robin Hood strategy can be criticized for legitimizing wasteful energy use, allowing the rich in Aspen and Pitkin County to do as they please.

"The argument against doing this is you're just giving rich people a license to pollute," says Udall, noting that one investment banker paid \$90,000 to REMP for his new house. "It's a good criticism, and the only way we eventually answered it is by saying that we will set these fees at a high enough level that we are confident that we're going to have a net environmental benefit."

"In another county, it [the tax] might make people think differently," says Olivia Emery, principal of A4 Architects in nearby Carbondale. "I hate to say it, but in Aspen I don't think even a \$90,000 check means that much if it means you can do what you want."

Still, Emery says the program is an important one, and has helped put energy questions on the table when property owners think about building a house. "You really have to consider energy from the absolute first thinking about a project," she says, or the result can be both inefficient and aesthetically unsatisfying.

Not everyone's happy to just write a check to REMP; Kanipe says that some homeowners, when faced with the dollars-and-cents decision of paying a \$60,000 fee or installing and owning a \$30,000 solar power system, decide the smart move is to build the system. Either way, the bottom line is that a lot of solar heating and PV projects are being built in the region. Udall estimates 400 solar hot water heating systems are scattered across the Roaring Fork Valley, which encompasses Pitkin County and parts of two neighboring counties.

So far, REMP is a one-of-a-kind program. Kanipe says he has had few inquiries from other communities about how to emulate Aspen's carbon tax, but would be happy to field them: "I think the same principles would apply no matter where you wanted to regulate energy use."

Studie widerlegt US-Behauptung

Eine neue Studie zeigt, dass sich die Zustimmung zum Kyoto-Protokoll für die USA durchaus auszahlen würde. Die Behauptung der Bush Regierung die Teilnahme am Kyoto-Protokoll wäre zu teuer, ist widerlegt. Der Behauptung liegen, laut der Untersuchung, unvollständige Berechnungen zugrunde. Lesen Sie die Pressemitteilung der IPSEP (International Project for Sustainable Energy Paths El Cerrito, California) vom 24.08.2002 (englisch):

[LINK](#)

New Study Shows Kyoto Accord Can Be Profitable for U.S. - Bush Administration Claim of High Costs Based on Incomplete Models

"This is a possible watershed in the U.S. debate over climate policy. It is the first time that U.S. claims of excessive costs have been so thoroughly rebutted in a peer-reviewed economics journal",

says Dr. Florentin Krause, who led the research team.

The analysis, which will appear in the October issue of *Contemporary Economic Policy*, identifies and corrects several flaws in recent modeling studies on the economics of reducing greenhouse gas emissions in the U.S. The main assessments of the Kyoto Protocol that have been used to justify the U.S. position on the UN Climate Treaty - by the U.S. Energy Information Administration, the White House Council of Economic Advisers, the U.S. Department of Energy Interlaboratory Working Group, and the Stanford Energy Modeling

Forum - are all found to be seriously incomplete. Each study is shown to omit several of the major cost-reducing policy options identified in the UN IPCC report, resulting in cost estimates that are far too pessimistic. The new analysis is the first to integrate all the key cost-cutting policy options into a coherent least-cost policy framework. Three domestic policies - a national carbon cap and permit trading program, productivity-enhancing market reforms and technology programs, and recycling of permit auction revenues into economically advantageous tax cuts - are combined with international emission allowance trading.

In analyzing this integrated least-cost approach, the study introduces no new models. It relies on established, methodologies used in the major U.S. assessments to date. This reassessment leads to the following principal findings:

1. The U.S. could meet the emission reduction targets set forth in the Kyoto Protocol by 2010 and exceed them by 2020 while increasing economic output from baseline growth projections.
2. In 2010, an integrated least-cost strategy would produce an annual net output gain of about \$50-60 billion/yr or roughly 0.4 percent of GDP. By 2020, this gain grows to \$120 billion/yr or 0.9 percent of GDP. On a cumulative net present value basis, the U.S. would gain \$250 billion by 2010 and \$600 billion by 2020.
3. Most of these economic gains can be achieved through a purely domestic no-regrets strategy. International trading adds some further benefits, but these are not decisive for a positive economic outcome.
4. A strong synergy exists between a national energy policy aimed at safeguarding the economy and a least-cost policy aimed at slowing climate change. By reducing consumption of oil and natural gas relative to rising business-as-usual trends, a climate policy would help protect the U.S. against energy price shocks.

Positive response from leading U.S. senators

Already last year, presentation of the results of the IPSEP analysis had prompted a "Dear Colleague" letter signed by five leading U.S. Senators: John McCain (R), Lincoln Chafee (R), Joseph Lieberman (D), Harry Reid (D), and Jim Jeffords (Independent, formerly Republican). The senators wrote as follows:

"IPSEP's new economic analysis suggests that the U.S. has domestic policy options for reducing greenhouse gases that will benefit our nation economically while protecting the global environment. As we in Congress begin to tackle this serious global problem we urge you to give this study your careful consideration. Integrated economic analysis such as contained in IPSEP's report is needed to better inform future U.S. climate policy."

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Grüner Videoclip zur Ökosteuern

Unter <http://www.gruene-clips.de> finden Sie einen Videoclip von Bündnis '90/Die Grünen zur Ökosteuern.

Akzeptanz der Ökosteuern – eine psychologische Analyse der Bedingungen

Die Forschungsarbeit von Elmar Große Ruse zielt darauf ab, die Hintergründe von Akzeptanz und Ablehnung der Ökologischen Steuerreform innerhalb der Bevölkerung auszumachen. Anlass ist die geringe Popularität eines aus fachwissenschaftlicher Perspektive prinzipiell sinnvollen umweltpolitischen Instrumentes. Die Sichtung der vorhandenen Literatur brachte verschiedene potenzielle Einflussfaktoren auf die Akzeptanz der Ökosteuern zu Tage. Neben der Konkretisierung dieser Variablen wurde die induktive Aufdeckung von zusätzlichen Bestimmungsgrößen angestrebt. Auf der Basis dieser Überlegungen wurden insgesamt 14 leitfadengestützte Interviews mit verschiedenen Personen durchgeführt und inhaltsanalytisch ausgewertet. Als vermutlich zentrale Hintergründe von Akzeptanz und Ablehnung der Ökosteuern konnten für die untersuchte InformantInnengruppe fünf Aspekte identifiziert werden: Das möglicherweise wichtigste Argument für die *Befürwortung* einer Umweltsteuer war die positive Bewertung der ökologischen Zielsetzung, mit der ein solches Instrument vorrangig assoziiert wird. Ausschlaggebend für *negative* Beurteilungen der Ökologischen Steuerreform waren insbesondere die subjektiv ungerechte Behandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen

sowie die als ineffektiv und undurchsichtig empfundene Aufkommensverwendung für die Rentenversicherung. Als relevant erwiesen sich ferner Zweifel an der verkehrsreduzierenden Wirkung der Ökosteuer und die Einschätzung, dass der hohen Belastung der AutofahrerInnen zu viele Ausnahmen für andere Emittenten gegenüberstünden.

Die vollständige Arbeit finden Sie hier

http://www.grosse-ruse.de/Akzeptanz_der_Oekosteuer/akzeptanz_der_oekosteuer.html

Wir brauchen ein neues Steuersystem

Helmut Creutz geht in seinem Aufsatz „Wir brauchen ein neues Steuersystem – Es muss gerecht und zukunftsfähig sein!“ davon aus, dass das heutige Steuersystem dreifach problembelastet ist:

- Es ist viel zu kompliziert und unübersichtlich
- Es ist in vielfacher Weise ungerecht und unsozial
- Es ist in bedrohlicher Weise unökologisch.

Aus diesen Negativeigenschaften ergeben sich für ein neues Steuersystem folgende Forderungen:

- Es muss einfach und für jeden verständlich sein
- Es muss demokratische und gerechte Strukturen fördern
- Es muss zu Umwelt-, Lebens- und Zukunftssicherung beitragen

Von diesen Forderungen ausgehend stellt Helmut Creutz eine Alternative zur Diskussion. Dabei handelt es sich angesichts der Kompliziertheit der Materie, nur um einen Vorentwurf. Vom heutigen Steuersystem unterscheidet er sich durch den Einsatz der bisherigen Lohn- und Einkommenssteuern durch ein Spektrum verschiedener Verbrauchsteuern. Dieser Aufsatz erscheint als Sonderdruck von „Alternativen“ und kostet einzeln 50 Cent + Porto. Kleinbeträge bitte mit der Bestellung in Briefmarken einsenden. Nachbestellungen bei Alternativen, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen.

Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung

Ende August fand in Johannesburg der *World Summit on Sustainable Development* statt, der 10 Jahre nach Rio eine Bilanz der bisherigen Bemühungen um nachhaltige Entwicklung zog. Diese fiel äußerst unbefriedigend aus.

An Ideen und Vorschlägen zur Verwirklichung des eingeschlagenen Weges der Nachhaltigkeit mangelt es nicht. Nur sind sie oft widersprüchlich, und die Politik hat bisher wenig Bereitschaft und Fähigkeit zu ihrer Umsetzung erkennen lassen.

Das Buch von Prof. Dr. Dr. Franz J. Radermacher, herausgegeben vom Ökosozialen Forum Europa, bietet vor diesem Hintergrund eine vorzügliche Orientierung in dieser komplexen und kontroversen Materie. Neben einer Analyse der gegenwärtigen schwierigen weltpolitischen Konstellation stellt der Autor ein in sich schlüssiges Konzept für eine globale nachhaltige Entwicklung vor, das der Politik sinnvolle Wege zum Handeln weist.

Bestellung: Ökosoziales Forum, Franz-Josefs-Kai 13, 1010 Wien, Tel. +43/1/53307970, E-Mail: <mailto:info@oesfo.at>

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Wirtschaft bereitet sich auf Dosenpfand vor

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Entscheidung des deutschen Getränke-Einzelhandels begrüßt, sich auf die Einführung des Pfandes auf Dosen und Einwegflaschen ab 1. Januar kommenden Jahres vorzubereiten. Der Verband des Deutschen Getränke-Einzelhandels, der rund 8000 Getränkemarkte vertritt, hatte heute mitgeteilt, dass der Aufbau eines entsprechenden Rücknahmesystems in die Wege geleitet wird.

„Mit ihrem konstruktiven Vorgehen zeigen die überwiegend mittelständischen Unternehmen, dass von einer ein-

hellig ablehnenden Haltung des Handels beim Dosenpfand keine Rede sein kann. Wenn die Einweg-Lobby behauptet, das Pfand stieße weitgehend auf Ablehnung, kann sie allenfalls für große Discounter und Supermarktketten sprechen, nicht aber für mittelständische Einzelhändler und Abfüller - und schon gar nicht für die Mehrheit der Bevölkerung“,

sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Umweltbundesamtes haben sich 73 Prozent der Befragten für ein Dosenpfand ausgesprochen (BMU Pressedienst Nr. 180/02, 05. August 2002).

[LINK](#)

Bundesumweltminister Jürgen Trittin forderte die Einweg-orientierten Unternehmen auf, dem Beispiel des Fachhandels zu folgen und die erforderlichen Vorbereitungen für die Pfandpflicht zu treffen, statt weiterhin auf Zeit zu spielen und die Gerichte zu beschäftigen. Bislang ist die Einweg-Lobby mit ihren Versuchen, das Dosenpfand zu verhindern, sowohl beim Verwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht Berlin als auch beim Bundesverfassungsgericht gescheitert. Das Bundesverwaltungsgericht hat darüber hinaus vor wenigen Wochen mit einem Beschluss dem Versuch der Pfandgegner eine Absage erteilt, das Dosenpfand über die Bundesländer zu stoppen.

Solartechnik als aktiver Klimaschutz - noch Fördergelder zu vergeben

Die stärkere Nutzung von Solarenergie ist unverzichtbar für einen wirksamen Klimaschutz. Deshalb appelliert die Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. (UVS) an Politik und Verbraucher, den Ausbau der Solartechnik weiter zu beschleunigen. In diesem Jahr warten nach Verbandsangaben noch ausreichend Fördermittel für den Bau zahlreicher Solaranlagen auf Abruf. UVS und die KfW-Bankengruppe informieren kostenlos im Internet unter <http://www.solaranlagen-abc.de> über Technik und Fördermöglichkeiten. Carsten Körnig, ehemaliger Klimaexperte von Greenpeace und Geschäftsführer der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft sieht in den jüngsten Klimaschäden einen weiteren Beleg:

„Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll und längst überfällig.“ (Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. vom 14.08.2002).

[LINK](#)

Klima- und Finanzexperten großer Versicherungen warnen seit Jahren vor den Folgen der Klimakatastrophe und fordern eine Reduzierung des Energieverbrauchs aus fossilen Energieträgern sowie die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen. Mit Hilfe der solaren Stromerzeugung können allein bis zum Jahr 2020 mehr als 180 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich eingespart werden. Durch den schnellen Umbau der Energieversorgung ist bis zum Jahr 2050 eine Reduzierung der Kohlendioxid - Emissionen von über 85 Prozent realisierbar, hat eine Expertenkommission des Deutschen Bundestages jüngst ermittelt. Vom Wachstum der Solarenergie profitieren Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen. Schon heute werden durch die Nutzung von Solarwärme jährlich 500.000 Tonnen CO₂ -Emissionen vermieden und 200 Mio. Liter Öl eingespart. Das entspricht 6.700 vollgetankten Öllastern. Carsten Körnig:

„Mit einer eigenen Solaranlage kann jeder Bürger persönlich zur Vermeidung zukünftiger Hochwasserkatastrophen beitragen.“

Energieversorger bieten Solaranlagenbetreibern attraktive Förderkonditionen. So wird z.B. jede ins öffentliche Stromnetz eingespeiste Kilowattstunde Solarstrom mit 48,11 Cent vergütet. Die Errichtung von Solaranlagen zur Wärmeabgewinnung wird in der Regel mit rund 500 - 1.000 EUR staatlich subventioniert.

Kraftwerke stoßen weniger Kohlendioxid aus

Die Bemühungen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes durch die deutsche Stromwirtschaft zeigen Wirkung. Die Energieversorger in Deutschland haben den Kohlendioxid-Ausstoß bei der Erzeugung von Strom seit 1990 um rund 13 Prozent gesenkt, meldete der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) in Berlin (Berliner Zeitung vom 27.08.2002). Lesen Sie mehr:

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0827/none/0097/index.html

Klimaschutz durch erneuerbare Energien

In Zusammenhang mit den Unwetterschäden in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und weiten Teilen Europas

weist der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) auf die Bedeutung der regenerativen Energien für den Klimaschutz hin: Nur eine entschiedene Klimaschutzpolitik - also die Senkung der Treibhausgasemissionen um 60 - 70% weltweit innerhalb dieses Jahrhunderts - könne derart katastrophale Schäden in der Zukunft mildern. Zentrale Rolle spiele dabei die Energie- und Verkehrspolitik, so BEE-Präsident Johannes Lackmann. Fossile Energieträger wie Kohle, Gas und Erdöl seien die Hauptverursacher der seit der Industrialisierung steigenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Deswegen müssten diese schnellstmöglich durch CO₂-neutrale erneuerbare Energien ersetzt werden (Pressemeldung Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft e.V. vom 16.08.2002).

[LINK](#)

Ein erster nationaler Erfolg: Bereits heute werden in Deutschland 5% der energiebedingten Treibhausgase durch den Einsatz von Wind, Wasser, Sonnenenergie, Erdwärme und Biomasse vermieden. Nur auf den Stromsektor bezogen, liege der Anteil sogar bei 10,3%, so Lackmann. Das Klimaschutzziel der Bundesregierung liegt bei insgesamt 25% Einsparung bis 2005. Mit Hilfe der Förderung erneuerbarer Energien und Energiespar- und Effizienzmaßnahmen könne dieses Ziel leicht erreicht werden. Darüber hinaus müssten aber weitergehende Ziele formuliert werden. Lackmann: „Der BEE fordert die Politik auf, sich zu den Reduktionszielen von 40% bis 2020 und 80% bis 2050 zu bekennen.“ Diese seien bereits Bestandteil der Arbeit der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung“ des Deutschen Bundestages gewesen. Dabei hatte die Kommission empfohlen, erneuerbare Energien weiter massiv zu fördern. Bis 2050 sollte mindestens 50% des Gesamtenergiebedarfes durch regenerative Energieträger gedeckt werden. Hierfür ist aus Sicht des BEE die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) unabdingbar. Zusätzlich bedürfe es eines Förderinstrumentes für regenerative Wärmezeugung und weiterer Anstrengungen, um das Potenzial biogener Treibstoffe zu nutzen. BEE-Präsident Lackmann:

„Wer heute angesichts der offensichtlichen Folgen zukünftiger Unwetter über angebliche Belastungen durch die EEG-Förderung klagt, stellt sich selbst ins Abseits.“

In den letzten Wochen waren verstärkt Stimmen aus Industrie, Union und FDP laut geworden, die die Förderung erneuerbarer Energien einschränken wollten. Lackmann:

„Es gibt nicht die Möglichkeit, heute billigen Strom zu konsumieren und die Schäden auf die Zukunft zu vertagen. Die Politik muss sich dazwischen entscheiden, zukünftig immense Reperaturkosten zu bezahlen oder heute in erneuerbare Energien zu investieren.“

Dabei lägen die Mehrkosten der deutschen Stromverbraucher aktuell nur bei gut einem Zehntel-Cent pro verbrauchter Kilowattstunde.

„Die Förderung erneuerbarer Energien liegt heute schon unter den mit ihrem Einsatz vermiedenen Umweltkosten der konventionellen Energie“,

so Lackmann. "Eine Abkehr vom deutschen Fördersystem wäre absolut unsinnig und ökologisch fahrlässig."

DIW Berlin: Ernüchternde Bilanz der internationalen Klimaschutzpolitik

Am kommenden Montag wird die Staatengemeinschaft in Johannesburg auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung eine ernüchternde Bilanz ziehen: Gerade die Industrieländer, die als hauptverantwortlich für das Entstehen der Klimaproblematik angesehen werden, haben es bis heute nicht vermocht, ihre Treibhausgasemissionen zu stabilisieren, geschweige denn zu reduzieren. Dies stellt das DIW Berlin in seinem aktuellen Wochenbericht 34/2002 fest. Lediglich der - jedoch keineswegs klimaschutzpolitisch begründete - Emissionsrückgang in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas in den 90er Jahren hat zu einer Entspannung beigetragen. Nimmt man die starke Zunahme der Emissionen in den Entwicklungsländern hinzu, so ist im globalen Maßstab noch immer keine Trendumkehr in Richtung einer nachhaltigen Emissionsreduktion zu erkennen (Pressemitteilung des DIW Berlin vom 21.08.2002).

[LINK](#)

Zu einer besonders starken Zunahme der CO₂-Emissionen kam es von 1990 bis 2001 in den Entwicklungsländern mit einem Plus von 44 %. Dadurch hat sich deren Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen zwar deutlich - von gut 31 % (1990) auf fast 40 % (2001) - erhöht, doch entfällt nach wie vor der größte Anteil - nahezu die Hälfte - auf die westlichen Industrieländer. Hier sind die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2001 mit

gut 11 % nur wenig schwächer als im weltweiten Durchschnitt gestiegen. Absolut am umfangreichsten war die Emissionszunahme gegenüber 1990 mit 730 Mill. t CO₂ (15,2 %) in den USA, gefolgt von Japan (knapp 130 Mill. t) sowie von Kanada und Australien mit jeweils rund 80 Mill. t. Lediglich Deutschland und Großbritannien erreichten eine gewichtige Emissionsminderung. Nur deshalb ergab sich auch für die Europäischen Union (EU) insgesamt eine Senkung. Prognosen deuten darauf hin, dass in Zukunft fast überall mit einem Emissionsanstieg gerechnet werden muss. So erwartet die US-amerikanische Energy Information Administration (EIA), dass gegenüber 1990 die weltweiten Kohlendioxidemissionen bis 2010 um fast 36 % und bis 2020 um nahezu 70 % steigen. Mit einem Plus von 54 % bis zum Jahre 2020 dürfte der Anstieg in den USA bei weitem am stärksten sein. Doch auch für die westeuropäischen Länder, die sich zusammengenommen (verbindlich) zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2008/2012 um 8 % verpflichtet haben, wird zumindest bei den CO₂-Emissionen noch eine deutliche Steigerung vorhergesagt.

Aus heutiger Sicht ist ohne einen grundlegenden Wandel der klimaschutzpolitisch relevanten Rahmenbedingungen eine gravierende Verfehlung der global angestrebten Reduktionsziele zu erwarten. Derzeit bestehen erhebliche Zweifel, dass die Industrieländer ihre Reduktionsverpflichtungen bis 2008/2012 auf eigenem Gebiet erfüllen können. Das DIW Berlin stellt fest, dass Deutschland bei einer konsequenten Fortsetzung seiner Klimaschutzpolitik zumindest gute Chancen einer Zielerfüllung in dieser Zeit hat. Allerdings dürfte Deutschland sein selbst gestecktes - anspruchsvolleres - Ziel verfehlen, die CO₂-Emissionen schon bis 2005 um ein Viertel gegenüber 1990 zu senken.

Der vollständige Bericht: <http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/02-34-1.html>

Klimaschützer kritisieren Politik - Klimaschutz wird noch immer nicht umgesetzt!

Verstärkter Klimaschutz ist die Voraussetzung Klimaextreme in Zukunft zu vermeiden. Im Rahmen des Kioto-Protokolls der Vereinten Nationen ist es möglich mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand Treibhausgasemissionen weltweit zu verringern. Trotzdem gibt es erhebliche Probleme mit der Umsetzung. Einerseits wehrt sich die Industrie besonders in den USA gegen eine Einschränkung der CO₂ Emissionen, andererseits werden milliardenteure Regierungsprogramme zum Klimaschutz aufgelegt, die zwar langfristig sinnvoll, jedoch nicht in ausreichendem Umfang Emissionen verringern. Die Wetterkapriolen der vergangenen Tage haben jedoch wieder einmal gezeigt, dass noch viel mehr getan werden muss, um den Treibhauseffekt aufzuhalten (Pressemitteilung des bvek, Augsburg 14.08.2002).

LINK

Führende deutsche Meteorologen bezeichnen das Kioto-Protokoll der UN als nicht ausreichend, um den sich abzeichnenden Klimawandel zu verhindern. Dem schließt sich auch der „Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz e.V.“ (bvek), an: „Das Kioto Protokoll ist lediglich der erste Schritt in die richtige Richtung“ stellt Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des bvek und Leiter des Schwerpunkts „Internationale Klimapolitik“ am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) fest.

„Die derzeitigen Wetterkatastrophen geben nur einen Vorgeschmack, was passieren wird, wenn die Völkergemeinschaft keine konsequenten Vorgaben für Emissionsreduktionen setzt“.

Nach dem voraussichtlichen Inkrafttreten des Kioto Protokolls in 2003 beginnen die Verhandlungen über neue und ehrgeizigere Treibhausgasverminderungen für die Zeit nach 2012. „Wenn jetzt keine Kompromisse mehr gemacht werden und ein klares Signal für weitreichende Reduktionsverpflichtungen ab 2012 gesetzt wird, werden viel früher Anstrengungen unternommen, die Treibhausgase zu reduzieren“ so Tobias Koch vom Steinbeis Transferzentrum Emissionsrechteland.

„Wenn die Industrie erkennt, dass der Klimaschutz einen höheren Stellenwert erhält, steigen die Preise für Emissionsrechte sofort und mehr Geld steht für Investitionen in Energieeinsparung bereit“.

Der bvek kritisiert die derzeitige Klimapolitik der Bundesregierung als halbherzig.

„Ein bedeutender Anteil der deutschen CO₂ -Reduktionen ist nicht auf Grund klimapolitischer Initiativen, sondern rein durch wirtschaftlich bedingte Stilllegungen in Ostdeutschland zustande gekommen. Es gilt darauf zu achten, dass Deutschland zukünftig vergleichbare Anstrengungen wie die Niederlande unternimmt und mit finanziellem Engagement gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Kioto-Mechanismen schafft“.

so Dietrich Borst, Klimapolitischer Berater, in Bezug auf das Ankaufsprogramm der holländischen Regierung für Emissionsrechte aus Klimaschutzprojekten, mit dem weltweit Projekte, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien, gefördert werden.

„Die Diskussion um nationale Klimaschutzinstrumente und das EU-Emissionshandelssystem muss nun endlich zu einem klaren Ergebnis gebracht werden. Die Unternehmen müssen wissen, worauf sie sich einstellen müssen. Erst dann kann Klimaschutz auch im unternehmerischen Handeln einen höheren Stellenwert erhalten. Derzeit ist der rechtliche Gehalt von Emissionsrechten viel zu unsicher. Deshalb finden auch für den Klimaschutz sinnvolle Investitionen nicht statt“,

sagt Dr. Geres von FutureCamp in München.

„Die niedrigen Preise für Emissionsrechte spiegeln diese Unsicherheit wider. Würde sich Klimaschutz besser rechnen, könnte besonders die starke deutsche Umweltindustrie davon profitieren“.

Alle Aktivitäten werden dadurch beeinträchtigt, dass sich die USA als Hauptverursacher der Klimaveränderung weigert, sich am internationalen Klimaschutz zu beteiligen. „Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union sollten ihre Rolle in der Internationalen Klimapolitik verstärkt wahrnehmen und gegenüber den USA beharrlich bleiben“, so die Vorstände des bvek.

„Es kann auf die Dauer nicht sein, dass sich der größte Verschmutzer, die USA, verweigert, während in anderen Teilen der Welt intensivere und häufigere Wetterkatastrophen wie die derzeitige in Europa riesige Schäden verursachen“.

Das bedeutet aber nicht, auf die USA zu warten. Denn, so die Vorstände des bvek:

„Klimaschutz ist nicht nur eine Herausforderung. Er ist auch eine riesige Chance für neue Produkte und neue Märkte. Immer mehr Unternehmen, auch amerikanische, erkennen das – und nutzen ihre Chancen, während andere noch zögern.“

Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz wurde 2001 gegründet, um die Diskussion der sehr komplexen Zusammenhänge bei der Einführung von Emissionshandelsystemen und grenzüberschreitenden Klimaschutz-Aktivitäten in Deutschland zu professionalisieren, den Austausch von Informationen unter den Mitgliedern zu fördern sowie der Politik und Öffentlichkeit als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Hauptziel des Verbandes ist, die aktive Erfüllung der internationalen Verpflichtungen zur Emissionsverminderung durch ökonomisch sinnvolle Maßnahmen voranzutreiben.

Lesen Sie dazu auch: <http://www.foes-ev.de/news9/2artikel2.html>

Industrie braucht keine neuen Atomkraftwerke

Peinlich für den Kanzlerkandidaten Stoiber: Er und seine Mannschaft setzen sich im Wahlkampf vehement für die Atomkraft ein. Jetzt aber sagt die Atomindustrie selbst „Wir brauchen keine neuen AKWs - wir haben auch ohne AKWs genug Strom“. Der Sprecher des Essener Stromkonzerns, Bill McAndrews, sagte in der „Berliner Zeitung“: „Wir bleiben bei dem Konsens, den wir mit der rot-grünen Bundesregierung geschlossen haben.“ Ähnlich äußerte sich der Sprecher von Vattenfall Europe: „Der Konsens gilt“. Die gefährlichen Atomspiele der Oppositionsparteien werden auch von der Mehrheit der Wähler in Deutschland abgelehnt. Über 80 Prozent sprechen sich für die solare Energiewende aus und setzen auf Erneuerbare Energien für die Zukunft (Eco-News vom 19.08.2002).

LINK

Es könnte sich am 22. September herausstellen, dass Stoiber vor allem wegen seines gefährlichen und unverantwortlichen Atomkurses die Wahl doch noch knapp verliert. Spätestens beim nächsten Atomunfall werden auch die „christlichen“ Parteien begreifen, dass Atomenergie ein falscher Weg war. Die Folgen sind über Jahrtausende verheerender als jede Hochwasserkatastrophe. Nicht nur die Flutkatastrophe, sondern auch die Atompolitik Stoibers gibt rot-grün einen politischen Adrenalinstoß für den 22. September. Vielleicht wachen jetzt viele Unentschlossene auf. Bemerkenswert ist ja nicht, wen Stoiber in sein Kompetenzteam berufen hat, sondern wen er nicht berufen hat: Einen kompetenten Umweltpolitiker oder eine kompetente Umweltpolitikerin. Stoiber will keinen Atomausstieg, aber einen Ausstieg aus der Umweltpolitik. Stoiber sieht die Welt ausschließlich aus dem Blickwinkel der Wirtschaft: Für die Umwelt, für die Kultur und für die Justiz ist in seinem Team niemand vorgesehen. Das sagt sehr viel!

Im Schlafwagen regiert sich's schlecht, Herr Stoiber!

Lieber Edmund Stoiber,

soeben haben die Chefmathematiker der Münchner Rückversicherung diese Zahlen publiziert: Wenn der Schadensverlauf witterungsbedingter Naturkatastrophen - wie zum Beispiel vor kurzem in Berlin und Brandenburg - weiter so steigt wie in den letzten 20 Jahren, dann werden in 60 Jahren die klimabedingten Schäden global höher sein als das gesamte weltweite Bruttosozialprodukt. Der größte Rückversicherer der Welt bringt die dramatische Klimaveränderung und ihre katastrophalen ökonomischen Folgen eindrucksvoller auf den Punkt als jedes Ökoinstitut. Was aber sagt der deutsche Kanzlerkandidat zu dieser wohl wichtigsten politischen Herausforderung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts? An der Ursache dieses Problems ist Deutschland, dessen Kanzler Sie werden wollen, als drittgrößte Industriemacht ganz wesentlich beteiligt. Warum schieben Sie diese zentrale Überlebensfrage der Menschheit so sehr an den Rand Ihrer Politik? Wo sind Ihre Konzepte zum Klimaschutz? Warum heizen sie der rot-grünen Bundesregierung nicht ein, wenn es demnächst heißer zu werden droht als je zuvor in den letzten 16.000 Jahren? Im Schlafwagen regiert sich's schlecht, Herr Stoiber (Eco-News vom 06.08.2002).

[LINK](#)

Millionen Wähler in Deutschland spüren: Sowohl der Kanzler wie auch Sie als Herausforderer haben ihr Thema noch nicht gefunden. Dieser Wahlkampf ist deshalb zum Gähnen langweilig und im Angesicht der weltweiten ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen beschämend provinziell, weil eine rot-grüne Bundesregierung in ihren Schwerpunkten weder rot (= sozial) noch grün (= ökologisch) ist und die Opposition inhaltlich in wesentlichen Fragen ein Totalausfall. Noch nie seit 1949 war ein Bundestagswahlkampf so fad und inhaltsleer wie dieser. Es stoibert und schrödert - und sonst gar nichts! Dass eine Bundesregierung im Wahlkampf verteidigt, überrascht nicht weiter. Dass aber ein Herausforderer ein „Kompetenzteam“ vorstellt und acht Wochen vor der Wahl noch nicht einmal einen kompetenten Namen für das Umweltministerium vorzuweisen hat, ist für Millionen Wähler einfach unbegreiflich. Schon deshalb, weil Sie mit Klaus Töpfer als UN-Umweltchef einen der kompetentesten und international anerkanntesten Umweltpolitiker in Ihren Reihen haben. Ach wären die Konservativen unter Edmund Stoiber doch endlich konservativ und würden nicht nur von der "Bewahrung der Schöpfung" reden, sondern konservativen Wählern wie mir endlich konkret und praktisch sagen, wie eine zukunftsweisende ökologische Wirtschaft aussehen und wer sie gestalten soll. Es geht um das Schicksal der Erde.

Lieber Edmund Stoiber, zur Zeit sterben täglich bis zu 100 Tier- und Pflanzenarten aus. Wir blasen weltweit jeden Tag 100 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Luft; wir verlieren täglich 86 Millionen Tonnen fruchtbaren Boden und wir werden pro Tag 220.000 Menschen mehr auf diesem Planeten. Ich frage Sie vier Wochen vor dem „Erdgipfel“ in Johannesburg, den Ihr Parteifreund Klaus Töpfer entscheidend vorbereitet: Wo, um Himmels willen, ist das Umweltkonzept der sich christlich nennenden Parteien in diesem Wahlkampf? Stimmt es, wie aus Ihrer Umgebung zu erfahren war, dass Sie beabsichtigen, das Umweltministerium abzuschaffen? Werden Sie die Erneuerbaren Energien fördern? Werden Sie - glaubwürdiger als der bisherige Autokanzler - eine dringend notwendige Verkehrswende organisieren, damit Deutschland seine Klimaschutzziele erreicht? Was wird aus dem ökologischen Landbau in Deutschland unter Edmund Stoiber? Gibt es mit Ihnen als Kanzler eine konsequentere ökologische Steuerreform als unter rot-grün wie sie auch Klaus Töpfer fordert? Schaffen Sie eine ökologische Bauwende, die der daniederliegenden Baubranche endlich zum Aufschwung verhelfen könnte? In Deutschland warten 20 Millionen Gebäude darauf, energetisch saniert und zu kleinen Solarkraftwerken umgerüstet zu werden. Das wären eine halbe Million neue Arbeitsplätze. Gerhard Schröder versucht über Herrn Hartz am Arbeitsmarkt Heilung durch Statistik. Was aber halten Sie von Klaus Töpfers Devise „Umweltschutz ist kein Arbeitsplatzkiller, sondern der Arbeitsplatzknüller im 21. Jahrhundert“? Allein durch Erneuerbare Energien sind seit 1992 in Deutschland 120.000 neue Arbeitsplätze entstanden. In dieser Branche steckt bereits viel ökonomische Dynamik. Die Solar- und Windbranche in Deutschland zeigt: Durch grüne Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben. Werden Sie diese unter rot-grün erfolgreich begonnene Politik konsequent weiterführen? Edmund Stoiber, verschlafen Sie nicht das beginnende Solarzeitalter. Kohle, Gas, Öl und Atomenergie sind Auslaufmodelle. Es gibt atomare und fossile Rohstoffe nur noch einige Jahrzehnte, sagt der Weltenergieer. Wollen Sie allen Ernstes die vor-

gestrige und gefährliche Atomenergie reaktivieren und Dutzende neue AKWs bauen? Auf diese Frage hätte ich gerne eine präzise Antwort. Ein seriöser Kanzlerkandidat ist uns Wählern diese Antwort schuldig. 1950 mussten sechs Prozent der Energieverbräuche nach Deutschland importiert werden - heute sind es bereits 74 Prozent - häufig aus „Schurkenstaaten“ (George W. Bush). Wie, Edmund Stoiber sieht Ihr Energiekonzept aus? In der Schule Ludwig Erhards hätten Konservative, die diesen Namen verdienen, heute alle Voraussetzung, die zweite Stufe eines Wirtschaftswunders zu organisieren, nämlich ein ökologisches Wirtschaftswunder. Haben Sie dafür Konzepte und Personen? Sagen Sie es laut und deutlich, damit in Deutschland wieder Lust auf Politik und Vorfreude auf Wahlen wächst,

Ihr Franz Alt

Die Union steht im Regen

Plötzlich ist Umweltpolitik wieder ein Thema, doch in Stoibers Team ist keiner kompetent. Kein Ton von der Union: Seit Tagen flimmern die Bilder überschwemmter Städte und fassungsloser Menschen über die Bildschirme. Die jüngsten Wetterkatastrophen haben den Themen Klimawandel und Umweltschutz zu neuer Popularität verholfen. Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) darf in etlichen Sendern einer plötzlich sehr interessierten Öffentlichkeit rot-grüne Umweltpolitik erklären - lange unwidersprochen von CDU und CSU.

Ausgerechnet die größte Oppositionspartei lässt die Umweltpolitik im Wahlkampf buchstäblich links liegen, das Wetterchaos hat sie nun kalt erwischt. Im „Kompetenzteam“ von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) ist überhaupt niemand für die Umwelt zuständig. „Man muss Prioritäten setzen“, begründet das eine CDU-Sprecherin. Der Umkehrschluss freilich lautet: Umweltpolitik hat keine Priorität für die Union. (Die Tageszeitung (TAZ) vom 14.08.2002)

[LINK](#)

„Das Thema ist im Moment nicht emotionsbehaftet“, meinte der Unions-Vizefraktionschef und Umweltexperte Klaus Lippold (CDU) noch am Montag zu der Frage, warum für Umwelt kein Platz war in der Stoiber-Mannschaft. Diese Einschätzung dürften vor allem die Hochwassergeschädigten nicht mehr teilen. Schon zum Zeitpunkt der Aussage war in vielen Regionen Land unter, Stunden später entsetzten die Bilder der Wassermassen die Zuschauer zahlreicher Sondersendungen.

CDU-Chefin Angela Merkel, die unter Kanzler Helmut Kohl selber Bundesumweltministerin war, sagt: „Wir haben viele wichtige Themen. Aber es muss nicht für jedes wichtige Thema einen Experten geben.“ Und sie beeilt sich zu versichern: „Umweltschutz und Klimaschutz werden auch unter CDU und CSU weiter groß geschrieben.“

Für Rot-Grün, seit Wochen im Umfragentief, ist das Schweigen der Union eine Steilvorlage. „Stoiber hat in der Umweltpolitik nichts zu bieten - weder Personen noch Inhalte“, sagt Trittin. Grünen-Chef Fritz Kuhn nennt den Unionskandidaten einen „ökologischen Ignoranten“.

Zur Freude von Rot-Grün könnte das Thema weiter eine prominente Rolle spielen. Durch die Wetterkapriolen bekommt der übernächste Woche beginnende UN-Weltgipfel in Johannesburg, bei dem Umwelt- und Klimaschutz zentrale Themen sein werden, eine ungeahnte Popularität. Nicht zum ersten Mal könnte sich die Bundesregierung als internationaler Vorreiter im Umweltschutz profilieren.

Klima- und Ressourcenschutzaktion durch Computerrecycling

Jährlich werden in Deutschland schätzungsweise 2,2 Millionen Computer mit Zubehör wie Drucker, Scanner usw. ausrangiert. Viele dieser Geräte landen im Hausmüll, obwohl sie dank einer Initiative repariert und wiederverwertet werden könnten. Die Herstellung eines einfachen 486er-Computers verbraucht:

- mehr als 14 Tonnen Rohstoffe - fast 2/3 so viel wie ein Mittelklasse-Pkw ohne Elektronik.
- 2315 Kilowattstunden Strom
- bis zu 33.000 Liter Wasser

Schätzungen zufolge werden bei Herstellung eines einzigen Computers über 3 Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen. Oft werden die Geräte nur wenige Jahre genutzt. Durch eine Wiederverwendung können

- Abfall vermieden
- Ressourcen effizienter genutzt

- CO₂ in beträchtlichen Mengen eingespart

werden. Die katastrophalen Folgen der viel zu hohen CO₂-Emissionen und der daraus resultierenden Erderwärmung werden bei den aktuellen Überschwemmungen einmal mehr auf dramatische Weise deutlich. Um die Wiederverwendung und sinnvolles Recycling von Computern zu unterstützen, hat B.A.U.M. eine Kooperation mit der Firma Recycom und der Genossenschaft der Werkstätten für Behinderte e.G. (GDW) Nord geschlossen. Recycom überprüft und repariert ausgediente Rechner und verkauft sie sehr preisgünstig weiter an Initiativen und Privatpersonen, die sich keinen neuen Computer leisten können (Pressemitteilung B.A.U.M.).

[LINK](#)

Die GDW Nord bietet neben vielen anderen Leistungen Computerrecycling an. Die Geräte werden von Werkstätten für Behinderte abgeholt, demontiert, zerlegt und dem Recycling zugeführt. Ausrangierte Rechner und wertvolle Rohstoffe können so wieder einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Sie können somit einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten: Lassen Sie Ihre alten Computer, Drucker, Faxgeräte usw. über B.A.U.M. weitergeben bzw. recyceln. Damit schonen Sie nicht nur Ressourcen und tragen zur CO₂-Reduktion bei, sondern sichern darüber hinaus die Arbeitsplätze behinderter Menschen. Für sehr alte und schrottreife Rechner und Teile wird ein sehr geringer Entsorgungsbetrag erhoben. Allerdings können Sie bis zu 50 % des Betrages auf Ihre Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe anrechnen, und Sie zahlen einen verminderten Mehrwertsteuersatz von nur 7 %. Funktionstüchtige, neuere Rechner werden von Recycom aufgekauft. Was mit dem Erlös geschieht, bestimmen Sie selbst:

1. B.A.U.M. finanziert mit dem Geld Klimaschutzprojekte.
2. B.A.U.M. führt mit Ihrem Unternehmen ein Kooperationsprojekt durch, z.B. den gemeinsamen Kauf und Schutz von Tropenwaldflächen.

Lassen Sie Ihre Computer bitte über B.A.U.M. entsorgen und erweisen Sie damit der Umwelt, dem Klima und behinderten Menschen einen sehr wichtigen Dienst. B.A.U.M. freut sich auf Ihre Rückmeldung - telefonisch unter der Nummer (040) 49 07 11 11.

6. BUCHBESPRECHUNG: „ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND“

„Zukunftsfähiges Deutschland“ - eine Rezension von Andreas Sauter

BUND/Misereor (Hrsg.): „Zukunftsfähiges Deutschland“, Birkhäuser 1996

Autorenteam des Wuppertal Institut unter Federführung von Reinhard Loske und Raimund Bleischwitz

Kommentar

Was fällt dem Leser als erstes auf? Die Liaison der Herausgeber. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gingen bislang meist getrennte Wege. Zu Recht haben die beiden mutigen Verbände neue Wege beschritten, denn die Lösung dieser beiden großen Aufgabenstellungen der Gegenwart ist eng miteinander verknüpft. Welche Entwicklungsperspektive haben 80% der Erdbewohner, wenn die Industrienationen mit 20% der Erdbevölkerung eine Wirtschaftsweise praktizieren, die in ökologischer und ökonomischer Hinsicht in die Sackgasse führt?

Ausgangsfrage der Studie ist: Wie sähe ein zukunftsfähiger Verbrauch von Ressourcen aus? Oder anders formuliert: Wie weit leben wir über unsere Verhältnisse?

Für die Antwort benötigt man Maßstäbe, die ethische Entscheidungen impliziert. Ausgegangen wird von zwei Werturteilen:

1. Künftige Generationen sollen gleiche Lebenschancen haben
2. Jeder Mensch hat das gleiche Recht, Ressourcen in Anspruch zu nehmen.

[LINK](#)

Unter Berücksichtigung der weltweiten demographischen Entwicklung implizieren diese Ziele, dass wir unseren Ressourcen-Verbrauch sowie unsere Emissionen bis 2050 um ca. 80-90% reduzieren müssen. Natürlich sind solche Zahlenangaben insofern gefährlich, als sie eine Exaktheit suggerieren, die nicht vorhanden

ist. Sie liefern aber doch eine Dimensionsangabe und machen damit deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften fundamental mehr bedeutet, als das Niveau, auf dem das internationale diplomatische Parkett diskutiert.

Auch wenn die naturwissenschaftliche Darstellung quantitativer Ziele für Klarheit sorgt, ist die eigentliche Frage, über welche Konzepte diese zu realisieren sind. Deshalb werden acht Leitbilder formuliert, die verschiedene Akteure ansprechen sollen. Interessant ist dabei, dass neben einer grünen Marktagenda, für die sich der FÖS engagiert, das Thema Lebensstile gleichberechtigt behandelt wird. Die Effizienzrevolution ist notwendig, doch letztlich entbindet sie den einzelnen nicht von seiner Verantwortung eines individuell suffizienten und damit verallgemeinerbaren Lebensstiles.

Darüber hinaus werden die geforderten Schritte in den Kontext anderer gesellschaftlicher Ziele wie soziale Fairness, Wirtschaftverträglichkeit und Ausgleich zwischen Nord und Süd gestellt. Auf dem Gebiet der Politik erscheint mir der Vorschlag, einen ökologischen Rat mit Vetorecht zu etablieren, sehr interessant. Auf jeden Fall dürfte die Kurzzeitorientierung unserer Demokratie eine zentrale Schwäche sein, an der es zu arbeiten gilt. Passend zur bevorstehenden Bundestagswahl also noch ein geeigneter Entscheidungs-Prüfstein.

Das Buch hat die deutsche Nachhaltigkeits-Debatte geprägt. Wegen dem "Rundumschlag-Charakter" des Werkes mögen einige Aspekte nicht ausdiskutiert sein. Das liegt in der Natur der Sache. Ich finde den Überblick gelungen und gerade wegen seiner Gesamtschau positiv.

Effizienz-Anhängern, die es in unserem verehrten Leserkreis zu Hauf geben soll, sei die günstige und übersichtliche Kurzfassung als Broschüre empfohlen...

Fazit: Standardwerk!

Vorschau und Rückblick

Im nächsten Newsletter wird Andreas Sauter das Buch „No Logo!“ von Naomi Klein vorstellen. Lesen Sie auch seine Besprechung von Hans-Jochen Luhmann: „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung“ unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newsarchiv/oekosteuernews12.html>.

Zum Autor: Andreas Sauter ist seit März 2002 Vorstandsmitglied und Schatzmeister des FÖS. Beruflich ist der Dipl.-Mathematiker und Aktuar DAV als Vorstandsassistent bei der Münchener Rückversicherung tätig.

Aktuelle Ergänzung

Wie geht es weiter - in Deutschland und der Welt? - Neuerscheinung zum Thema Zukunftsfähigkeit

Im aktuellen Sammelband Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland nehmen Expertinnen und Experten zum Thema nachhaltige Entwicklung Stellung. Sie präsentieren ein breites Spektrum von Erfahrungen und Perspektiven zu dem, was zukunftsorientiertes Handeln heute ausmachen sollte.

Bereits 1995 veröffentlichten MISEREOR und BUND gemeinsam die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" und trieben damit die bundesdeutsche Debatte über nachhaltige Entwicklung voran: Agenda 21-Initiativen gründeten sich, neue Ideen und Anregungen belebten die Diskussionen. Jetzt, wenige Monate vor dem Erdgipfel in Johannesburg, ziehen MISEREOR und BUND eine

Zwischenbilanz: Was wurde seit 1992 erreicht, als sich über 170 Regierungschefs in Rio de Janeiro zu einer umweltverträglichen und sozial gerechten Entwicklung verpflichtet haben? Wie weit sind wir in Deutschland gekommen? Welche Aufgaben ergeben sich hieraus für Unternehmer, die Ressourcen schonen wollen? Für Landwirte, die nicht nur Nahrungsmittel erzeugen, sondern auch Bodenfruchtbarkeit und Naturvielfalt erhalten wollen? Für Verbraucher, die ihr Leben genießen, aber auch ihren Lebensstil gegenüber ihren Kindern verantworten wollen? Welche Hindernisse gibt es auf dem Weg, und wie können wir sie beseitigen? Der Wegweiser bietet eine Bestandsaufnahme und Visionssuche mit unzähligen Fakten und Perspektiven.

BUND, Misereor (Hg.): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, Riemann Verlag 2002, 250 S., ISBN 3-570-50033-0, 18 Euro.

Hier geht's zur ausführlichen Wegweiser-Website <http://www.wegweiser-zukunftsfahiges-deutschland.de>.

7. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Wahl-Special auf der Ökosteuers-Seite des BUND

<http://www.oeko-steuer.de> bietet im September ein täglich aktualisiertes Wahl-Special:

- Original-Texte aus den Wahlprogrammen der Parteien zum Thema ökologische Steuerreform und Analysen des BUND.
- Links zu den Diskussions-Foren der Parteien. Diskutieren Sie mit und fordern Sie von den Parteien die Weiterführung der ökologischen Steuerreform auch nach 2003.

Der Ökosteuers-Wahl-Kalender: Vom 1. bis 21. September jeden Tag ein neuer guter Grund für die ökologische Steuerreform. Jeden Tag neue Fakten zu innovativen Technologien, die von der ökologischen Steuerreform profitieren.

Außerdem neu auf <http://www.oeko-steuer.de>: Stimmen von Prominenten zu den katastrophalen Überschwemmungen und der Ökosteuers. Dazu Photos von der BUND-Demonstration auf der Dresdener Augustusbrücke für mehr Klimaschutz.

8. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Mit großem Interesse habe ich Ihren letzten Newsletter gelesen und möchte Ihnen ein großes Lob zollen.“ (F.C. aus Köln)

„Der Newsletter bietet mir einen idealen Überblick über die Ökosteuersdiskussion, den ich für meine Arbeit gut gebrauchen kann.“ (A.P. aus Augsburg)

9. KURZMELDUNGEN

Energie-Enquete-Kommission enthüllt tiefe Gräben

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ hat tiefe Gräben zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien offen gelegt. Während das Gremium mehrheitlich für den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien und für weiter steigende Öko-Steuern plädiert, nutzten CDU-Politiker im Gremium den Abschlussbericht für ein Plädoyer für die emissionsfreie Kernkraft. Der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen könne bis zum Jahr 2050 auch ohne Atomenergie um bis zu 80 Prozent verringert werden, wenn die politischen Weichen entsprechend gestellt würden, argumentieren Vertreter der Bundesregierung. (SAMS - Sustainable Agenda Mail Service /Newsletter Ausgabe 16, August). Für weiter Informationen:

http://www.agenturcafe.de/_sustainability/index_13002.htm

PwC-Studie: Wirtschaft auf Emissionshandel nicht vorbereitet

Ab dem Jahr 2005 beginnt in Europa der Handel mit Emissionsrechten. Aber drei Viertel der deutschen Unternehmen sind nicht oder nur unzureichend über die Inhalte und Auswirkungen des Kyoto-Protokolls und der EU-Richtlinie zum Emissionshandel informiert. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Untersuchung „Klima im Handel - Unternehmerische Perspektiven im Klimaschutz“ von PricewaterhouseCoopers (PwC). Die Untersuchung informiert über die Rahmenbedingungen der Emissionsreduzierung und des Emissionshandels, die wirtschaftlichen Folgen, notwendige Maßnahmen sowie die Risiken und Chancen, die diese ökologisch-rechtliche Änderung für die Unternehmen haben wird. (SAMS - Sustainable Agenda Mail Service /Newsletter Ausgabe 16, August) Lesen Sie mehr:

http://www.agenturcafe.de/_sustainability/index_13001.htm

Lesen Sie hierzu auch die Studie "Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels" <http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP122.pdf> (Tilman Santarius, Dr. Hermann Ott, Wuppertal Institut, März 2002).

10. SERVICE: JOBS

Humboldt-Universität zu Berlin sucht wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

Stellenausschreibung: wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in

Beginn, Laufzeit: ab 01.10.2002, (BAT-O IIa, Dauer nach § 57 HRG)

Aufgabengebiet: Durchführung von Lehrveranstaltungen auf den Gebieten der Umwelt- und Ressourcenökonomie sowie der Institutionen- und Politischen Ökonomie; Betreuung von Examensarbeiten und Dissertationen; Drittmittelinwerbung und Projektkoordination.

[LINK](#)

Mitarbeit in der Forschung, z.B. Analyse und Design von Institutionen der Nachhaltigkeit, institutionelle Implikationen der Integration von Umweltbelangen in die Agrarpolitik, multifunktionelle Landwirtschaft aus institutioneller Perspektive, institutioneller Wandel und nachhaltige Entwicklung in Transformationsländern. Interesse an der wissenschaftlichen Beratung politischer und wirtschaftlicher Akteure

Anforderungen: Promotion in Agrarökonomie oder Wirtschaftswissenschaften, Kenntnisse in Umwelt- und Ressourcenökonomie sowie Institutionen- und Politischer Ökonomie.

InteressentInnen werden um eine umgehende Einreichung der Bewerbungsunterlagen gebeten, da die Stelle zum 1. Oktober 2002 besetzt werden soll. Die Bewerbungen sind zu richten an:

Herrn Prof. Dr. K. Hagedorn

Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät

Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus

Fachgebiet Ressourcenökonomie

Luisenstr. 56, 10099 Berlin

Tel.: (030) 2093 6305/6320, Fax: (030) 2093 6497

UFZ-Umweltforschungszentrum sucht wissenschaftliche KoordinatorIn

Das UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH mit Standorten in Leipzig, Halle und Magdeburg ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren e.V. (HGF).

Im Projektbereich Naturnahe Landschaften und Ländliche Räume bzw. in der Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht ist vorbehaltlich der Zustimmung durch die EU-Kommission ab 01. Dezember 2002 eine auf 3 Jahre befristete Projektstelle für eine/n wissenschaftliche Koordinatorin/ wissenschaftlichen Koordinator zu besetzen.

[LINK](#)

Die Koordination des interdisziplinären EU-Projektes wird 50 % der Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Weitere 50 % sind für die wissenschaftliche Bearbeitung eines der folgenden Themen vorgesehen:

- Nahrungsökologie, Habitatnutzung und Monitoring des Fischotters *oder*
- Naturschutzpolitische Instrumente unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer Anreize *oder*
- Bewertungs- und Entscheidungsverfahren unter Beteiligung von Stakeholdern

Die zu besetzende Stelle erfordert sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, Teamfähigkeit und Interesse an interdisziplinärer Zusammenarbeit. Konkrete Projekterfahrung sowie Kenntnisse des Naturschutzes werden vorausgesetzt. Von der Bewerberin/dem Bewerber wird ein abgeschlossenes Studium im Bereich der Biologie bzw. der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften erwartet, mit vertieften Kenntnissen entsprechend des ausgewählten, fachwissenschaftlichen Themenschwerpunktes (Otterbiologie/Landschaftsanalysen/Statistik; Ressourcen-/Umweltökonomie bzw. ökologische Ökonomie; Umweltsoziologie; empiri-

sche Sozialforschung, vorzugsweise im Umweltbereich).

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an die Richtlinien für den öffentlichen Dienst nach BAT-Ost. Der Arbeitsort ist Leipzig.

Nähere Auskünfte zu dieser Stelle erteilen:

Herr Dr. Henle, Tel.: +49 (341) 235-2519; Email: <mailto:uhlig@pro.ufz.de>

Frau Dr. Wittmer, Tel.: +49 (341) 235-2074; Email: <mailto:wittmer@alok.ufz.de>

Bitte richten Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen unter der Kennziffer 55/2002 bis zum 07.10.2002 an die Personalabteilung des UFZ:

UFZ Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Personalabteilung, Postfach 50 01 36, 04301 Leipzig

11. SERVICE: LINKS

Fortführung der Ökologischen Steuerreform – EU-KOM-Notifizierung

Das Schreiben der EU-Kommission zur Notifizierung der Fortführung der Ökologischen Steuerreform gibt es unter

http://www.foes-ev.de/downloads/Notifizierung_bis_2012.pdf

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids/industrie/n449-01.pdf (Original-Link)

Bundesweite Servicestelle für Lokale Agenda eröffnet

Am 6. August wurde in Bonn die bundesweite Servicestelle für Lokale Agenda 21 eröffnet. Die Aufgabe der weltweit einzigartigen Servicestelle besteht vor allem darin, die Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene voran zu bringen. Sie soll Dialogplattform, Netzwerk und Dienstleister für alle im Agenda-Prozess Engagierten sowie für Medien, Multiplikatoren und die interessierte Öffentlichkeit sein.

Weiteres über die Servicestelle unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/15-08-02_02

Investorengruppe fragt Top-500-Unternehmen nach Klimadaten

Eine Gruppe großer institutioneller Investoren nimmt sich des Klimawandels an. In ihrem so genannten „Carbon Disclosure Project“ fordern sie die 500 größten Unternehmen der Welt auf, ihre Emissionen klimafährdender Treibhausgase offen zu legen. Es werde Zeit für Aktionäre, die Risiken und Chancen des Klimawandels zu erkennen. Die Unternehmen sind aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten zu antworten.

http://www.agenturcafe.de/sustainability/index_13015.htm

Parteien-Vergleich im Verkehrsbereich

Wie beweglich sind Stoiber, Schröder oder Fischer? Unter „wahl-fahrt.de“ lässt der Verkehrsclub VCD die Spitzenpolitiker auf ihren Lieblingsfahrzeugen abfahren. Auszüge aus den Wahlprogrammen der Parteien erleichtern die Abstimmung über die Verkehrspolitik der Zukunft im virtuellen Wahllokal. Ein Koalitions-Check prophezeit, was passiert, wenn sich die Parteien in unterschiedliche Koalitionen stürzen.

Begeben Sie sich auf Wahlfahrt unter

<http://www.wahl-fahrt.de>

Jugendliche geben Parteien schlechte Noten

Jugendvertreter haben die Programme der Bundestagsparteien mit schlechten Noten versehen. 50 Jugendliche haben stellvertretend für ihre Generation die Parteiprogramme anhand der Kriterien Ökologie, Globalisierung, Staatsverschuldung, Bildung und Jugendpolitik bewertet. „Alle Wahlprogramme sind unter den Kriterien der Generationenverträglichkeit und Nachhaltigkeit ungenügend“ kommentierten die Veranstalter, die Jugendorganisation YOIS (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability), das Ergebnis. Generell kritisierten die Teilnehmer die mangelnde Verbindlichkeit und die schwammigen Formulierungen der Programme. Die Grünen schnitten mit 107 von 200 Punkten relativ am besten ab. Es folgten die SPD mit 80, die PDS mit 67, die FDP mit 62 und CDU/CSU mit 60 Punkten. Aufgrund der grundsätzlich „ungenügenden“

Leistungen wird jedoch ausdrücklich keine Wahlempfehlung gegeben (ökom Verlag Newsletter August 2002).

Die Testergebnisse sind abrufbar unter: <http://www.yois.de>

Welche Pkw und Lkw vertragen Biodiesel

Die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V. (Ufop) hat die Broschüre „Aussagen der Fahrzeughersteller zu Biodiesel“ veröffentlicht, in der sie alle Fahrzeuge benennt, welche man mit Biodiesel betanken kann. Die Broschüre informiert zusätzlich über Qualität und Einsatz des aus Rapsöl hergestellten Kraftstoffs, der heute – auch nach Herstellerangaben – in vielen Fahrzeugen serienmäßig verwendet werden kann. Download: <http://www.ufop.de>. Bestellung bei Ufop c/o wpr communication, Kollwitzstraße 7, 53639 Königswinter, Fax: 02244/924949, E-Mail <mailto:freigaben@wpr-communication.de>

Newsletter „The Subsidy Watch“

Der Newsletter *Subsidy Watch* bietet Informationen rund um die neuesten Bekanntgaben über Subventionen mit Wirkungen auf die Umwelt aus aller Welt. Den alle zwei Wochen erscheinenden Newsletter finden Sie unter:

<http://www.iisd.org/subsidywatch/>

Newsletter “Sustainable Economy Update”

“Sustainable Economy Update” ist der wöchentlich erscheinende kostenlose Newsletter des “Center for a Sustainable Economy (CSE)”. Er informiert über umweltbezogene Steuernachrichten aus den USA und ihrer einzelnen Bundesstaaten sowie weltweit. Informationen zum CSE finden Sie unter <http://sustainableeconomy.org/>. Den Newsletter können Sie mit einer eMail an die Adresse <mailto:center@SustainableEconomy.org> beziehen.

Newsletter von Environment Daily

Environment Daily – Europas führender Umwelt-Nachrichtendienst – bietet ein vierwöchiges Probeabo mit der Möglichkeit, Angebot und Funktionen dieses Dienstes zu testen. Mehr Informationen finden Sie unter <http://www.environmentdaily.com/register/index.cfm?action=freetrial>

Beunruhigend!

Wie steht es um unsere Erdöl- und Erdgasvorräte? Neues aus dem Ticker, leider meist beunruhigendes. Wo werden neue Ölfelder entdeckt, auf welchen geht die Förderung zurück? Wer sein Wissen über Ressourcen nicht vom Gesamtverband der Mineralölindustrie beziehen möchte, schaut hier ab und zu mal rein oder abonniert den informativen Newsletter: <http://www.energiekrise.de/news/>

Dritter Newsletter des EEB zur „Environmental Fiscal Reform“

Das European Environmental Bureau (EEB) hat seinen dritten Newsletter zur „Environmental Fiscal Reform“ herausgegeben. Sie können den alle zwei Monate erscheinenden Newsletter unter <http://www.ecotax.info/newsletter3.pdf> einsehen.

12. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

17.09.2002, Hamburg: Nachhaltigkeitsmanagement mit der Sustainability Balanced Scorecard

Immer mehr Unternehmen stellen sich der Herausforderung Nachhaltigkeit und engagieren sich im ökologischen und sozialen Bereich. Dies erfordert, dass ökonomische, ökologische und soziale Aspekte integriert gemanagt werden, was in der unternehmerischen Praxis allerdings häufig schwer oder nicht gelingt. Ökologische und soziale Aspekte werden meist isoliert und parallel zum Kerngeschäft angegangen.

Was sind die Gründe hierfür und wie kommen Unternehmen zu dieser vielbeschworenen Integration? Wie profitieren Unternehmen von Nachhaltigkeit? Sind die bekannten Managementinstrumente dafür ausreichend? Bietet die Balanced Scorecard, ein Instrument, das zu einer besseren Integration und Koordination

betrieblicher Aktivitäten führen soll, einen geeigneten Ansatzpunkt für das unternehmerische Nachhaltigkeitsmanagement?

Das internationale Projekt „Ein Management-Cockpit für unternehmerische Nachhaltigkeit“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), hat sich zusammen mit den Praxispartnern intensiv diesen Fragen gestellt. Forscher und Praktiker haben in diesem Projekt das Tool "Sustainability Balanced Scorecard" entwickelt und erprobt. Bei dem Expertenworkshop werden die Projektergebnisse vorgestellt und diskutiert. Experten aus Praxis, Wissenschaft und Politik mit ausgewiesener Kompetenz im Bereich Nachhaltigkeit und Unternehmen sind hierbei die "Sparringpartner". Die Teilnahme für Sie als Experten ist kostenlos, jedoch ist die Teilnehmerzahl sehr begrenzt.

Bei Interesse bitten wir Sie, mit Frau Fermum Kontakt aufzunehmen <mailto:csm@uni-lueneburg.de>

25.09.2002, Köln: "Financial Solutions for Greenhouse Gas Markets"

The conference is promoted by the University of St. Gallen, the German insurance company Gerling, the Italian bank Sanpaolo IMI and the British emissions broker Natsource-Tullett Europe. It is organised within the European R&D project "Implementing the Kyoto Mechanisms - Contributions by Financial Institutions" which is supported by the European Commission and the Swiss Federal Office for Education and Science.

The objective of the research and development (R&D) project "Implementing the Kyoto-Mechanisms: Contributions by Banks and Insurance Companies" (IMKYM-COFIN) is to develop innovative financial products that are tailored to meet the needs of prospective users of the Kyoto Mechanisms (Joint Implementation, Clean Development Mechanism, International Emissions Trading) and participants in emissions trading. Thus, it aims at exploring how private-sector financial institutions may contribute to effective and efficient implementation of the Kyoto Mechanisms.

Further Information is available on the website at <http://www.iwoe.unisg.ch/IMKYM-COFIN> or at <mailto:kyoto@unisg.ch>

30.09. - 1.10.2002, Berlin: Governance and Sustainability - Neue Herausforderungen für Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und die Friedrich-Ebert-Stiftung organisieren diese Tagung in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Sie findet in der in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin statt.

Anmeldung und Informationen: <http://www.ioew.de/governance> oder Claudia Nickschat, IÖW-Öffentlichkeitsarbeit, Tel: 030/884 59 416, e-mail: <mailto:konferenz@ioew.de>

08.10.2002, Copenhagen: European Experience, Development and Opportunities with Environmental Tax and Budget Reforms in DK and the EU

The Conference is taking place in Fællessalen at Christiansborg in Copenhagen. The Conference fee will be 600 DKr / 80 Euro incl. lunch and tea / coffee

Students, pensioners and people out of work will only pay 200 DKr / 27 Euro to cover expenses for lunch, tea / coffee, postage and papers.

Registration for the conference is necessary and can be made until the day before at noon - by telephone: +45 33 15 09 77, by fax: +45 33 15 09 71 or best by e-mail: <mailto:info@ecocouncil.dk>

For further information please contact Soren Dyck-Madsen. E-mail: <mailto:soeren@ecocouncil.dk>

The Conference is supported from the "Danish Board for EU Enlightenment".

[LINK](#)

PROGRAMME:

- 9.00 **Welcome and presentation of the programme**, Christian Ege, Director of The Danish Ecological Council
- 9.10 **Principles and perspectives in Environmental Tax Reforms**, Chairman of the Danish Economic Council Jørgen Birk Mortensen
- 9.40 **Presentation of a possible Danish Environmental tax reform – proposed by the Danish Ecological Council**, Christian Ege, Director of the Danish Ecological Council

- 10.10 **Presentation of the EEB European Campaign for an Environmental Fiscal Reform**, Director of European Environmental Bureau (EEB) John Hontelez
- 10.40 **Coffee break** – With coffee and tea
- 11.00 **Environmental Fiscal Reform in OECD Countries -- How to overcome the Competitiveness Obstacle**, Nils-Axel Braathen, National Policies Division, OECD Environment Directorate
- 11.40 **Driving forces and Barriers for Environmental Taxation in the EU – The Danish Presidencies Possibilities for getting adopted the EU-Commissions Proposal for a new and more comprehensive Directive for Energy Taxation (The Monti-Proposal) according to the decisions made in Barcelona**, Jacob Klok, The Danish Ministry of Taxation.
- 12.15 **Lunch**
- 13.15 **What's going on in Germany - Germany's Environmental Fiscal Reform - policies, impacts and prospects**, Kai Schlegelmilch, BMU, German Ministry for Environment
- 13.50 **What's going on in UK – CO₂ taxation on industry – Climate Change Levy - How it's done and the experiences**, Marie Pender, Head of Climate Change Agreements Branch, Department for the Environment, Food and Rural Affairs, UK.
- 14.25 **What's going on in The Netherlands - Graduated energy-taxation, subsidies for buying best available technology and results, green electricity market – experiences and proposals**, Pieter Hamelink, Head of the department for Economics and Technology, Directorate for Strategy and Policy Affairs, Ministry for the Environment, The Netherlands.
- 15.00 **Coffee break** – with coffee, tea and cake
- 15.20 **Experiences until now with the Danish Environmental Taxes and Levies**, Director of the Danish Environmental Protection Agency Steen Gade.
- 15.50 **Closing panel discussion about a Danish Ecological Tax reform with members of the Danish Parliament:**
 Peter Christensen MP for The Liberals (Venstre) (Invited)
 Helle Sjelle, MP for The Conservatives (Det Konservative Folkeparti) (Invited)
 Nicolai Wammen, MP for The Social Democratic Party (Socialdemokratiet) (Invited)
 Jørn Jespersen, MP for The Socialist Party (Socialistisk Folkeparti) (Invited)
 Moderator: Christian Ege, Director of The Danish Ecological Council
- 17.00 **Latest ending time**

1., 2. and 3. Session will be in English

4. Session will be in Danish

There will be no simultaneous translation

10.10.2002, Brüssel: Making prices work for the environment

Jährliche Tagung des European Environmental Bureau diesmal zum Thema Environmental Fiscal Reform.

Weitere Informationen: <mailto:sylvain.chevassus@eeb.org>.

Zum Programm:

[LINK](#)

9.00 Registration

9.15 Opening by **Ralph Hallo**, President of the EEB

9.20 Key-note Speech by **Ernst von Weizsäcker**, from the German Bundestag (*confirmed*)

[proposed] theme: "Making prices work for the environment": necessity and opportunities; the difficult road from ideas to practice, the need for political leadership, citizens mobilisation and acceptance by private interests"

10.00 Discussion with Mr. von Weizsäcker

10.20 Coffee

10.50 PANEL ON: ENVIRONMENTAL FISCAL REFORMS IN THE EUROPEAN UNION: WILL WE

SEE IT HAPPEN? *chair: Ralph Hallo*

- Commissioner Mrs **Margot Wallström** (*confirmed*), Minister of Finance of Belgium (Mr **Didier Reynders** *confirmed*), Environment Minister of the United Kingdom (Mr **Michael Meacher**, *confirmed*), Environment Minister of Denmark (Mr **Hans Christian Schmidt**, *confirmed*), Deputy Minister of Finance of Greece (Mr **Fotiades**, *invited*), former State Secretary of Finance of the Netherlands (Mr **Woulter Bos**, *invited*), Environment Minister of Spain (Mr **Jaume Matas**, *invited*), Mr **Ernst von Weizsäcker**, Mr **John Hontelez**, Secretary General EEB.

Short introductions on the following topics

- The role of environmental fiscal reform in the 6th Action Programme (Commissioner Wallström)
- The Presidency approach to succeed negotiation on the 1997 draft Energy Taxation directive (Mr Hans Christian Schmidt)
- The Spanish view on environmental fiscal reform/ energy taxation (Environment Minister of Spain)
- The EU Greek Presidency / the need to make environmental fiscal reform part of the EU Strategy for Sustainable Development (Greek Minister)
- Opportunities and Limits for the bottom-up approach (Mr Didier Reynders, and Finance State Secretary of the Netherlands)
- The UK Climate Change Levy, its characteristics and how it compares to Environmental Fiscal Reform (Mr Michael Meacher)
- The EEB campaign (Mr John Hontelez)

Discussion between panellists and with the audience

13.00 Lunch

14.30 UNRAVELLING THE COMPETITIVENESS ARGUMENT

chair: Helen Mountford (OECD)

Introduction by **Yannis Paleocrassas**, (Elliniki Etairia, former EU Environment Commissioner, former Finance Minister of Greece) *on the nature and validity of the competitiveness argument to hinder or limit environmental fiscal reform in the EU and on the national levels.*

Responses by :

- **Daniel Cloquet**, Director of Industrial Affairs, UNICE (*confirmed*)
- **E5, European Business Council for a Sustainable Energy Future** (*invited, speaker to be confirmed*)
- **Claude Fussler**, World Business Council for Sustainable Development (*invited*)
- **Eric Carlslund**, deputy Secretary General European Trade Union Confederation (*invited*)

Discussion with the audience

16.30 coffee break

17.00 ENSURING SOCIAL FAIRNESS IN ENVIRONMENTAL FISCAL REFORM

chair: John Hontelez

Dr Terry Barker, Senior Research Associate, Department of Applied Economics, University of Cambridge (*confirmed*)

- Presentation and questions

17.40 Conclusions: MOVING ON WITH THE CAMPAIGN

John Hontelez, Secretary General EEB

19.10.2002, Oberhausen: Beyond Johannesburg - Neue Wege in der Nachhaltigkeit

das Doktoranden-Netzwerk Nachhaltiges Wirtschaften (DNW) e.V. veranstaltet seine 3. Jahrestagung zum Thema Beyond Johannesburg - Neue Wege in der Nachhaltigkeit.

Kurz nach dem Weltgipfel in Johannesburg werden die wichtigsten Erkenntnisse des Kongresses vorgestellt und diskutiert. Kompetente ReferentInnen aus Forschung und Wirtschaft stellen ferner die Implikationen für die europäische, die nationale und die Unternehmensebene dar. Das Programm, sowie Informationen zur Anmeldung finden Sie unter: <http://www.doktoranden-netzwerk.de/termine.htm>

28.10. – 30.10.2002, Loccum: Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz

Zur Diskussion um eine „nachhaltige“, insbesondere ökologische, Reform der staatlichen Steuerpolitik ist neuerdings aufgrund einer Initiative der Europäischen Union die Debatte um die Einführung handelbarer Lizenzen für die Emission von Treibhausgasen hinzugekommen. Das Symposium dient der Reflexion des erreichten Sachstandes in der wissenschaftlichen Grundlegung und Beobachtung dieser beiden politischen Handlungsfelder und der Erörterung des Abstimmungsbedarfes hinsichtlich ihrer weiteren Perspektiven.

Diese Veranstaltung findet mit Unterstützung des FÖS statt.

Informationen und Anmeldung: <mailto:Andreas.Dally@evlka.de>, <http://www.loccum.de>

30.10. – 31.10.2002, Augsburg: internationaler Fachkongress „Holzenergie 2002“

Der von der Bundesinitiative BioEnergie BBE organisierte internationale Fachkongress ist in die viertägige Fachmesse „HolzEnergie 2002“ vom 30.10. bis 02.11.2002 eingebettet. Er stellt eine Plattform für einen umfangreichen Informationsaustausch der Holzenergiebranche dar und bietet allen Teilnehmern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme und der Vernetzung mit den relevanten Marktpartnern.

Themenschwerpunkte :

- Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Ausbau von Holzenergie in Deutschland
- Holz im Strommarkt
- Holz im Wärmemarkt
- Holzenergie in Kommunen
- Internationale Märkte für die Holzenergie

Nähere Informationen finden Sie unter: <http://www.energie-server.de/HolzEnergie2002/kongress.htm>

31.10.2002, Frankfurt: Emissionshandel konkret !

Flexible Mechanismen - wie der Emissionshandel - sind ein wichtiges Instrument des Kyoto-Protokolles. Mit seiner Ratifizierung erhalten diese Instrumente für Unternehmen zukünftig eine große Bedeutung. Bei vielen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik besteht aber noch Unsicherheit, wie sie auf diese Herausforderung reagieren sollen. An sie richtet sich die Veranstaltung.

Fachleute verschiedener Branchen und Institutionen stellen bei der Veranstaltung ihre konkreten Ansätze und Projekte zu Flexiblen Mechanismen und insbesondere Emissionshandel vor. In vier parall stattfindenden Workshops werden zusätzlich aktuelle Fragen zum Thema diskutiert und analysiert. Dabei fließen die Erfahrungen und Ergebnisse des Weltgipfel in Johannesburg direkt ein. Die erzielten Ergebnisse werden zusammengefasst und als Position aus der Praxis an den europäischen Kongress der Nichtregierungsorganisationen sowie weitere Wirtschaftsrunden übergeben.

Die Einladung mit Anmeldeformular sowie der Flyer zur Veranstaltung finden sie unter

<http://www.baumev.de/aktuell/flyer31.pdf> .

Anmeldeschluss ist der 15. Oktober; Teilnehmer von B.A.U.M.-Mitgliedsunternehmen erhalten eine Vergünstigung von 30 EUR.

18.11.-19.11.2002, Potsdam: Biogas und Energielandwirtschaft

In Zusammenarbeit mit EUROSOLAR, ETI Brandenburg und dem Fachverband Biogas e.V. veranstaltet die Potsdam Eco Naturgas Handels GmbH und das ATB in Potsdam am Mo. und Di, 18. und 19. November 2002 in der IHK Potsdam eine 2-tägige Tagung zu Grünem GasTM und Energielandwirtschaft. Auf der Tagung werden europaweit erstmalig Potentiale und Energieerträge von Energiepflanzen innerhalb selektiver Erntestadien, die nasse Gaswäsche als Gasaufbereitungstechnologie, neue Energiedienstleistungen, Anforderungen an die Einspeisung aus DVGW und rechtlicher Sicht, und als Höhepunkt Ökobilanzen der gesamten Verfahrenskette von der Landwirtschaft bis zum Grünen GasTM in Haushalten (Brennwertthermen, Brennstoffzellen) und im Verkehr in einem neuen und innovativen Gesamtzusammenhang vorgestellt. Vergleichende Energie- und Ökobilanz der Treibstoffe Biogas und flüssiger Biotreibstoffe oder fossiler Treibstoffe werden vorgestellt. Ist die Stromeinspeisung vor Ort besser als die Verwertung von Grünem GasTM nach

Einspeisung in das Gasnetz? Von den Teilnehmern werden viele Fragen und eine spannende Diskussion erwartet. Nähere Informationen sowie das Programm der Tagung finde Sie unter:

<http://www.eurosolar.org/konferenzen/konfind1.html>.

26.11.-27.11.2002, Grevenbroich: „Windtech“

Die Windtest Grevenbroich GmbH lädt im November zur nunmehr dritten Fachtagung „Windtech“ nach Grevenbroich bei Düsseldorf ein. Am 26. November können Teilnehmer vormittags in einer zweistündigen Exkursion - kostenlos- das Windtestfeld Grevenbroich besichtigen, das das größte Testgelände für Windenergieanlagen im Binnenland ist und acht ausgewiesene Plätze für Windkraftanlagen mit einer Leistung von 600 bis 2500 Kilowatt aufweisen kann. Am gleichen Tag finden ab 14 Uhr zwei Workshops (Teilnahmepreis je 75 Euro zzgl. MwSt.) zum Thema „Planungsrechtliche Aspekte, Verfahren und Urteile“ und zum Thema „Qualitätssicherung bei Konstruktion, Fertigung, Montage und Betrieb“ statt. Ab 19 Uhr steht dann der „Begrüßungsabend“ mit Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen, der Kommune und des Veranstalters an. Für den 27. November bietet die Windtest Grevenbroich GmbH einen ausgesprochen vielfältigen Vortragstag (Teilnahmepreis 275 Euro zzgl. MwSt., mit Vorabendempfang 300 Euro zzgl. MwSt.) an: „Windparks in Europa“, „Repowering im Binnenland“, „Betriebsbegleitende Messungen für die Ermittlung einer Restlebensdauer“, „Anforderungen an Fehlerfrüherkennungssysteme aus Sicht der Versicherer“ lauten nur einige der Themen das ganztägigen Vortragsprogramms. Parallel dazu findet während der zweitägigen Veranstaltung eine begleitende Fachausstellung im „Alten Schloss“ statt. Information: Windtest Grevenbroich GmbH, Frau Dipl.-oec.troph. Fabiola Sorger, Frimmersdorfer Str. 73, 41517 Grevenbroich, Tel. 02181/2278-18, Fax-11, <http://www.windtech.de>

05.06.-07.06.2003, Sydney/Australien: The Fourth Annual Global Conference On Environmental Taxation Issues, Experience And Potential

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register.

Information about the conference program, and registration details are available at:

<http://www.law.mq.edu.au/eti>.

Deadlines:

Abstracts:	29 November 2002
Final Papers:	14 March 2003
Conference Registration:	9 May 2003
Early Conference Registration Discount Rate:	28 March 2003
Hotel Reservation (special rates):	4 April 2003

For More Information ...please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA

Telephone: +(61)-2-9850 8457, **Facsimilie:** +(61)-2-9850 9952, **Email:** <mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>.

13. FÖS: IN EIGENER SACHE

Bannerwerbung

Rechtzeitig zur Wahlkampfzeit haben wir unseren Banner, der für die ökologische Steuerreform wirbt, auf

der Homepage der Frankfurter Rundschau <http://www.fr-aktuell.de/> geschaltet. Wundern Sie sich nicht, wenn Sie ihn nicht gleich entdecken können, denn wir haben uns für eine Rotation zwischen „Startseite“, „Nachrichten und Politik“, „Wirtschaft“ und „Wissenschaft/Umwelt/Technik“ entschieden. Bewundern können Sie ihn auch auf unserer Homepage unter: <http://www.foes-ev.de>. Schauen Sie doch mal rein!

Fotos der Mitgliederversammlung

Unser Mitglied Norbert Lang hat auf unserer Mitgliederversammlung im März in Berlin einige Fotos gemacht, die wir Ihnen natürlich nicht vorenthalten möchten. Sie finden diese unter: <http://www.foes@foes-ev.de/3aktuelles/BilderMitgliedervers.html>

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).